

TAGESSCHAU

POLİTİK

ZITAT DES TAGES

WIRTSCHAFT

KULTÜR

SPORT

AUS ALLER WELT

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan setzt sich durch. Geld für MX-Rakete bewilligt

Kohl: SS 20 bedroht Europa und Japan

EKD beunruhigt über Kirchenaustritte

Stützungsaktion rettet Privatbank

DER KOMMENTAR

Zu kurz gesprungen

Grenada-Streit: Neue Attacke der CSU

Stahlfusion Thyssen-Krupp gescheitert

USA bestätigen Lockerung der Polen-Sanktionen

Im polnischen Fernsehen hatten die Binnenhandelsminister Andrzej Burda und der Vizepräsident des Zentralverbandes der Milchwirtschaft, Wiesław Majewski, die Rationierung mit einem saisonal bedingten Rückgang der Milchzeugung begründet. Am Tag nach Bekanntgabe der Rationierungsmaßnahmen war es in den polnischen Läden zu „alptrauhaften Szenen“ („Trybuna Ludu“) gekommen. Die aufgebrachte Bevölkerung habe die Verkäufer gestürmt und innerhalb weniger Stunden alle Vorräte aufgekauft. Letztlich, so „Trybuna Ludu“, führten die Preiskäufe zu Verlust und Verunsicherung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Zeichen namens MX

Von Thomas Kielinger

Ein historisches Datum ist zu verzeichnen: Nach elf Jahren der Planung und des Meinungsstreits hat das amerikanische Repräsentantenhaus am Dienstag endgültig die Produktion der ersten 21 Exemplare der MX-Interkontinentalrakete freigegeben. Das große Fragezeichen über dem strategischen Willen und Wollen der amerikanischen Legislative ist weggeräumt worden: Die Modernisierung nuklearen Arsenal findet nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika statt.

Wie ist dieser erstaunliche Erfolg der Reagan'schen Verteidigungspolitik im Kongreß zu erklären? Zunächst durch die große Flexibilität, die der Präsident in den letzten Wochen bei der Abrüstungsfrage an den Tag gelegt hat. Die landgestützte MX hat im strategischen Konzept der USA inzwischen jenen Stellenwert erhalten, den auch die neue Generation von INF-Waffen in Europa innerhalb des europäischen Szenariums gewonnen hat: Sie dient der Sicherheit der Abschreckung und ist gleichzeitig ein Lockmittel im Abrüstungsdialog. Aber die Lockung entfaltet sich nur, wenn der Wille zur Modernisierung sichtbar wird: Das war es, was die Legislatoren schließlich zur Billigung eines sonst nicht gerade beliebten Systems bewog.

Ein weiteres Element kommt hinzu. Die amerikanische sicherheitspolitische Debatte hat sich von der Affektgeladenheit der sogenannten Friedensbewegung inzwischen weit entfernt. Am Tag, da in Bonn Tausende ihren Marsch erlebten, fanden sich vor dem Weißen Haus etwa siebenhundert Demonstranten ein, nicht genug, auch nur die Stirnseite des Präsidentenwohnsitzes mit verschränkten Händen zu säumen. So verwunderte es schließlich nicht, als vor zwei Tagen der Senat mit einer Mehrheit von 54:40 die Resolution zum Einfrieren der Atomarsenale in Ost und West ablehnte. Die „Freeze“-Aufrufung ist vorbei; was an Illusionen fortbestand, hat durch den Abschuß der KAL-Passagiermaschine vor zwei Monaten einen lähmenden Schlag erlitten. Das sind Erfahrungen, die auf brutale Weise zur Sachlichkeit erzogen. Zurück bleibt, was allein zählt: Die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspolitik.

Allzu risikobereit

Von Claus Dertinger

Das deutsche Kreditgewerbe verdient Lob ob seiner Solidarität. Mit einer raschen Hilfsaktion haben zwanzig große private und öffentliche Banken den Zusammenbruch eines der größten deutschen Privatbankiers und damit eine Vertrauenskrise verhindert, die weitaus größere Ausmaße angenommen hätte als vor neun Jahren die Pleite der Kölner Herstatt-Bank. Das ins Schleudern geratene Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. (SMH-Bank) wird weitergeführt. Kein Einleger braucht auch nur um einen Pfennig zu bangen. Die Banken haben gelernt aus der Herstatt-Krise, die seinerzeit das gesamte Gewerbe in Verruf gebracht hatte.

Auch sonst gibt es keine Parallele zum Fall Herstatt. Diese Bank war betrügerische Manipulationen im Devisengeschäft zugrunde gerichtet worden. Die SMH-Bank, die bis vorgestern noch als eine der feinsten Adressen im Privatbankiergewerbe galt, hat sich dagegen im Kreditgeschäft übernommen, und zwar bei dem zu rasch gewachsenen und in tiefen Zahlen steckenden Baumaschinenkonzern IBH, an dem die SMH-Bank auch beteiligt ist. Daß es dieses Beteiligungsverhältnis war, das den Weg zu einer allzu großzügigen Kreditvergabe ebnete, ist bislang nur eine Vermutung; aber selbst die bloße Vermutung, für die viel spricht, wird die längst eingeschlafene Diskussion über eine Verquickung von industriellen Bankbeteiligungen und Kreditgeschäft wieder aufleben lassen.

Aber unabhängig von einer solchen Verquickung im aktuellen Fall stellt sich die Frage, wo bei der SMH-Bank die kaufmännische Vorsicht und Sorgfalt geblieben ist, wenn das Mehrfache des Eigenkapitals an einen noch dazu wackeligen Schuldner ausgeliehen wird – ganz davon abgesehen, daß das obendrein einen eindeutigen Gesetzesverstoß darstellt. Einen Verstoß allerdings, der durch geschickte Umgehung der Vorschriften vor den Augen der aufmerksamen Bankenaufsicht verborgen wurde. Und weiter ist zu fragen: Haben die Wirtschaftsprüfer geschlafen?

Auch wenn die SMH-Bank aufgefangen wird und dank der Solidarität anderer Banken eine Erschütterung im deutschen Bankwesen vermieden werden konnte: Die SMH-Bankiers haben ihrer Branche einen schlechten Dienst erwiesen.

Dialog mit Schlägen

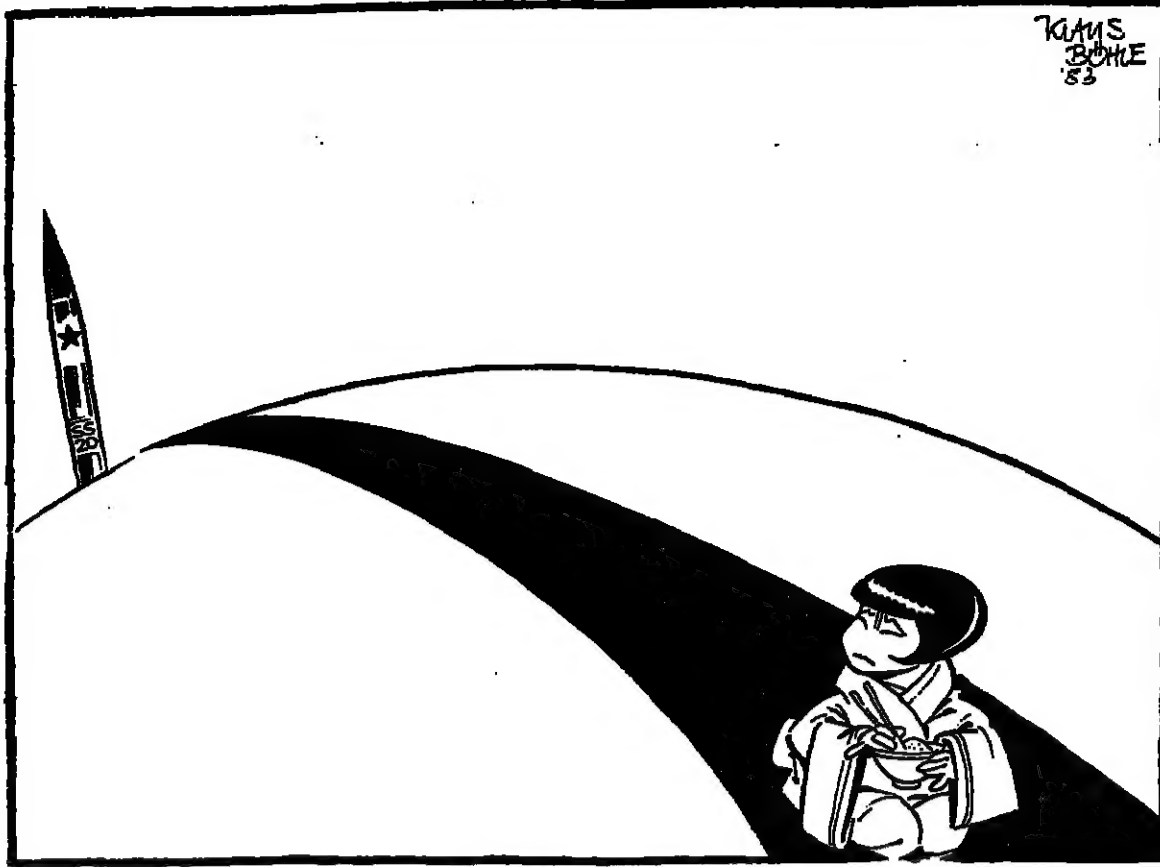
Von Günter Friedländer

Latinamerikaner pflegen zu sagen, daß ihre Länder so arm sind, daß sie sich nicht einmal Feinde außerhalb ihrer Grenzen leisten können: Sie müssen sie sich im eigenen Land erfinden. Die Comandantes in Managua haben Nicaragua in so bittere Armut gestoßen, daß sie dringend Feinde brauchen, um das Volk von seinen Sorgen abzulenken. Sie haben sich zu diesem Zweck einen überraschenden Feind erfunden: die katholische Kirche.

Seit einigen Wochen weigert sich die nicaraguanische Jugend, den Vorschriften des neuen Gesetzes nachzukommen und sich zum Heeresdienst zu melden, den die Comandantes obligatorisch gemacht haben. Das ist verständlich: Die Perspektiven, an der Seite oder gar statt ihrer kubanischen Meister nach Afrika oder in andere Krisenherde der Erde geschickt zu werden, sind nicht verlockend. Die Comandantes brauchen jemanden, den sie für die Verweigerung des Heeresdienstes schuldig machen konnten. Sie entschieden sich für die katholische Kirche.

Am vergangenen Sonntag schickten sie den Mob auf die Straßen und ließen den Weihbischof von Managua, Msgr. Bosco Vivas, vor seiner Kirche St. Judas verprügeln. Die „spontanen“ Kundgebungen gegen die katholische Kirche hinderten am gleichen Tag in mindestens acht Kirchen der Hauptstadt die Priester, die Messe zu lesen. Störungen der Messe gehörten seit dem Papstbesuch zum Repertoire der Sandinisten.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Comandantes inzwischen einen spanischen und einen costaricanischen Salesianer-Priester des Landes verwiesen, weil sie angeblich „dem Ungehorsam gegenüber dem Gesetz des Heeresdienstes Vorschub leisteten und die Gegenrevolutionäre dadurch legitimieren wollten, daß sie einen Dialog der Regierung mit ihnen fortsetzten“. Da hatte man doch immer gehört, daß alles, was die „fortschrittlichen“ Kräfte in Zentralamerika suchten, der Dialog sei, für den sich denn auch die katholische Kirche und die Contadora-Gruppe einsetzten, weil er als der einzige Weg zum Frieden galt. Dialog scheint im Wörterbuch der Sandinisten aber etwas anderes zu bedeuten, etwas, was den Priestern erst eingeblutet werden soll.



Schatten über Asien

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Selbstverständnissnöte

Von Günther Bading

Keine Gewerkschaftsveranstaltung in diesen Tagen, auf der nicht lauthals nach der 35-Stunden-Woche gerufen würde. Fast unbeschadet bleiben jene fünf Gewerkschaften, die sich der arbeitsvertraglichen Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung nicht angeschlossen haben. Sie setzen auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit – ohne Zweifel eine realistischere und berechtigtere Forderung als die Verkürzung der Vierzig-Stunden-Woche. Diese fünf Gewerkschaften sind Nahrungs-Gewerkschaften (NGG), Textil- und Bekleidungs (GTB), IG Chemie, Papier, Keramik, die IG Bau-Stoffe-Industrie und auch die Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE).

Die Vorräte sind gering, von den Tarifpartnern im Rahmen eines noch zu verabschiedenden Gesetzes zu verhandeln, hat auch aus gewerkschaftlicher Sicht einen großen Vorteil. Bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit geht mindestens die Hälfte der Verkürzung durch Rationalisierung oder durch das, was man Leistungsverdrückung nennt, „verloren“. Die immer wieder vorgebrachte Begründung der 35-Stunden-Forderung, hier würden neue Arbeitsplätze geschaffen, ist also nur die halbe Wahrheit. Bei der Lebensarbeitszeitverkürzung allerdings wird ein Arbeitsplatz vorzeitig freigegeben. Und er muß neu besetzt werden. Das soll zur Voraussetzung für diese Regelung gemacht werden.

Wie immer die Güterabwägung innerhalb der einzelnen Gewerkschaften zwischen Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung letztlich ausgehen mag – schon jetzt steht fest, daß in wichtigen Branchen, wie der Metallindustrie, die Weichen in Richtung Arbeitskampf gestellt sind. Die Forderung nach nur noch 35 Stunden in der Woche ist nicht vergleichbar mit den Lohnforderungen der vergangenen Jahre. Diesmal kämpfen die Gewerkschaften nicht nur um Lohnprozente, sie kämpfen letztlich und auf lange Sicht um ihre Existenz.

Die Mitgliederzahlen gehen zurück. Das ist zum Teil erklärlich durch Austritte von Dauerarbeitslosen. Auf der anderen Seite hat aber auch die Attraktivität der Gewerkschaften insgesamt nachgelassen. Am Beispiel der letzten drei Jahre wird deutlich, daß in den Lohn- und Gehaltsrunden nur knapp der Inflationsausgleich erreicht worden ist – wenn überhaupt. Um den Mitgliedern und vor allem den jüngeren, noch nicht organisierten Arbeitnehmern die Notwendigkeit von Gewerkschaften überhaupt zu belegen, muß jetzt ein Reizthema her, muß eine Kampagne geführt werden, in der vor allem die Betriebsamkeit auf fällt – wie schmal letztlich auch das Ergebnis aussehen mag. (Vorsicht: in der IG Metall sprechen denn auch von der Forderung nach „Einstieg“ in die 35-Stunden-Woche.)

Um die Glaubwürdigkeit solchen Aktionismus wäre es wohl besser bestellt, wenn die Gewerkschaften einmal vor der eigenen Tür zu kehren begännen. In den eigenen Betriebsbereichen, bei Vorstandsverwaltungen, in den gewerkschaftseigenen Betrieben, der Hausbank, bei co op, in der Neuen Heimat könnte man schließlich mit dem Beispiel vorangehen und nicht nur den „Einstieg“ versuchen, sondern dem von Ernst Brecht und anderen propagierten Idealrezept folgen und die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag einführen. Das würde sicherlich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Aber dazu wird es nicht kommen, denn als Unternehmer kennen DGB und Einzelgewerkschaften sehr wohl das Wort von der zunehmenden Kostensteigerung des Faktors Arbeit, und sie haben nicht die Absicht, ihre Unternehmen bei Spielplatz zu ruinieren.

Die Gewerkschaften haben ihre Existenzberechtigung über die Jahrzehnte hinweg daraus bezogen, daß sie im Verteilungskampf um den Zuwachs des sozialen Pro-

dukts kollektiv die Arbeitnehmerinteressen vertreten haben. Auch wenn alle Erwerbschaften zur Humanisierung der Arbeitswelt gern mit ethisch-moralischem Überbau versehen werden – auch hier ging es stets um Kosten für die Unternehmen. Unbestritten war dies bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf vierzig Stunden. Auch jetzt spricht die IG-Metall-Führung davon, die Kosten der eventuellen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei den (zusätzlichen) Lohnforderungen zu „berücksichtigen“.

Die Gewerkschaften haben ihren Erfolg in der Vergangenheit also immer aus dem Wachstum geschöpft. Ihre neue Rolle in einer Phase geringer oder ganz ausbleibenden Wachstums haben sie noch nicht gefunden. Der soeben in den Ruhestand entlassene IG-Metall-Chef Loderer hat seiner Organisation immer wieder gepredigt, in Zeiten der Krise Reformen zu versuchen, die kein Geld kosten. Mitbestimmung war sein Paradebeispiel dafür.

Anderswo führt die Heftigkeit bei der Suche nach dem Selbstverständnis in beängstigende Abwege. In der Lehrergewerkschaft GEW wird über den Beamtenstreik für den Fall diskutiert, daß es um die „Existenz“ gehe. Was für ein Stöckwerk ausgerechnet für Beamte! Was für ein Lehrbeispiel bieten diejenigen, die die unsere Kinder zur Achtung vor Recht und Gesetz erziehen sollen! Sie bedenken nicht einmal, daß der Streikgedanke an die Existenz des Beamtenstandes an sich rührt.

Das alte Rollengefüge wird nicht wiederhergestellt sein. Es gibt die deutsche Dialekte, in denen Arbeit „Schaffen“ heißt. Schaffen, im Sinne von Warenproduktion, wird allerdings künftig mehr und mehr Sache von Maschinen, Computern, Robotern sein. Die Zukunft der menschlichen Tätigkeit liegt im Dienstleistungsbereich, in der Kommunikation. Hier liegen die wahren Probleme der Industriegewerkschaften.

Sie werden sie nicht durch Lohnzuwachs und nicht durch die 35-Stunden-Woche lösen. Dies belastet nur die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Und diese Partnerschaft wird bitter nötig sein, wenn das Gewerkschaftswort von der „sozialen Beherrschung des technologischen Wandels“ nach dem Orwell-Jahr 1984 Wirklichkeit werden soll.

Ein Reizthema muß sein: IG-Metall-Vorsitzender Mayr FOTO: AP

afghanischen Volkes und der Polen, und sie bedrohe schließlich durch eine Raketen-Hochrüstung auf der inneren Linie Japan und Europa gleichermaßen. So sehr den Deutschen an einem Resultat in Genf gelegen sei – zu Lasten „unserer japanischen Freunde und unserer übrigen Freunde in Asien“ würden die Verhandlungen nicht gehen. Friede und Sicherheit seien in der heutigen Welt untrennbar.

Der Kanzler hielt sich damit an die Erklärung von Williamsburg vom 29. Mai 1983. Bei der westlichen Gipfelkonferenz war es nicht zuletzt dank der Initiative Helmut Kohls gelungen, Japan in die Linie der westlichen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs-Politik einzuzeichnen. Bewirkt hatte diesen Erfolg die Bedrohung durch die sowjetische U-Boot-Waffe SS 20, in deren Reichweite Japan, China, Südostasien und Indien liegen. Die Rakete konstituiert ein gemeinsames Interesse, das in der Erklärung von Williamsburg (Punkt 6) formuliert werden konnte: „Die Sicherheit unserer Länder ist untrenn-

bar und muß global gesehen werden. Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern, wird scheitern.“

Derartige Versuche gibt es in Japan genauso wie in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bestehen sowjetischerseits in einer nachhaltigen Unterstützung pazifistischer Tendenzen und in einem eventuell „letzten“ Angebot in Genf, den gegen Europa gerichteten SS-20-Be-stand auf das Maß der 162 britischen und französischen Systeme (das wären 54 – mal drei Sprengköpfe – sowjetische) zu reduzieren. Das „geistert“ seit langem, wie Franz-Josef Strauß gestern betonte. Der Schachzug im letzten Augenblick würde auf die Stationierungsländer Westeuropas wie eine schwere Versuchung wirken, sich auf eine konsequente Regionalisierung der Raketen-Gewichtung einzulassen und Asien darüber zu vergessen. Dagegen steht jetzt Kohls Satz vor dem japanischen Parlament, es sei, undenkbar, daß unsere Sicherheit auf Kosten der japa-

IM GESPRÄCH Sir Paul Scoon

Tennis mit dem Revolutionär

Von Fritz Wirth

Erst hatte er mit einem Premierminister namens Sir Eric Gairy zu tun, der enthusiastisch an ferne Kräfte aus dem All glaubte und die Vereinten Nationen bewegen wollte, fliegenden Untertassen bessere Landemöglichkeiten auf dieser Erde zu gewähren. Dann kam ein Premier namens Maurice Bishop, der – mehr diesseits orientiert – an ferne Kräfte in Moskau glaubte und seinen Bürgern suggerierte, in ihrer Weltanschauung eine Nische für Karl Marx und auf dem Südpol ihrer Insel eine Landebahn für die Nachbarn aus Kuba und deren Freunde freizuhalten. Und dann hatte er es schließlich vor vierzehn Tagen mit Mord, Totschlag und Chaos zu tun, als seine Insel Grenada in Anarchie zu versinken drohte.

Ein Staatsobershaupt, das derartige abrupte Wechselschritte im Schicksal seines Landes unversehrt zu überleben vermochte, muß mit einem hohen Maß an stoischer Gelassenheit gesegnet sein. Sir Paul Scoon, der Generalgouverneur Grenadas, besitzt sie in hohem Maße. Sie wurde sein Überlebenselixier. Die Kompetenz, mit der dieser Mann, der in seinem stark gebuckelten Amt nie handelt, sondern zumeist nur würdig repräsentieren oder ergeben nicken durfte, seit vierzehn Tagen das Heft in die Hand genommen hat, und die diplomatische Geschicklichkeit, mit der er sich zwischen Washington, London, seinen Commonwealthbrüdern und der britischen Queen, deren Statthalter er seit zehn Jahren auf Grenada ist, bewegt, haben ihn als einen erstklassigen Staatsmann ausgewiesen.

Außerdem ist er ein sehr kultivierter Mann. Geboren vor 48 Jahren im kleinen Fischerdorf Gouyave auf Grenada und von anglikanischen Geistlichen erzogen, wurde er bald ein Muster Schüler. Er wurde in England und im kanadischen Toronto zum Pädagogen ausgebildet, übernahm ein Lehramt in St. George's in Grenada und wurde auf der Insel bei seinen Schülern als ein enthusiastischer Shakespeare- und Chaucer-Verfechter bekannt. Im Jahre 1970 übernahm er die Schulaufsicht in Grenada, vier Jahre später schlug ihn der damalige Regierungschef Grenadas, Sir Eric Gairy, zum Generalgouverneur.



Weisheit und Würde: Grenadas Generalgouverneur Scoon FOTO: AP

Generalgouverneur Scoon FOTO: AP

Er zog ins zweihundert Jahre alte „Government House“ über den Hügeln St. George's ein, mit seiner Ehefrau (seit 1970) Esma Monica, geborene Lumadon; die Witwe brachte drei Kinder in die Ehe mit. Seither kennen die Bürger Grenadas ihn als einen weisen und würdevollen Mann. Er genoss so viel Respekt bei seinen Untertanen, daß der Marxist Maurice Bishop ihn 1979 bei seinem Putsch nicht aus dem Amt zu entfernen wagte. Erste Berichte, nach denen Sir Paul Scoon die nächsten vier Jahre praktisch unter Hausarrest verbracht, haben sich inzwischen als stark übertrieben erwiesen. Sir Paul hielt nicht viel von den politischen Ideen Bishops, doch er schätzte ihn persönlich. Sie waren häufige und regelmäßige Tennispartner.

Die Scheinwerfer der Weltöffentlichkeit schmeicheln nicht seiner Eitelkeit, sie irritieren ihn eher. Sein größter Wunsch ist es deshalb, die Insel so schnell wie möglich wieder zur Normalität zurückzuführen und sich selbst wieder in die gelassene Atmosphäre seiner Residenz zurückziehen, die ihm nach den schrillen Episoden mit Ufos, Marxisten und den von ihm herbeigebeten Befreiern die Möglichkeit gibt, wieder in Ruhe die Weisheiten eines Chaucer und Shakespeare zu inhalieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE NEW YORK TIMES

Der Korrespondent John Vassari stellt die Frage: Ist Frankreich die deutsche „Friedensbewegung“?

Ein Konsens politischer Ansichten, der Gaullisten und Sozialisten einbezieht, ist hervorgetreten. Er besteht in der Meinung, daß der Streit über die Nachrüstung in Westdeutschland Kräfte legitimiert hat, die nicht mehr an die grundlegenden Sicherheitskonzepte glauben, die für Westeuropa seit der NATO-Gründung galten. Jacques Hüntzinger, verantwortlich für internationale Beziehungen in der Sozialistischen Partei, meinte, daß die Rolle der deutschen Kirchen sich in Wahrheit auf „die deutsche Frage“ bezieht – ein Kurzwort für Teilung, Sehnsucht nach Wiedervereinigung und Deutschlands historische Aqidistanz zwischen Ost und West. ... Regierungssprecher Max Gallo fand noch härtere Worte. ... „Frankreich gehört zu den Mächten, die jetzt und in Zukunft einem allgemeinen Ablegten in Feigheit und Ignoranz widerstehen werden.“ ... Die Franzosen sagen laut, daß die politischen Gezeiten sich gewandelt haben und daß sie eine Anstrengung unternehmen müssen, um die Kräfte zu stärken, die für Deutschlands Zugehörigkeit zum Westen und seiner Verteidigung einstehen.

WIESBADENER TAGBLATT

Der GfW-Kongreß heißt es hier: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft scheint mehr und mehr

eine Bewegung von Exzentrikern zu werden. Auf ihrer Jahrestagung in Mannheim beschäftigten die Lehrer sich in leidenschaftlich geführten Diskussionen mit einer Vielzahl gesellschaftspolitischer Fragen und präsentierten eine beängstigende Nebelschau, bedauerten sich vollkommend in ihren vermeintlich so geringen Rechten und vergaßen dabei, sich wenigstens in Ansätzen zu ihrer Hauptaufgabe zu bekennen, nämlich der Unterrichtung ihrer Schüler. Der Kongreß in Mannheim jedenfalls ließ deutlich werden, daß die Schüler in ihren Lehrern keine Lobby haben.

NEUE RUHR ZEITUNG

Der Korrespondent Hans-Joachim Lammert stellt die Frage: Ist die deutsche Wirtschaft im Schmelztiegel?

Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat seinen knallharten Wendetheorien eine Nachwende verpaßt. Noch zu gut ist jenes Lambsdorff-Papier in Erinnerung, das Karntenz bei der Lohnfortzahlung und Kürzung beim Arbeitslosengeld forderte und als Scheidungsbrief für die sozialliberale Koalition historisch ist. Die reine Marktwirtschaft und die Selbstheilungskräfte des Marktes sollten die Wende bringen. Nun aber, da es an allen Ecken und Enden knirscht, will er die Wende wenden! Ein Grund mag sein: In vielen Krisenbranchen hat der Managementkampf um Erhaltungssubventionen – sprich Steuermilliarden – Wettbewerbsfähigkeit und Kreativität der Wirtschaft fast gelähmt. Die Wende-Katze beißt sich in den Schwanz.

Kohl in Japan: Wo liegen die gemeinsamen Interessen?

Nicht nur Handelsfragen stehen zur Debatte / Von Herbert Kremp

Die Denkweisen und Verhaltensmuster sind so verschieden, daß gemeinsame Interessen zwischen Europäern und Japanern sorgsam gesucht und festgehalten werden müssen. Die Europäer, voran die auf den Weltmärkten hart konkurrierenden Deutschen, haben vor der Expansionskraft Japans einen mit Gefühlen der Angst durchsetzten Respekt. Worauf er beruht, nimmt der Bundeskanzler in Asien unter Augenschein: Die staatliche Marktwirtschaft des Inselstaates, die Kooperation der Ministerien und Firmen, beruht auf einem (immer noch funktionierenden) gesellschaftlichen Konsens, der den gemeinsamen Erfolg vor den sozialen Anspruch stellt. In der sozialen Marktwirtschaft hat sich die umgekehrte Reihenfolge herausgebildet.

Deshalb ist es ungemein schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die von Helmut Kohl erwähnte „derzeitige Unausgewogenheit im Handel zwischen Japan und Europa“ zu überwinden. Die Gespräche mit Premierminister Nakasone darüber blieben, wie vorauszu-

sehen war, an der Oberfläche. Die Japaner sind sehr höflich und weichen vor dem Druck der Amerikaner vor Europa auch immer wieder einen Schritt zurück – aber sie werden ihre Märkte gegenüber den ausländischen Warenströmen nicht so weit öffnen, wie es die Teuer-Produzenten des Westens wünschen. Die Methoden sind subtil, kaum faßbar, einer Regelung nicht zu unterwerfen. Sozusagen in der Tür steht der japanische Verbraucher, der „das Ausländische“ nur in Sonder- und Luxusfällen akzeptiert.

Angesichts dieser Figur des Mikados griff der Bundeskanzler in seiner Rede vor beiden Häusern des japanischen Parlaments zu einem anderen „Stöckchen“. Er hob das gemeinsame Interesse an der Sicherheit hervor und zeichnete, in der Sache offenbar gut beraten, ein Bild der „expansiven Hegemonialpolitik“ Moskaus, wie man es vor Jahren noch aus dem Munde eines jeden chinesischen Politikers vernahm. Die Sowjetunion greife über Vietnam in den Pazifik aus, sie unterjochte den Freiheitswillen des

afghanischen Volkes und der Polen, und sie bedrohe schließlich durch eine Raketen-Hochrüstung auf der inneren Linie Japan und Europa gleichermaßen. So sehr den Deutschen an einem Resultat in Genf gelegen sei – zu Lasten „unserer japanischen Freunde und unserer übrigen Freunde in Asien“ würden die Verhandlungen nicht gehen. Friede und Sicherheit seien in der heutigen Welt untrennbar.

Der Kanzler hielt sich damit an die Erklärung von Williamsburg vom 29. Mai 1983. Bei der westlichen Gipfelkonferenz war es nicht zuletzt dank der Initiative Helmut Kohls gelungen, Japan in die Linie der westlichen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungs-Politik einzuzeichnen. Bewirkt hatte diesen Erfolg die Bedrohung durch die sowjetische U-Boot-Waffe SS 20, in deren Reichweite Japan, China, Südostasien und Indien liegen. Die Rakete konstituiert ein gemeinsames Interesse, das in der Erklärung von Williamsburg (Punkt 6) formuliert werden konnte: „Die Sicherheit unserer Länder ist untren-

bar und muß global gesehen werden. Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern, wird scheitern.“

Derartige Versuche gibt es in Japan genauso wie in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bestehen sowjetischerseits in einer nachhaltigen Unterstützung pazifistischer Tendenzen und in einem eventuell „letzten“ Angebot in Genf, den gegen Europa gerichteten SS-20-Be-stand auf das Maß der 162 britischen und französischen Systeme (das wären 54 – mal drei Sprengköpfe – sowjetische) zu reduzieren. Das „geistert“ seit langem, wie Franz-Josef Strauß gestern betonte. Der Schachzug im letzten Augenblick würde auf die Stationierungsländer Westeuropas wie eine schwere Versuchung wirken, sich auf eine konsequente Regionalisierung der Raketen-Gewichtung einzulassen und Asien darüber zu vergessen. Dagegen steht jetzt Kohls Satz vor dem japanischen Parlament, es sei, undenkbar, daß unsere Sicherheit auf Kosten der japa-

nischen Sicherheit geht.“

Der globale Maßstab, den der Kanzler anlegte, bezieht sich nicht nur auf Nippon, sondern ex definitione auch auf China. Helmut Kohl sprach in Tokio die Chinesen an, ohne sie im Zusammenhang mit der radikalen sowjetischen Bedrohung namentlich zu erwähnen. Sie nehmen als eigenwillige Partner an der globalen Sicherheitsdebatte teil und haben bei der gerade abgeschlossenen dritten Verhandlungsrunde mit Moskau die Begrenzung der gegen China gerichteten SS-20-Zurüstung an die Spitze ihres Forderungen-Katalogs gerückt. Die jüngste Ankündigung Andropows, Asien werde nicht zum Rückzugsfeld sowjetischer Euroraketen, honoriert Peking mit einer Stellungnahme gegen die Stationierung amerikanischer Gegenwaffen auf dem Westteil des Kontinents. Darin kommt nichts anderes zum Ausdruck als das Interesse an einer globalen Regelung – mit der Methode des „Ausstehens“ nach allen Seiten. China, selbst Atommacht, kann sich das leisten.

In Tokio baut der Kanzler mit am Kräftedreieck

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg hatte es sich angebahnt: ein politisches Verständnis zwischen Helmut Kohl und dem japanischen Premier Nakasone. Bei seinem Besuch in Tokio konnte der Kanzler nun die Sympathien vertiefen - zum Nutzen einer globalen Sicherheitspolitik.

Von BERNT CONRAD

Sein Vorgänger im Kanzleramt hatte ihn oft als provinziellen Pfaffen verspottet. Davon konnte in diesen Tagen keine Rede sein. Denn Helmut Kohl demonstrierte an fernöstlichen Gasten in Tokio mit sichlichem Genuß globale Sicherheitspolitik. Das hätte Helmut Schmidt - der seit seiner Abwahl schon mehrfach in der japanischen Hauptstadt war - wohl auch gern getan. Rücksicht auf die Sowjets und die eigene Sozialdemokratische Partei aber hinderten ihn daran.

Den Unionskanzler reizt die asiatische Karte schon im Rückblick auf sein Vorbild Konrad Adenauer, der als erster deutscher Nachkriegspolitiker China ins Visier genommen und 1960, wie Kohl gestern an gleicher Stelle hervorhob, auch im japanischen Parlament das Wort ergreifen konnte. Allerdings kamen Adenauers „politischem Kavalier“ zwei Faktoren zugute, von denen einer aus Moskau auszusagen frei Haus geliefert wurde und der andere persönliche Fortüne entsprang: Das war die Japan ebenso wie China bedrohende sowjetische SS-20-Rüstung in Asien und die aktivistische, Japan politischen Nachkriegs-Insolenzionismus sprengende Figur Yasuhiro Nakasone.

Seiten haben sich Kalkulationen des Kreml als so falsch erwiesen wie jene, die an die geballte Stationierung von Mittelstreckenraketen in Fernost geknüpft wurden: „Zur Einschüchterung“, erwiderte die SS-20 die aus Niederlage und Kapitulation resultierende sicherheitspolitische Gleichgültigkeit der Japaner und eröffneten dem eher durch Zufall an die Regierungsspitze gelangten Nakasone die Chance zu einer Welt-politik verändernden Wende.

Daß Präsident Ronald Reagan eine solche Wende zu mehr sicherheitspolitischer Verantwortung Japans begrüßen würde, war klar. Doch Nakasone wollte keine einseitige Bindung; ihm schwebte ein Kräftedreieck Japan-Amerika-Westeuropa vor. Den richtigen Partner dafür traf er vor fünf Monaten in Williamsburg. Es war Helmut Kohl, von dem Nakasone schon nach einer ersten Begegnung am Vorabend des Weltwirtschaftsgipfels so angetan war, daß er mit asiatischer Liebeswürdigkeit feststellte: „Allein dieses Gespräch war die ganze Reise wert.“

Offensichtlich hatten sich hier zwei Männer getroffen, die auf gleicher Wellenlänge senden und empfangen. Der Kanzler erkannte das globale Konzept des Japaners und ging ohne Zögern darauf ein. Bereits an jenem Montag sagte er ihm zu: „Wir werden nicht zulassen, daß die Sowjets im Rahmen eines möglichen Genfer INF-Abkommens SS-20-Raketen von Europa nach Asien verlegen.“

Genau das hatte Nakasone hören wollen. Darum machte es ihm auch gar nichts aus, daß Kohl mit gleicher Unverwundlichkeit einen Abbau des japanischen Außenhandels-Über-

schusses durch stärkere Importe aus Europa verlangte. „Ihre Offenherzigkeit, Ihre politische Entschlossenheit und Ihre warmherzige Menschlichkeit haben mich damals überzeugt“, gestand Nakasone jetzt bei einem Abendessen in seiner Tokioter Amtswohnung und fügte mit japanischer Untertreibung hinzu: „Erlauben Sie mir bitte, das Wort ‚Sympathie‘ in den Mund zu nehmen.“

Kein Wunder, daß sich Kohl hier derzeit wohler fühlt als unter den hämischen Anwürfen der Grünen und der an ihre Seite gerückten Sozialdemokraten in Bonn. Dazu trägt auch der glanzvolle fernöstliche Rahmen bei: ein eigenes Klein-Versailles, das Akasaka-Palast - in dem Rival Helmut Schmidt 1979 vor den Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels doziert hatte - als Residenz; vom greisen Monarchen Hirohito in der eigenförmlichen Stille des Kaiserpalastes inmitten der drohenden Riesenstadt Tokio mit einem Festbankett geehrt, von dem ausman durch die Tana-ka-Affäre weitgehend arbeitsunfähig gewordenen Parlament durch stehende Ovationen gefeiert. Was kann sich ein Bonner Gast da noch wünschen?

Kohl jedenfalls kostete es aus - auch in Form jenes hochedlen, trotz beginnender Fäulnis überwiegend kraftvollen 1964er Chateau Mouton Rothschild, den Gastgeber Nakasone neben einem trockenen 1978er Pouilly-Fuissé aus der Schatzkammer seines Weinkellers für den deutschen Freund auffahren ließ, während japanische Kammermusik „Am Brunnen vor dem Tore“ spielten und Kohls persönliche Referentin Juliane Weber am liebsten mitgingen hätte.

Reibungslos verlief die Erörterung der Außen- und Sicherheitspolitik. Räte der Bundeskanzler großen persönlichen Anteil daran gehabt, daß Nakasone in Williamsburg auf der NATO-Kurs ausgerichteten Gipfelentscheidung zur Verteidigungspolitik zustimmte, so initiierte der japanische Premier jetzt eine „Erklärung von Tokio“, die noch einmal die globale Verantwortung Japans innerhalb des Kräftedreiecks für Amerika und Westeuropa festschrieb.

Auf diese Idee war der oft sehr spontan handelnde Nakasone zur Verhütung seiner Mitarbeiter erst zwei Stunden vor der Ankunft Kohls gekommen. Dem Kanzler paßte die Absicht durchaus ins Konzept. Bis tief in die Nacht hinein teilten dann



Als 4. Bundeskanzler in Japan: Helmut Kohl und Gastgeber Nakasone. FOTO: AP

Diplomaten beider Seiten an dem Text. Zum Schluß freute sich Kohl außenpolitischer Abteilungsleiter Horst Tietzsch darüber, daß es gelungen war, die Japaner, wie zuvor schon in Williamsburg, auf NATO-Formulierungen zu verpflichten, nämlich auf jene Aussagen des mehr als ein Jahrzehnt zurückliegenden Harmel-Berichts, die eine Parallelität von Verteidigungsbereitschaft und Verhandlungswillen postulieren.

Eine wichtige Rolle bei den Gesprächen zwischen Kohl und Nakasone, wie Staatsminister Alois Mertes und dem japanischen Außenminister Abe, spielte die Frage, wie es denn mit der für Tokios Sicherheit so bedeutsamen Macht jenseits des Gelben Meeres stehe, von der manche meinen, sie näherte sich unaufhaltsam wieder den Sowjets an. Die Japaner, die darüber sicher am besten informiert sind, versicherten ohne Zögern: Von einer außenpolitischen „Wendung“ Chinas könne keine Rede sein.

Im Gegenteil, die Chinesen hätten sogar den drei Gründen, die einer Aussöhnung mit Moskau im Wege

stehen (die sowjetische Invasion in Afghanistan, die vietnamesische Besetzung Kambodschas und die massive russische Truppenpräsenz nahe der chinesischen Grenze), noch einen vierten hinzugefügt: die SS-20-Aufrüstung in Asien. „Diese vier Bedingungen sind so hoch angesetzt, daß die Sowjets darauf überhaupt noch nicht eingehen können“, lautete der aus chinesischen Meinungsäußerungen resultierende Kommentar der Japaner. Ihre eigene Einschätzung Pekings ist positiv: „China verfolgt keine expansionistische Politik. Darin besteht der Unterschied zur Sowjetunion.“

Kohl konnte die beruhigende Einschätzung mitnehmen, daß der unsichtbare vierte Schenkel des Sicherheitsdreiecks Japan-Amerika-Westeuropa weiterhin als intakt angesehen werden kann. Es ist gewiß kein Zufall, daß in rascher Folge nach dem Kanzler auch der amerikanische Präsident und der chinesische Parteichef noch in diesem Monat nach Tokio kommen werden.

Daß Kohl, obwohl er keinen Wirtschaftsexperten mitgenommen hat, bei seinen Gesprächen mit Nakasone auch sehr nachdrücklich die ökonomischen Probleme anschnitten würde, war selbstverständlich. Denn für Deutschland und Europa steht angesichts des wachsenden Handelsdefizits gegenüber Japan viel auf dem Spiel. Immerhin hatte der Bonner Gast hier eine Überraschung parat: Er beschränkte sich nicht darauf, eine weitere Öffnung des japanischen Marktes für Einfuhren aus Europa zu verlangen, sondern er schlug sich auch selbst an die europäische Brust. Schon auf dem Flug über das Polareis hatte der Kanzler gegen in Europa verbreitete Inferioritätskomplexe gewettert und verlangt: „Wir müssen einfach mehr tun und uns etwas einfallen lassen.“ Japanischen Journalisten rief er gestern zu: „Wir dürfen nicht über Ihre Tüchtigkeit jammern, sondern wir müssen ebenso tüchtig sein wie Sie, und wir werden das auch schaffen. Wir sind nicht out.“

Hinter Barrikaden erwartet Beirut den nächsten Ausbruch

Ängstlich blicken die Libanesen nach Genf: Kommt es zwischen den verfeindeten politischen Lagern zur Versöhnung? Nach den schweren Attentaten auf die Friedenstruppe ist die Situation gespannter denn je. Es herrscht Waffenstillstand - doch es ist mehr ein Stillstand als ein Waffenstillstand.

Von PETER M. RANKE

Nun fahren auch die Busse nicht mehr. Aus Sicherheitsgründen werden die blau-weißen französischen Busse nicht mehr auf die Beirut Straßen geschickt. Das Verkehrschaos, das Privatwagen und Sammeltaxis anrichten, ist groß genug. Um acht Uhr abends erst, wenn die nächtliche Ausgangssperre beginnt, kommt der Beirut Straßenbetrieb abrupt zum Stillstand. Dann hört man wieder die Schüsse und Einschläge in den Bergen des Schuf oberhalb Beiruts. Waffenstillstand?

Wir haben jetzt sechs Stunden Strom am Tag. Das reicht für den Eisschrank. In vielen Geschäften und Hotels sind Generatoren aufgestellt. Nachts bleibt die Straßenbeleuchtung aus, doch es geht ohnehin keiner in diesen Zeiten abends aus. Wenn die Armestreifen während der Ausgangssperre schnappen, wird sofort sein Auto los oder muß erst einmal tausend Mark zahlen, wenn er morgen freigelassen wird. Nach den Bomben-Anschlägen gegen die US Marines und die Franzosen mit ihren 287 Toten sind auch den libanesischen Soldaten Geduld und Freundlichkeit abhanden gekommen. Die ganze Stadt macht einen tiefst verunsicherten, unfreundlichen, sogar feindseligen Eindruck.

Die Friedenstruppe der 5700 Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten hat ihre Patrouillen-Fahrten durch Beirut eingestellt, auch gehen die Soldaten keine Streifen mehr. Im Sommer sah man sie noch mit Mädchen tändeln, jetzt sitzen sie hinter hohen Sandstreck-Mauern und Stacheldraht. Als Friedenstruppe, die

der Regierung Souveränität und Handlungsfreiheit verschaffen sollte, sind die Alliierten in Beirut nicht mehr präsent. Auch die Botschaften gleichen Festungen, die weit umfahren werden müssen. Überall in den Straßen vor Post, Rundfunk oder Regierungsgebäuden gibt es hohe Felsbrocken, ausbetonierte Ölfässer, Erdwälle als Barrieren.

In den Wochen seit dem Waffenstillstand vom 25. September hat sich die Lage in den vorwiegend schiitischen Slum-Vierteln wie Shia, Hay-Solium oder Chueifat dramatisch verändert. Die libanesische Armee hatte dort nie Posten, an den Grenzstraßen nach Ost-Beirut wachen christliche Milizen. Solange der südliche Stadtbezirk in der Hand der bisher neutralen Schiiten-Miliz „Amal“ (Hoffnung) unter Nabih Berri bleibt, sind auch die Amerikaner am Flughafen einigermassen sicher. Aber da in den Schiiten-Vierteln der Einfluß der „Khomeinisten“ zunimmt, könnte Berri sich mit der über tausend Mann starken „Amal“ in der nächsten Runde auf die Seite der Drusen und Palästinenser schlagen. Und dann ist der Weg aus dem Schuf nach Beirut frei.

Nabih Berri hatte noch den Anschlag gegen die Marines und die französischen Paras verurteilt, dann ging er nach einem Zwischenaufhalt in Damaskus an der Seite von Dschumblatt zur Versöhnungskonferenz nach Genf. „Amal“ hat zwar demontiert, Selbstmord-Kommandos aufzustellen, aber der wachsende Einfluß eines fanatischen Schiits auf die Jugendlichen in Shia ist nicht zu leugnen. Scheich Hussein Fadlallah, graubärtig, als Nachkomme des Propheten einen schwarzen Turban tragend, ist ein treuer Anhänger des Ayatollah Khomeini und für seine aggressiven Freitagspredigten gegen Amerikaner und Israelis bekannt. Er hat zudem die Studenten-Organisation der Schiiten fest im Griff. Wie bei Khomeini werden die Predigten von Scheich Fadlallah auf Tonbänder ins schiitische Libanon geschmuggelt.

Die Straßen in den schiitischen Vierteln werden von Khomeini-Bil-

dern und anti-amerikanischen Spruchbändern beherrscht. Die Frauen und Mädchen tragen lange Kopftücher oder Schleier, junge Männer wickeln sich schwarze Bänder um den Kopf als Zeichen ihrer Hingabe. Man sieht sie, auch uniformiert, aber ohne Waffen, sogar schon in der Hamra-Straße von West-Beirut. Durch den Flüchtlingsstrom aus dem Süden im vorigen Sommer sind die schiitischen Quartiere überfüllt, die meisten jungen Männer arbeitslos. Ihre Hoffungslosigkeit, niemals einen Beruf ausüben zu können, und auch ihr religiöser Fanatismus werden von Männern wie Scheich Fadlallah in bestimmte Bahnen gelenkt: In den Vorstadt-Häusern in den Olivenhainen vor den amerikanischen Posten sieht man Schießscharten und Sandsackstellungen.

In den südlichen Vororten werden auch die schiitischen Soldaten der Armee zur Desertion aufgefordert. Die Masse der Truppe sind Schiiten, die sonst kein Auskommen haben. Wer Familie in diesen schiitischen Vierteln hat, ist als Soldat schlecht dran. Drohungen sind nicht selten, die Familie ist gefährdet.

Daß sich hier etwas zusammenbraut, geht nicht nur aus den täglichen Berichten von Heckschützen-Überfällen in diesem Gebiet hervor. Persische „Revolutionswächter“ aus der Bekaa-Ebene sind eingeschickt und finden bei der schiitischen Miliz Unterschlupf. Zwei Palästinenser namens Abu Fadi und Abu Adnan vom „Generalkommando“ Dschabrils sind aus Damaskus gekommen und bilden Schützen für den Terrorkrieg aus. Der christliche Sender in Ost-Beirut will auch 64 Palästinenser eines Anti-Arafat-Kommandos in Chueifat ausgemacht haben.

Dschumblatt hat schon angekündigt, daß er den Krieg im Fall eines Scheiterns der Genfer Konferenz fortsetzen wird. Kein Wunder, daß die Beirut wachsam nach Genf schauen und fürchten, daß ihr Leiden im achtjährigen Krieg der Fremden wie Syrer oder Palästinenser in Libanon noch nicht zu Ende ist. (SAD)

WIE WAR DAS? Als Muzorewa die gemäßigten Schwarzen Rhodesiens führte

Von MONIKA GERMANI

Die Weltpresse nahm zum erstenmal von ihm Notiz, als er an der Spitze des neuen „African National Congress“ (ANC) mit den Briten über die Unabhängigkeit Rhodesiens verhandelte: Abel Muzorewa, der „kleine Bischof“, wie er meist genannt wird, wurde am Montag in Zimbabwe verhaftet.

Nach einem Studium in den USA wurde er 1953 zum Priester geweiht, und 1968 wurde er der erste schwarze Bischof der Vereinten Methodistischen Kirche in Rhodesien. Als sich 1975 der ANC spaltete und Joshua Nkomo Führer des militanten Flügel wurde, vertrat Muzorewa die gemäßigten Kräfte und formierte den „United African National Congress“ (UANC). Nachdem US-Außenminister Kissinger den weißen rhodesischen Premier Ian Smith 1976 dafür gewonnen hatte, einen Ausgleich mit gemäßigten schwarzen Politikern zu suchen, begannen Ende 1977 die Verhandlungen mit dem Bemühen um eine interne Lösung. Bei den Wahlen

zur gemeinsamen Regierung erlangte Muzorewa im April 1979 unter der Parole „Stimmt für den Sieger“ eine überwältigende Mehrheit: Mit 65 Prozent der abgegebenen Stimmen und 51 Parlamentssitzen wurde er Premierminister von Zimbabwe/Rhodesien. Er rief seine Guerilleros auf, den Kampf gegen die Weißen aufzugeben, und schloß sie zu einer „Hilfsarmee“ der weißen Armee, der „Phumbe re Vanho“, dem „Speer der Nation“, zusammen.

Die Hoffnung auf internationale Anerkennung des Landes, auf Aufhebung der Sanktionen und das Ende des Guerilla-Krieges unter einer gemischten schwarz-weißen Regierung erfüllten sich nicht, obwohl inzwischen Margaret Thatcher in England Premierministerin geworden war. Sie ließ ihrem Außenminister Lord Carrington freie Hand. Und das Foreign Office war gegenüber den Weißen in der ehemaligen Kolonie traditionell kritisch.

In den von Carrington arrangierten Lancaster-Haus-Verhandlungen, die

im September 1979 begannen, hatte Bischof Muzorewa keine Chance gegen seine geschickten Verhandlungspartner Carrington, Mugabe, den heutigen Premier, und Nkomo. Bei der Unterzeichnung des Abkommens im Dezember wurden Wahlen für den folgenden März vereinbart. Diese Wahlen gewann Mugabe. Sie wurden von Beobachtern als Terrorwahlen bezeichnet. Muzorewa erhielt lediglich drei Sitze.

Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im April 1980 wurde es still um Muzorewa. Während Mugabe seinen Streit mit seinem alten Mitstreiter und dann Widersacher Nkomo austrug und das Land an den Rand des Bürgerkrieges brachte, verhielt sich Muzorewa neutral. Erst im Juli dieses Jahres beschuldigte er zum erstenmal das Regime öffentlich, Terror unter der Bevölkerung zu verbreiten. „Es gibt keine Redefreiheit mehr, keine Versammlungs- und Pressefreiheit. Und es wird von Tag zu Tag schlimmer“, sagte er auf einer Pressekonferenz.

Wie gut Sie mit Gold beraten sind, kommt darauf an, wo Sie es kaufen.

Gold könnten Sie überall kaufen, wo es angeboten wird: als Münzen, als Barren oder als Zertifikate. Das wäre aber zu leicht, um richtig zu sein.

Denn wie jede Geldanlage hat Gold seine besonderen Stärken, die man kennen muß. Sie hängen von der Menge ab, die Sie erwerben, und wie langfristig Sie Ihre Geldanlage sehen. Und davon wieder hängt die Form ab, in der Sie Gold kaufen. Denn zwischen Münzen und Zertifikaten

zum Beispiel gibt es eine Menge Unterschiede.

Wie bei jeder anderen Anlageform helfen wir Ihnen natürlich auch beim Verkauf.

Wir beraten Sie über die richtige Anlage in Gold - ob im In- oder Ausland - als Teil Ihrer Geldanlage insgesamt. Nutzen Sie deshalb unsere große Erfahrung, auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.



Deutsche Bank



Hessens Grüne nennen SPD Bedingungen

dpa/AP, Wiesbaden
Die Landtagsfraktion der hessischen Grünen hat ihre Bedingungen für die Verhandlungen mit der SPD über Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit bis hin zur Bildung einer gewählten Landesregierung bekräftigt. Wie der Abgeordnete Karl Kerschgens gestern in Wiesbaden sagte, will seine Fraktion dem diesjährigen und den folgenden Haushaltsentwürfen zustimmen, wenn sich die beiden Parteien in wesentlichen Fragen der Landespolitik geeinigt haben.

Entscheidung über Anklage im November

dpa, Düsseldorf
Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft Bonn zur Einstellung oder Anklageerhebung im Ermittlungsverfahren um die sogenannte Flick-Spendenaffäre ist gestern dem nordrhein-westfälischen Justizministerium in Düsseldorf „zur Unterrichtung“ vorgelegt worden. Der vorgelegte Generalstaatsanwaltschaft Köln hatte die Bonner Anklagebehörde die Entscheidung über die Anklageerhebung nach fast zweijährigen Ermittlungen bereits am vergangenen Montag zugesandt.

Die endgültige Entscheidung, ob gegen den Anklageerhebungsbescheid der Bonner Anklagebehörde, soll nach Angaben der Justiz in der zweiten Novemberhälfte auf einer Pressekonferenz der federführenden Staatsanwaltschaft Bonn bekanntgegeben werden. Die Ermittlungen richteten sich gegen prominente Politiker, darunter Bundeswirtschaftsminister Karl Lambsdorff (FDP), und ehemalige Manager des Düsseldorfer Flick-Konzerns, deren Vorteilnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung zur Last gelegt wird. Die Politiker stehen in dem Verdacht, im Gegenzug für Steuerbefreiungen an den Flick-Konzern aus dem Erlös eines Aktienverkaufs Gelder erhalten zu haben.

Ehmke greift Bundeskanzler an

dpa, Bonn
Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat die Bundesregierung davon gewarnt, mit der bisherigen Bonner Außen- und Sicherheitspolitik zu brechen. Gegenüber dpa sprach Ehmke davon, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in der Gefahr sei, „sei es nun aus Absicht oder aus Dilettantismus“, die deutschen Interessen nicht wahrzunehmen. In erster Linie zielt der SPD-Politiker dabei auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und betonte erneut, daß man die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow prüfen sollte. Eine „Einigungsmöglichkeit in Genf darf nicht dadurch verschüttet werden, daß der Westen nun anfängt, ohne Rücksicht auf Verluste zu stationieren“.

Der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff hat diese Kritik Ehmkes nachdrücklich zurückgewiesen und an Ehmke die Frage gerichtet, „wer hier eigentlich mit seiner bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik gebrochen hat“. Die Annahme der SPD-Position zu den Genfer Verhandlungen wäre gleichbedeutend mit der „Hinnahme des sowjetischen Mittelstreckenmonopols“. Im übrigen forderte er Ehmke auf, „keine Pappkardinalen aufzubauen“. Denn entgegen den Aussagen des SPD-Politikers „denken weder die USA noch wir daran, die Neutronenwaffe einzuführen“.

Sudhoff ging auch noch einmal auf die Diskussion um ein mögliches Vetorecht der Bundesregierung ein über den Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland stationierter Atomwaffen. Er stellte klar: Bonn habe nicht die Absicht, auch nur „mittelbar über ein Mitspracherecht, ein Atomwaffenland zu werden“.

Strauß: Null nicht zur variablen Größe machen

Strategie-Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München

RÜDIGER MONIAC, München
Im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen hat der CSU-Chef Franz Josef Strauß „manche Offizielle“ in Bonn gewarnt, die Null-Lösung falsch zu interpretieren. Sollte die Sowjetunion in der letzten Genfer Verhandlungsphase den Abbau ihres gegen Europa gerichteten SS-20-Potentials auf 50 oder etwas mehr Werfer anbieten, resultiere daraus für die NATO nach Ansicht von Strauß nicht der Verzicht auf Nachrüstung. Der Ministerpräsident sagte auf einer Tagung über internationale Politik und Strategie der Hanns-Seidel-Stiftung in München: „Wenn man den Begriff Null zu einer variablen Größe macht und sagt, Null kann auch 54, 75 oder 96 sein, dann hat die Sowjetunion einen großen psychologischen Sieg errungen.“ Er fügte hinzu, von da an hätte Moskau ein Vetorecht über Qualität und Quantität der Bewaffnung der NATO in Europa.

Strauß erklärte weiter, er verfüge über „ziemlich konkrete Informationen“, daß die „DDR“ schon seit Jahren unterirdische Anlagen aus der Zeit des Dritten Reiches für die Stationierung von Atomraketen wieder ausbaut. Diese „natürlichen Festungen“ befinden sich zum Teil in 300 bis 400 Metern Tiefe unter einer Gesteinsschicht, so daß sie atomwaffensicher seien.

Der bayerische Ministerpräsident fügte auf eine entsprechende Frage der CSU-Bundestagsabgeordneten Krone-Appuhn nach dem Wert eines sogenannten Zwei-Schlüssel-Systems bei amerikanischen Atomwaffen in Europa hinzu, bei seinen kürzlichen Erklärungen dazu in einem Interview sei er mißverstanden worden. Es würde erheblich helfen, das Mißtrauen gegen die Amerikaner abzubauen, wenn die Europäer „im Stab Reagan“ direkt an der Entscheidung über den Einsatz nukleärer Waffen beteiligt würden. Strauß schlug von Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und die „kleineren europäischen NATO-Staaten zusammen“ sollten je einen Vertreter im Stab des amerikanischen Präsidenten haben, damit sie dort am Informationsfluß und Entscheidungsprozeß der Atomwaffenentscheidung beteiligt werden können. Strauß stellte klar, dies be-

deute „kein europäisches Vetorecht“, sei aber geeignet, eine noch engere Zusammenarbeit über den Atlantik zu dokumentieren. Die letzte Einsatzentscheidung treffe der amerikanische Präsident.

Große Teile der Strauß-Rede befassen sich im weitesten Sinne mit der Nuklearpolitik des Bündnisses. Nachdrücklich unterstützte der CSU-Vorsitzende den angesichts der Genfer Verhandlungen wahrscheinlich notwendig werdenden Schritt, die neuen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. In diesem Zusammenhang nannte er es verhängnisvoll, daß diese Waffen ständig als amerikanische apostrophiert würden. Strauß sagte, die Waffen des Doppelbeschlusses seien solche der NATO. Zur Unterstreichungs seiner Ansicht meinte er, es müsse später möglich sein, auch „nichtamerikanische Verbände mit Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen“ auszurüsten. Die Bundeswehr, die bereits mit Pershing-1-Systemen ausgestattet ist, schloß Strauß dabei ausdrücklich nicht aus.

Ferner stellte Strauß die These auf, die NATO gewähre den Europäern nicht nur Schutz vor der „ausgreifenden Machtpolitik der Sowjetunion“, sie gebe ihnen „auch Sicherheit vor Amerika“. Der bayerische Ministerpräsident begründete seine Ansicht mit folgenden Worten: „Wir sind Alliierte. In militärischen Auseinandersetzungen pflegen Alliierte besser behandelt zu werden als Neutrale. Wenn es um die nackte Brutalität eines ausgebrochenen Krieges geht, nehmen die Amerikaner auf die Gefühle der Europäer nur begrenzte Rücksicht.“ Strauß unterstrich mit allem Nachdruck, er wolle sich damit keineswegs als Gegner der amerikanischen Politik oder auch als „Lobredner“ des Neutralismus darstellen. Wenn im Konfliktfall aber neutrale Länder „in den Schützpunkt der Machtinteressen“ der Großmächte geraten, würde man auf Verbündete aus politischen Gründen mehr Rücksicht nehmen als auf Neutrale. Deshalb gebe die NATO den Europäern nicht nur Schutz vor der Sowjetunion, sondern auch „Sicherheit vor einem rein militärischen Denken der Amerikaner in einem Konfliktfall“.

„Einsparung im sozialen Bereich unumgänglich“

F. D. Berlin

Mit der Forderung nach gesetzlicher Festschreibung einer Alterspflanzungsversicherung ist in Berlin gestern der 70. Deutsche Fürsorgetag beendet worden. Vor dem Hintergrund einer Situation in der „traditionellen Sozialpolitik“, die nach Aussage von Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU) „unmittelbar an ihre finanziellen Grenzen stößt“ und im Jahre 1982 im Bundesgebiet mit über 530 Milliarden Mark für soziale Sicherungen zu Buche schlug, bekräftigte der Vorsitzende des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Otto Fichtner, die Forderung, das Pflanzungsrisiko im Alter nicht länger der Sozialhilfe allein anzulasten.

Nach Fichtners Worten seien rund 37 Prozent der Sozialhilfeausgaben Pflegeausgaben. Auch nach Ansicht von Sozialsenator Fink sei die Sozialhilfe für derartige „allgemeine versicherungs- und versorgungssähnliche Leistungen nicht angelegt“. Einsparungen im sozialen Bereich bezweckten sowohl Fichtner als auch Fink als unumgänglich. Die Sozialhilfe könne in Zukunft ebensowenig wie das Pflanzungsrisiko auch den Lebensunterhalt für Langzeit-Arbeitslose sicherstellen, meinte Fichtner.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, in dem Experten aus Gesetzgebung, Verwaltung und privaten Trägern vertreten sind, will sich zukünftig einer verschärften Diskussion über den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen nicht verschließen. In diesem Zusammenhang forderte Fichtner jedoch andere Verbände und Interessengruppen auf, ebenso über Mißbräuche auf Gebieten der Steuer, der Umwelt und der Subventionen „mit gleicher Deutlichkeit zu sprechen“.

Trotz der angespannten Finanzlage im Bundesgebiet dürfe die Fürsorge und Sozialpolitik nicht hinter andere Leistungssysteme des Staates zurückfallen, forderten die Teilnehmer des Fürsorgetages. Diskussions-schwerpunkte neben einer Alterspflanzungsversicherung stellten in Berlin auch die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Gewalt in der Familie, Familienförderung, Hilfen für Ausländer sowie die Vor- und Nachteile einer sozialen Planung dar.

Darf Kirche einer Seite den Glauben absprechen?

Synode der EKD diskutierte in Worms über Nachrüstung

HENK OHNESORGE, Worms

Vor dem Barockbau der Wormser Dreifaltigkeitskirche bilden in der Kälte einige junge Menschen und einige ältere Frauen bibbernd ein Spalier. In den Händen halten sie Plakate und Spruchbänder, auf denen sie eine klare Absage an die Nachrüstung fordern und die Vision eines Atomkriegs heraufbeschwören. Durch dieses Spalier müssen die Delegierten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die in dem Gebäude tagten, das auch „Reformationskirche“ genannt wird. In ihm setzt sich in anderen Formen fort, was draußen angesprochen wird von jungen Studenten und von den „Wormser Frauen für den Frieden“.

Die Grundpositionen der Auseinandersetzung sind klar, dargestellt in unmissverständlichen Erklärungen der Synodalen Erhard Eppler und Kurt Hennig. Eppler fordert vom höchsten Beschlussgremium des deutschen Protestantismus ein klares „Nein“ zur Nachrüstung. Er verweist darauf, daß Luther gerade hier in Worms gegen alle Autoritäten, gegen Kaiser und Papst, seinem Gewissen gefolgt sei. „Man kann nicht so tun, als gebe es so etwas hier und heute bei hunderten Tausenden Menschen in unseren Gemeinden nicht.“

Der Synodale Kurt Hennig dagegen, einer der Sprecher des schwäbischen Pietismus, fragt: „Kann die Kirche einer Seite in dieser Auseinandersetzung den Glauben absprechen?“ Würde damit die Kirche nicht zu „irgendem Parteirotz“? Er plädiert für einen Verzicht auf Parteilichkeit auf politischen Fragen, weil dies mit dem Glauben nicht vereinbar sei, für eine Parteilichkeit zu sprechen, „wo auf beiden Seiten gläubige Christen stehen“.

Zwischen diesen Ansichten bewegt sich die Mehrheit der Synodalen, versuchen einerseits, einen Kompromiß zu finden. Einer der Punkte, der immer wieder aufgeführt wird, ist eine Aussetzung des früheren Bundeswehr-Inspektors und gläubigen Protestanten Ulrich de Maizière, die der Ratvorsitzende Eduard Lohse in seinem Bericht zitiert hatte: „Jede Anwendung von Gewalt macht schuldig, auch die in Notwehr. Die

Schuld aber wäre größer, überlässe man seinen Mitmenschen wehrlos dem gewaltsamen Zugriff eines Angreifers und liefere ihn bei einer Fremdherrschaft aus, die ein Leben in Freiheit und unter Wahrung der Menschenrechte unmöglich macht.“

Am Schluß der Debatte mußte sich Lohse ausdrücklich vor den Mitchristen de Maizière stellen und an die „Fairness von allen appellieren“, darum bitten, „anderen nicht zu unterstellen, was sie so nicht gesagt haben“.

Und da ist auch noch die immer wieder zitierte Erklärung der Vollversammlung des Weltkirchenrats im August in Vancouver, mit der nicht nur die Anwendung, sondern auch schon die Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als weder theologisch noch ethisch zu rechtfertigen und als „Verbrechen gegen die Menschheit“ erklärt worden war. Diese Formulierung, die Lohse in dieser Schärfe nicht übernehmen will, ist unausgesprochen im Kirchenschiff ebenso präsent wie draußen vor der Tür. Dort fordern junge Leute Antwort mit Plakaten: „Warum schweigst die Kirche?“ und – für die Älteren, die das noch verstehen – „Mortui“ (die Totgeweihten).

Vor diesem Problem wird die andere so wichtige Frage auf dieser Synode, die Annäherung der durch die Reformation voneinander gespaltenen Kirchen und der Weg dazu, zweitrangig. Das in Jahrzehnten mühsamer Verhandlungen entstandene, jetzt der Synode vorliegende „Lima-Papier“ über Taufe, Eucharistie und das Amt des Geistlichen beschäftigt zwar die Kirchenparlamentarier – aber vor dem Versammlungssaal ist davon nichts spürbar.

Ein in der Nähe gelegenes Geschäft in der Lutherstadt Worms bietet mit einem großen Plakat Luther-Sozietäten an, im Caféhaus gibt es Luther zum Essen in Form von „Luthersuppen“ und Marzipan mit dem Kontext des Reformators. Die Handvoll freier Protestanten (in des Wortes doppelter Bedeutung) mit ihren Schildern und Plakaten und mit ihren violetten Tüchern nimmt die Wormser Bevölkerung kaum zur Kenntnis.

Wörner empfing ägyptischen Amtskollegen

AP, Bonn

Die bilateralen Beziehungen und die Lage in Nahost standen am Mittwoch im Mittelpunkt einer einstündigen Unterredung, zu der Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner seinen ägyptischen Kollegen Mohammed Abdel Halim Abu Ghassala empfing. Nach Angaben des Sprechers der Hardthöhe, Oberst Jürgen Reichardt, wurden auch die Möglichkeiten einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Kairo erörtert. Über eine Kooperation auf dem Rüstungssektor sei jedoch nicht gesprochen worden. Der Ägypter habe die Bemühungen seines Landes zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten verdeutlicht.

Postpauschale bald nicht mehr strittig?

F. D. Berlin

Ein Übereinkommen mit der „DDR“ in den seit einem Jahr geführten Verhandlungen über die von Bonn gezahlte Postpauschale kann nach Ansicht von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) in den nächsten Wochen erzielt werden. In Berlin erklärte er zu den Verhandlungen, es habe trotz „gewisser Schwierigkeiten“ Fortschritte gegeben.

Die „DDR“-Postverwaltung fordert von Bonn rückwirkend vom 1. Januar eine Anhebung des Pauschalbetrags für „erhöhte Leistungen“. Bisher wurden von 1978 an jährlich 85 Millionen Mark an die „DDR“ gezahlt. Die Höhe der jetzt gestellten „DDR“-Forderungen wurden bisher weder von Ost-Berlin noch Bonn offiziell mitgeteilt, die Bundespost, so verlautete in Berlin, soll jedoch zur Zahlung von 250 Millionen Mark bereit sein.

Jahrelanger Streit um Finanzausgleich?

AP, Hannover

Vor dem Bundesverfassungsgericht bahnt sich ein möglicherweise jahrelanger Streit um den Länderfinanzausgleich an. Der niedersächsische Finanzminister Burkhardt Ritz (CDU) teilte gestern vor der Presse in Hannover mit, die niedersächsische Regierung werde die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erhobene sowie die von den Regierungen in Wiesbaden und Stuttgart angeordneten Klagen durch eine eigene erweitern. „Es ist allerdings schon jetzt abzusehen“, sagte Ritz, „daß Verfassungsrichter überfordert sind.“

Ritz erklärte, dieser Streit um Geld könne zehn Jahre und länger dauern. Dabei geht es um die Milliarden, die Niedersachsen als Förderzinsen bei der einheimischen Gewinnung von Erdöl und Erdgas einnimmt. Im vergangenen Jahr waren es rund zwei Milliarden Mark gewesen. Durch die nachlassende Förderung gehe in diesem Jahr der Förderzins auf schätzungsweise 1,65 Milliarden Mark zurück und dürfte 1984 weiter sinken, teilte Ritz mit.

Die SPD-Regierung in Düsseldorf verlangt die volle Einbeziehung des Förderzinses in den Länderfinanzausgleich. Die CDU-Regierung in Hannover lehnt das ab und schwing einen Kompromiß vor, den der Bundesrat zwar billigte, mit dem aber viele Länder nicht zufrieden sind. Ritz sagte, da auch die Regierungen in Wiesbaden und Stuttgart Klagen wollten, würde Hannover darauf dringen, daß der gesamte Komplex Finanzausgleich vor das Bundesverfassungsgericht kommt.

DIE WELT (usps 803-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is \$2.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Bildungspolitik blieb beim GEW-Kongreß auf der Strecke

Von PETER PHILIPPS

Wider die Wende – Arbeit und Bildung – Frieden und Freiheit – stand als Motto über dem 19. Gewerkschaftstag der GEW in Mannheim. Doch als die Versammlung der Lehrergewerkschaft gestern nach knapp vierstündiger Debatte auseinanderging, hatten die 396 Delegierten nur einen Teil des Weges zum selbstgesteckten Ziel bewältigt. Insgesamt blieb die Behandlung dieser fünf themenhaft formulierten Schwerpunkte ein Torso.

Der Arbeitsmarkt für Lehrer ist eng geworden

Die GEW ist in den vergangenen Jahren in schwieriges Gelände geraten, und die Richtung, in der wieder saftigere Weiden auf die gewerkschaftliche Bearbeitung warten, ist noch nicht ausgemacht – geschweige denn der Weg dorthin.

Der Arbeitsmarkt für Lehrer ist so eng geworden, daß allein aus finanzpolitischen Gründen praktisch kein Bewegungsspielraum mehr besteht. Etwa 50 000 Pädagogen sind nach den Berechnungen der GEW bereits arbeitslos. Nach allen vorliegenden Prognosen wird diese Zahl in den

nächsten Jahren auf ein Mehrfaches noch ansteigen.

Zwar bestreitet kein Experte, daß es aus pädagogischen Gründen sinnvoll wäre, einige tausend Lehrer zusätzlich einzustellen. Und Eltern schulpflichtiger Kinder wissen, wieviel Unterricht regelmäßig ausfallen muß. Aber die öffentlichen Kassen sind leer, und selbst wenn sie voller wären: Die Hochkonjunktur für Fragen der Bildungspolitik ist – auch dank des Überflusses der Bildungsförderung in den vergangenen Jahren – vorbei. Die Haushalts-Schwerpunkte haben sich verlagert. Außerdem: 250 000 angehende Lehrer bevölkern zur Zeit die Ausbildungsseminare, fünfzig Prozent dessen, was an (besetzten) Planstellen in der gesamten Bundesrepublik für Lehrer überhaupt zur Verfügung steht. Jede Maßnahme gegen Lehrerbearbeitungslosigkeit kann da nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

Der Tropfen heißt nach den Vorstellungen der GEW 35-Stunden-Woche. Mehr als fünf Millionen Mark stehen in einem „Kampffonds“ zur Verfügung, aus dem auch die Aktivitäten zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit bezahlt werden sollen. Man will sich einordnen in die Front der großen Gewerkschaftsbrüder ÖTV und IG Metall. Dabei soll es auch

keine große Rolle spielen, daß GEW-Mitglieder fast ausschließlich Beamte sind und nach geltendem Recht ihre Tarifforderungen nicht durch Streiks bekräftigen dürfen. Für Dieter Wunder, weitgehend unumstrittener Gewerkschaftsvorsitzender und in Mannheim mit großer Mehrheit im Amt bestätigt, geht es hier um eine „Grundsatzfrage“, die so „fundamental“ sei, daß man die „gegenwärtige Rechtsprechung zum Beamtenrecht für nebensächlich halten“ könne.

Wunder vertraut auf die Zukunft

Auf mögliche Sanktionen gegen streikende Kollegen soll keine große Rücksicht genommen werden. Wunder vertraut auf die Zukunft: Dies sei in erster Linie eine „politische Auseinandersetzung“, in der deshalb auch keine juristischen, sondern „politische Kompromisse gefunden“ werden müßten.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde so in Mannheim zu einem Solidaritätserlebnis der Delegierten – vergleichbar nur den Emotionen bei der Behandlung der Themen Frieden, Beitragserhöhung, Stellvertreter-Wahl für Wunder und Neue Heimat. Wobei das Thema Frieden im Sinne innerschulischer Akzio-

nen, „Mahnminuten“ und pazifistischer Erziehung der Kinder auch noch im Motto des Gewerkschaftstages wiederzufinden war. Hier stimmte das innenpolitische Feindbild (Wunder: „Unions-Politiker verlieren die Fäcön“) ebenso wie das außenpolitische: Zwei Resolutionen gegen die US-Invasion in Grenada und für die Verfolgung der polnischen „Solidarnosc“ waren das Ergebnis.

Das Gemeinschaftserlebnis am Dienstagabend auf dem Hambacher Schloß, wo „demokratisch-schöne Reaktionen von Bund und Ländern“ ebenso geäußert wurden wie „obligatorische antifeministische Tendenzen“ in dieser Beziehung, gehörte in den Kontext. Denn die Ablehnung der inneren wie der äußeren Sicherheitspolitik der antirenden Bundesregierung gehörte zu den einigenden Elementen des Gewerkschaftstages. Im Foyer des Mannheimer Veranstaltungsbüros hatte Klaus Staack seine Plakate angeboten, die übrigen Tische waren geprägt von den Illa Tüchern des letzten Kirchentages und auf Stoff und Papier gedruckten Friedenstauben. Wer noch mehr aus der Menge herausragen wollte, konnte für sechs Mark einen blauen Original-„Sporthut für den Frieden“ kaufen.

Weniger locker saßen den Lehrern die eine Mark mehr Beitrag, die Schatz-

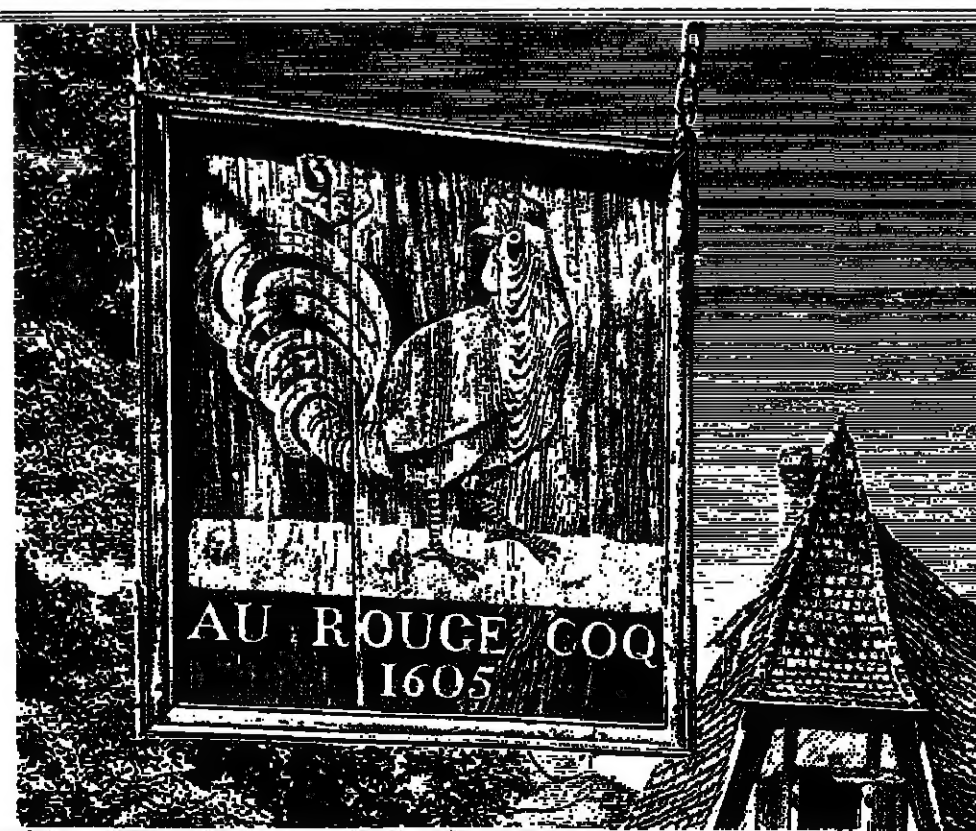
meister Armin Müller von ihnen gefordert hatte. Das Problem wurde erst einmal um drei Jahre vertagt. Dabei ist die Kassenlage der GEW alles andere als rosig: Die organisierten Mitglieder sind in der Beitragshöhe weit entfernt von dem einen Prozent vom Bruttoeinkommen, das in den Industriegewerkschaften als Beitrag eingezogen wird; ein immer höherer Anteil an Studenten (15 000) und arbeitslosen Lehrern (10 000) in den eigenen Reihen (mit Mitbeiträgen) reduziert die Einnahmen; die Zahl der Austritte ist inzwischen höher als die der Eintritte.

Der Ärger der Delegierten war überdeutlich

Und dann waren da noch die 868 000 Mark, die die GEW anteilmäßig für die Sanierung der Neuen Heimat im Rahmen des DGB hatte aufbringen müssen. Der Ärger der Delegierten in Mannheim war überdeutlich.

Das ureigenste Gebiet der Lehrer, die Bildungspolitik, mußte da wohl zwangsläufig auf der Strecke bleiben. Die Gesamtschule als Ideal für alle wurde noch einmal aufgedeckt. Doch Perspektiven fehlten aus Nabelschau und Nebenschauplätzen hatten zurzeit Zeit und Kraft gekostet.

Heute
wie in alter Zeit
ein Zeichen
guter
Gastlichkeit



Ein erfreuliches Symbol: der stolze Hahn!

Beiden wie Christen haben dem furchtlosen, kämpferischen und beim Bühnenvolk viel beschäftigten Hahn stets ihre Anerkennung gezollt. Die alten Griechen opferten ihm, dem Gott Ziklup geweiht war, dem ersten Schluck Wein; den Germanen war er dem Donnergott Donar beigegeben, und bei den Christen zierte er Kirchenräume wie Häusergiebel, denn bekanntlich ist er auch ein zuverlässiger Wächter und Aufwecker. Nun: Den heutigen Stadtmenschen sind die fast nimmer-

müden Gähne aus den Augen und Ohren gekommen; nur als Wahrung, gegrillt oder gebacken, sind sie uns noch allgegenwärtig. Das aber hat der großen Bedeutung des Hahnes, auch als Wappentier Frankreichs, keinen Abbruch getan: Der stolze Hahn, selbst in roter Farbe, krönt und schmückt viele Häuser, auch jene beliebten, in denen neben einem guten Essen auch ein hervorragender Tropfen geboten wird, sogar der vielgerühmte Aabach Elrat aus Rüdesheim am Rhein!

Aabach Elrat

Im Aabach Elrat ist der Geist des Weines!

China nimmt sich mit den Sowjets viel Zeit

Von JOHNNY ERLING

Gesamt werden aus den sowjetisch-chinesischen Konsultationen von der sowjetischen Seite Informationen an die Öffentlichkeit lanciert. Zwar kommentierte Peking wie erwartet durch seinen stellvertretenden Außenminister und Verhandlungsleiter Qian Qichen das Ende der dritten Konsultationsrunde am vergangenen Wochenende als nützlich, aber er wies dabei zum wiederholten Male auf die nicht ausgereimten Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten hin.

Anders macht es Moskau. Über die wie es heißt, der sowjetischen Delegation nahestehenden Kreisen - zu deutsch sowjetische Diplomaten in Peking - sieht die Kunde von einem sehr detaillierten Zehn-Punkte-Vorschlag durch, den Moskau unterbreitet habe.

Der Vorschlag soll von der Einrichtung einer ständigen telegrafischen

pow lockte mit ihrer „gemeinsamen Ausarbeitung und Verwirklichung im Raum der sowjetisch-chinesischen Grenze“, und zwar in seiner bekannten „Raketenverschrottungsrede“ im August 1983. Zugleich sprach Andropow aber auch unmissverständlich davon, „daß die sowjetisch-chinesischen Beziehungen so aufgebaut werden müssen, daß sie den Drittländern keinen Schaden zufügen. Das gleiche erwarten wir auch von der chinesischen Seite“.

China hat sich bislang entschieden gegen jegliche Teilbarkeit der „Normalisierung“ ausgesprochen. Die von Moskau angebotenen bilateralen Vorschläge betrachtet es als nützliches, aber nicht als ausreichendes, um einen positiven Einfluß auf die begonnene Ausweitung des Handels und der Kulturbeziehungen ausüben kann. Auch auf Andropows Rede entgegnete Peking damals, es wolle sie analysieren, machte aber bald darauf deutlich, daß die massive Stationierung von SS 20 in Sibirien auch in diesem ersten Punkt Zeichen einer anderen Sprache sei. Parallel nun zur dritten Verhandlungsrunde kam die Kunde, daß weitere 18 SS 20 in Sibirien stationiert wurden, was den Vorschlag zur Schaffung einer atomarfreien Zone in ein merkwürdiges Licht rückt.

DIE ANALYSE

Verbindung - analog dem „roten Telefon“ zwischen Washington und Moskau - über die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes, der Offenlegung der gegenseitigen Truppenstärke an den Grenzen bis hin zu der Schaffung einer atomarfreien Zone zwischen beiden Staaten reichen. Die Peking-Seite hätte sich bereit erklärt, die sowjetischen Punkte, die im weiteren mit einer Reihe von Absichtserklärungen zur Verbesserung des Handels und einem Abstimmen in der Haltung zu internationalen Fragen gipfelt sind, zu analysieren, heißt es dann aus sowjetischen Kreisen.

Mit gewisser Euphorie war bereits der sowjetische Vizeaußenminister und China-Experte Michael Kapiza nach seinem Vorbesuch in Peking im September vorangeschritten. Kapiza damals: „Es seien „neue Wege beschritten worden“. Er wollte sich aber - ebenfalls von Qian Qichen - über die Hindernisse informieren lassen. Auf einem diplomatischen Empfang in Moskau Anfang Oktober klang es aus dem „Munde Kapizas“ schließlich merklich nüchterner. Beide Delegationen hätten noch einen „sehr, sehr langen Tunnel“ zu durchlaufen.

Moskaus Strategie in den Peking-Verhandlungen kreist um das streng bilaterale Angebot von vertrauensbildenden Maßnahmen an den Grenzen, dem ersten Punkt der Peking-Verhandlungen. Ungenügend ist es sich dabei immer wieder an die Fragen Afghanistans und Kambodschas erinnern.

Diese vertrauensbildenden Maßnahmen aber hatte bereits Breschnew in seinen Reden in Peking und Taschkent 1982 angeboten. Andropow

Am 10. Oktober, vier Tage nach Beginn der Verhandlungsrunde, nahm Chinas Generalsekretär Hu Yaobang schließlich in einem Gespräch mit japanischen Journalisten grundsätzlich Stellung: Wir wünschen eine Normalisierung zur Sowjetunion, betonte Hu und rekapitulierte die Geschichte der Beziehungen: „Bis zu den sechziger Jahren waren unsere Beziehungen ausgezeichnet, wir hatten ein Bündnis. Damals konnten wir gar nicht anders. Wir mußten uns an sie lehnen.“

Aber die Situation habe sich grundlegend geändert, gab Hu zu verstehen. Er glaube zwar an eine letztendliche Normalisierung der bis heute unnormalen Beziehungen zur Sowjetunion, aber China habe Zeit. Eine Normalisierung laufe eben nicht parallel zur Verschlechterung der Beziehungen zu anderen Staaten. Entscheidend für China sei dabei, ob sich ein Staat hegemonial verhalte. Das aber werden die Chinesen Moskau weiterhin vor, solange der Krenl nicht bereit ist, Afghanistan und Kambodschas zur Diskussion zu stellen.

So ist die jeweilige propagandistische Begleitmusik Moskaus, die Internas aus den Verhandlungen in ein für sie günstiges Licht stellt, wohl kaum an die Adresse Chinas gerichtet. Sie lesen alte Befürchtungen im Westen aus. Peking wird nicht müde, sie zu zerpochen. Hu: „Wir arbeiten nicht mit Tricks.“

China und EG bauen ihre Beziehungen aus

dpa, Peking

China und die Europäische Gemeinschaft wollen ihre politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen festigen und weiter ausbauen. Dieser Wunsch beider Seiten wurde am Mittwoch in Peking bei Gesprächen des EG-Präsidenten Gaston Thorn mit chinesischen Spitzenfunktionären unterstrichen. Die Zusammenarbeit zwischen China und der EG habe ein „solides politisches Fundament“, erklärte Außenminister Wu Xueqian bei dem Treffen mit Thorn. Sein Land hoffe auf eine langfristige und stabile Zusammenarbeit mit der EG im Wirtschaftsbereich und auf anderen Gebieten. Die EG sei bereit, den Technologietransfer auszuweiten.

Moskau setzt Kampagne gegen Korruption fort

AFP, Moskau

Die sowjetische Presse setzt ihre Kampagne gegen Korruption und Verschwendung fort. So berichtete die „Sowetskaja Rossija“ jetzt über weitverbreitete Mißstände im Lebensmittelvertrieb der Sowjetrepublik. Nach Angaben der Zeitung hat sich bei Überprüfungen herausgestellt, daß in der Hälfte der kontrollierten Betriebe Fälschungen in der Buchführung, Unterschlagungen, Korruption oder Verschwendung vorgekommen sind. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums sind dadurch umgerechnet 150 Millionen Mark Schaden entstanden. Die „Sowetskaja Rossija“ macht für die Mißstände die „Passivität der örtlichen Kader“ verantwortlich.

Proteste der Kirche in Nicaragua

dpa, Managua

Die Spannungen zwischen der katholischen Kirche und der linksgerichteten Regierung in Nicaragua haben sich nach Übergriffen auf Geistliche und dem Protest der Kirche mit einem „Tag der Trauer, des Hungers und Betens“ verschärft. Die Erzdiözese von Managua berichtete, „feindliche Gruppen aus Zivilisten und Militärs“ hätten am Sonntag in der Kirche San Judas in der Hauptstadt den Weihbischof Bosco Vivas gezwungen, das Gotteshaus zu verlassen. Ähnliche Zwischenfälle hätten sich auch in 20 anderen Kirchen ereignet.

Hintergrund der Zwischenfälle ist die Ablehnung des neuen Wehrpflichtgesetzes, nach dem sich 200 000 Jugendliche zwischen 17 und 22 Jahren im Oktober einlassen mußten. Ein Teil von ihnen soll schon im Januar eingezogen werden. Die Kirchenführung hatte die Regierung der Sandinisten aufgefordert, die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen, die in dem Gesetz über den „Patriotischen Militärdienst“ nicht enthalten ist. Das Gesetz trage die Züge „totalitärer Regime“, hieß es in einem Schreiben. Zwei Salesianerpriester sind dem Landes verwiesen worden. Die beiden Geistlichen, einer aus Costa Rica und der andere aus Spanien, haben nach Aussagen des Innenministeriums gegen das Wehrpflichtgesetz Propaganda gemacht.

Wie Prag die deutsche Presse auswertet

R. STRÖBINGER, Köln

In der Berichterstattung der bundesdeutschen Presse - mit Ausnahme der Organe der DKP - über die Ereignisse im Ostblock, gibt es keine „wesentlichen Unterschiede“. Diese Meinung äußerte in der Zeitschrift des Tschechoslowakischen Journalistenverbandes „Česko slovensky novinar“ die Mitarbeiterin der CSSR-Behörde für Presse und Information - das ist die offizielle Prager Regierungspropaganda und Zensurinstanz - Lenka Hrdlicková.

In einem Atemzug nennt Hrdlicková Tageszeitungen wie „Süddeutsche Zeitung“, „DIE WELT“, „FAZ“ und „Frankfurter Rundschau“ als Sprachrohre der „sozialistischen Kräfte“ in der Bundesrepublik. Auch „Stern“ und „Spiegel“ geben sich nach Ansicht der Prager Ideologen nur einen „liberalen Anstrich“.

Trotz dieser angeblichen Gemeinsamkeit schreibt Lenka Hrdlicková ausführlicher über die Berichterstattung der „WELT“ zur Tschechoslowakei. Dabei geht sie auf eine Monatsanalyse der Presse- und Informationsbehörde zurück, der alle wichtigen Tages- und Wochenzeitungen der Bundesrepublik in Prag unterzogen werden. Im Juni 1982, der für die WELT als Beispiel ausgewählt wurde, wurden dort insgesamt 314 Berichte und Kommentare über osteuropäische Länder veröffentlicht. Fast ausschließlich soll es sich um „scharfe antikomunistische Angriffe“ gehandelt haben. Die Sowjetunion traf 47,1 Prozent, die DDR 22 Prozent, Polen 14 Prozent und die CSSR 6 Prozent der Beiträge, führt Lenka Hrdlicková aus. „Auch wenn es sich im Falle der Tschechoslowakei „nur“ um sechs Prozent handelte, hat die bourgeoise Propaganda dies geschickt ausgenutzt“, um auf die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der Tschechoslowakei hinzuweisen. Es gibt, meint die Autorin weiter, keinen Bereich, dem man im Westen nicht Aufmerksamkeit widmen würde.

Der Artikel in der tschechoslowakischen Journalistenzeitschrift bestätigt zum erstenmal offen, daß sich offizielle Stellen in der CSSR ausföhrlich mit der Presse in der Bundesrepublik beschäftigen.

Nicaragua: Hort des Terrorismus?

Die Beziehungen Managuas zur PLO und ETA erweisen sich jetzt als schädlich

GÜNTHER FRIEDLÄNDER, Miami

Nicaraguas Sandinisten müssen neue Erfahrungen machen. Ihnen schadet jetzt die Verbindung mit Arafats PLO, die den Vorwurf aufkommen ließ, Nicaragua habe seine kleine jüdische Gemeinde verfolgt und vernichtet, um Arafat gefällig zu sein. Diese Gemeinde zählte nur 30 Familien, von denen die meisten, ebenso wie andere Familien des Mittelstands, das Land nach dem Bürgerkrieg verließen. Die Verfolgung von Minderheiten ist in den USA ein wichtiges politisches Thema. Es geht ums Prinzip, und die Zahl der Betroffenen ist dabei ziemlich gleichgültig. Nach Grenada nun stehen solche Verbindungen zu terroristischen Vereinigungen in besonders grellem Licht. Im US-Kongress dürften auch den Sandinisten wohlgesonnene Leute nach all den Entdeckungen auf Grenada mißtrauischer werden.

Außerdem hat sich ein weiteres Problem entwickelt, das Nicaragua bisher gute Beziehungen zu Spanien bedroht: Die Anwesenheit einer anderen internationalen Terrorgruppe, der ETA. Ein als Gregorio Jimenez Morales identifiziertes Mitglied der ETA war in Costa Rica verhaftet worden, als er aus Frankreich kommend, mit gefälschten Papieren über Irland, Moskau und Havanna im Dienst der ETA nach Costa Rica einreisen wollte. Gerüchte von der Anwesenheit eines ganzen ETA-Kommandos in

Costa Rica kamen auf, das angeblich Attentate gegen diplomatische Missionen und gegen Führer der „Contras“ plante, die gegen die Sandinistas kämpften.

Nicaraguas Innenminister Tomas Borge erklärte, solche Behauptungen würden von denen erfunden, die Nicaragua „noch mehr isolieren“ wollten, und es sei ihm gelungen, Spaniens Regierungschef von der Wahrheit zu überzeugen. Das ist jedoch mehr als fraglich, denn in Spanien vermutete man lange vor der Verhaftung von Jimenez, daß Mitglieder der ETA Trainingslager in Nicaragua haben, in denen Spanier, Italiener, Honduraner und Puerto Ricaner als Terroristen ausgebildet werden.

Jimenez, der aus dem Gefängnis der Sandinistas auftrieb, ihre Revolution, die sie so viel kostete, fortzusetzen, die Mittelamerikas Revolutionären einen Bärendienst erwiesen. Borge erklärte, die Regierung in Managua hat keine Beziehung zur ETA und plant auch keine, erscheint alles andere als glaubwürdig.

Die Anwesenheit von Terroristen der ETA wurde in Nicaragua in der Zeitung „Barricada“ bereits im August erwähnt, und der Ton der Veröffentlichung war sehr unbedeutend, wie sehr sich der mittelamerikanische Konflikt auf Nicaragua als neue Heimat des internationalen Terrorismus konzentriert. (SAD)

lidarität“ zu verrichten. Die spanische Zeitung „ABC“ wußte schon lange vorher davon, daß im Laufe der letzten beiden Jahre 100 Mitglieder der ETA in Nicaragua militärische Ausbildung erhielten.

Die Diskussion um Nicaragua als neue Heimat von Terroristen aller Länder entwickelt sich nach Grenada zu einem zentralen Thema. Träumer der Revolution erscheinen sich eine internationale Brigade im Stil des spanischen Bürgerkrieges. Aber diese Zeiten kommen nicht wieder. Heute heißt Internationalisierung, zum Treffpunkt der Terroristen der ganzen Erde werden, und das ist politisch teuer. Frankreich und Spanien hatten sich bisher an die Seite Nicaraguas gestellt, was sich nun ändern könnte. Spaniens Außenminister Fernando Moran hat mit Maßnahmen „bis zur letzten Konsequenz“ gedroht, sollte eine Verbindung zwischen den Sandinistas und der ETA nachgewiesen werden. Für die USA wäre das eine große Hilfe.

Für die Bemühungen der Contadora-Gruppe hingegen könnte es fatal sein, sollte es sich herausstellen, daß sie von den Revolutionären in Nicaragua an der Nase herumgeführt wird. Die Frage wird immer bedeutsamer, wie sehr sich der mittelamerikanische Konflikt auf Nicaragua als neue Heimat des internationalen Terrorismus konzentriert. (SAD)

Seite 2: Dialog mit Schillingen

Moskaus „Taktik der Abstumpfung“

Immer wieder sowjetische U-Boote in den Küstengewässern Schwedens / Eine Bilanz

F. HALLMANN, Stockholm

Während Norwegen bisher in diesem Jahr nur bei einem Anlaß seine Flotte zur Jagd auf fremde U-Boote, und zwar im Hardangerfjord, einsetzte, ist sowohl die schwedische Nordsee- wie Ostseeküste wiederholt von solchen Eindringlingen heimgesucht worden. Nach Ansicht von Sven Andersson, des Chefs der schwedischen U-Boots-Kommission, waren es eindeutig sowjetische Einheiten.

In schwedischen Gewässern haben in den letzten neun Monaten intensive U-Boot-Jagden an folgenden Orten stattgefunden: Im Dezember vorigen Jahres wurden im unmittelbaren Vor Stockholm liegenden Härfjärden Spuren von wenigstens zwei U-Booten auf dem Meeresboden fixiert. Im April/Mai dieses Jahres wurden die Minen gesprengt und Senkbojen im Klingerfjärden vor der mittel-schwedischen Stadt Sundsvall gegen ein fremdes U-Boot geworfen. Die Jagd hielt fünf Tage an. Im Juni wurde eine U-Boot-Jagd gegen zwei fremde U-Boote an der nord-schwedischen Küste bei Umeå unter intensiven Marineinsatz durchgeführt. Im Juli hatten schwedische Kriegsschiffe mehrere Kontakte mit einem fremden U-Boot im Tröfjärden in Nord-Schweden, wo wettläufige Baumsperren im Fjord ausgelegt worden waren. Im September zeigten Ölproben im Fjord des Kriegshafens von Karlskrona in Südschweden, daß sich „mindestens ein fremdes U-Boot“ hier aufhielt. Kurz darauf wurde außerhalb von Hudiksvall durch Marineeinheiten ein fremdes U-Boot bei Aö ge jagt.

Wieder im September wurden U-Boote noch bei Söderhamm, nördlich von Stockholm, im Bottanischen Meerbusen und bei Marstrand an der schwedischen Westküste gejagt. Zu den genannten Vorfällen gesellen sich dann noch, wie General Lennart Ljung, der Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, am 17. September betonte, zahlreiche andere Fälle, in denen „die Tätigkeit fremder U-Boote“ registriert wurde, in diesem Jahre, seit dem Mai, „circa 200 Observationen, die mehr oder weniger eingehend analysiert wurden“. „Diese Kränkungen zeigen“, so der

General, „eine total fremde Attitüde, nämlich daß eine Großmacht auf diese Weise gegen ein neutrales Nachbarland auftreten kann und will.“ Radar- und Hydrofonmessungen, optische Beobachtungen sowie Meeresgrundspuren ließen hier keinen Platz für Zweifel.

„Die Schweden sind naiv, wenn sie glauben, daß ihre Neutralitätspolitik und ihre scharfen Proteste die Sowjetunion daran hindern könne, ihre U-Boot-Einsätze in schwedischen Gewässern fortzusetzen“, sagte mit einem kaum zu überbietenden Zynismus ein außenpolitischer Sprecher der Sowjetunion, Artstow, in einem Seminar des Carnegie-Instituts von Washington am 25. April dieses Jahres. Das war von der dortigen schwedischen Botschaft registriert und von der schwedischen Regierung, wie es in der hiesigen Presse hieß, „mit großem Ernst“ aufgenommen worden. Dabei blieb es.

„Elma“ soll helfen

Es ist eine Situation eingetreten, in der die großen Blätter des Landes bereits von einer „Taktik der Abstumpfung“ zu sprechen beginnen. „Ist das schwedische Volk dabei“, fragt in solchem Zusammenhang die große konservative „Svenska Dagbladet“, „sich daran zu gewöhnen, daß es ein Normalzustand ist, wenn sowjetische U-Boote sich in der Nähe militärisch empfindsamer Anlagen an der schwedischen Küste befinden?“ Die Frage kann kaum vermieden werden: Bedeutet die militärische Aktivität der Sowjets auf schwedischem Boden zur intensiven Rekonsozierung, daß Moskau Schweden im Falle eines Großkrieges als Basis benutzen will? Falls ein Großmacht-konflikt in Europa ausbricht, ist es wahrscheinlich, daß das nordische Gebiet, und vielleicht auch Schweden, bereits in einem frühen Stadium, vielleicht schon früher als wir bisher glaubten, berührt werden wird“, sagte dazu General Ljung am 27. September.

Eine Reihe von Marineexperten haben darauf hingewiesen, daß die Ostsee, und besonders die schwedische Küste, ein Meer ist, in dem wegen der Flachheit Echos von U-Booten im Echo des Bodens ertönen. Neue

Waffen zum Beispiel, die als sehr effektiv bezeichnete Senkboje „Elma“, die Löcher durch alle bekannten U-Boot-Wände schlägt, sollen hier Abhilfe schaffen, wenn auch immer wieder Antimilitaristen und Pazifisten nicht weniger als eine Verschrottung der gesamten schwedischen U-Boot-Bekämpfungswaffe fordern.

Die Admiralität ist der Ansicht, daß die kürzlich vom Reichstag für die U-Boot-Jagd veranschlagten zusätzlichen 250 Millionen Kronen als total unzureichend anzusehen sind, um die schwedische Neutralität weiterhin an den Küsten des Landes wahren zu können.

Die Stimmung im Lande in Zusammenhang mit der nunmehr seit zwei Jahren anhaltenden schwedischen Debatte, seit das sowjetische U-Boot U-137 im Kriegshafenbereich von Karlskrona in Südschweden auf einen tiefen Felsen und sich stellen mußte, spiegelt sich in zwei neueren Zitaten aus hiesigen Zeitungen. Die „Skanaka Dagbladet“, ein Organ des bäuerlichen Zentrums, schreibt: „Schweden darf sich einfach nicht der Situation aussetzen, daß die Verteidigungsmöglichkeiten unseres Landes in Frage gestellt werden.“ Die konservative „Wernlands-Tidningen“ stellt die Frage, „wie fassen die Sowjets und die USA eine schwedische Landesverteidigung auf, die nicht den Erwartungen entspricht, welche uns als einem allianzfreien, neutralen und stabilisierenden Faktor im Norden gestellt werden? Ist unsere Landesverteidigung noch glaubwürdig?“

Der Chef der U-Boot-Kommission, Sven Andersson, stellte vor der Presse fest, daß „weitere heimliche Indizien darüber vorliegen, daß es sowjetische U-Boote waren, die in diesem Sommer in schwedische Gewässer eindringen“. Der neue Führer der liberalen Volkspartei, Bengt Westerberg, fordert deshalb, daß man im Falle der nächsten Kränkung der schwedischen Neutralität durch ein sowjetisches U-Boot als erste Maßnahme die kulturellen und sportlichen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen soll. Das aber ist von einer Regierung Palme kaum zu erwarten.

Beichtvater Walesas wird angeklagt

DW/AP, Warschau

Die Staatsanwaltschaft von Danzig wird noch in diesem Monat formell Anklage wegen „Mißbrauch der Religionsfreiheit“ gegen den Priester Henryk Jankowski, den Beichtvater und engen Berater von Arbeiterführer Lech Walesa erheben. Jankowski sagte gestern in Danzig, er habe eine Aufforderung erhalten, am 15. dieses Monats vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen, die ihn dank von den einzelnen Anklagepunkten in Kenntnis setzen wolle. Der Beichtvater Walesas, der im vergangenen Monat von gegen ihn laufenden Ermittlungen unterrichtet worden war, bezeichnete die neuerliche Vorladung als weiteren Teil einer gegen ihn laufenden „Kampagne der Unterdrückung“. Jankowski hatte sich in seinen Predigten mehr-



fach für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ ausgesprochen.

Walesa nahm gestern nach längerer Krankheit wieder seine Arbeit in der Danziger Lenin-Werk auf. In dieser Woche will er die Entscheidung darüber bekanntgeben, ob er den ihm zuerkannten Friedensnobelpreis am 10. Dezember in Oslo selbst entgegennehmen will.

Vorstoß für Entlassung von Gefangenen

im Bonn

Der Atomphysiker Professor Edward Teller hat zusammen mit der amerikanischen Stiftung Western Goals eine Kampagne gestartet mit dem Ziel, von der Sowjetunion die Freilassung von 269 politischen Gefangenen zu erreichen. Diese Häftlinge sollen als Teil einer Wiedergutmachung für die 269 Opfer des Abschusses eines südkoreanischen Passagierflugzeuges am 1. September angesehen werden. Unter den Toten ist der Gründer der Stiftung Western Goals, der US-Kongressabgeordnete Lawrence McDonald.

Wie Edward Teller in Washington erklärte, soll eine Liste der Namen, unter denen sich die sowjetischen Bürgerrechtler Anatolij Schtschanski und Mykola Rudenko befinden, und eine Petitionsschrift der sowjetischen Botschaft in Washington übergeben werden.

Teller betonte, daß man sich bei der Auswahl der politischen Gefangenen danach gerichtet habe, welche den skandalösesten Verfolgungen ausgesetzt sind. Die eng „Verknüpfung“ der Namen der Gefangenen mit den Namen der an Bord der Zivilmaschine Umgekommenen, solle „den Menschen in der Welt helfen, sich bewußt zu machen, was die Sowjetunion ist und wie sie handelt“.

Zeit bringt Geld - rund um die Uhr!



Nominalzins 8,00 %
Ausgabekurs 100,60 %
Rendite 7,85 %
Laufzeit 5 Jahre
Stand 02. 11. 1983

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 5507 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

001 3-28

Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wertpapier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder

verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie kostenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief. Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Scheiden tut weh!

"Scheidungsrecht in der Krise"; WELT vom 14. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Scheidungsrecht steckt in der Tat in einer Krise – und das nicht erst seit heute. Vielmehr wurden die eklatanten Mängel des mit viel Propaganda aufwand verkauften „Jahrbuchwerks“ schon mit seinem Inkrafttreten offenkundig.

Durch die Ausmerzungen aller ethisch positiven Werte aus dem Familien- und Ehegesetz – wie etwa Treue, familiäre Pflichten, Verantwortung – wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, Familie und Ehe unter rein monetären Aspekten umzufunktionieren. Es ist nur konsequent, daß eine Scheidung heute auf dem Rücken des berufstätigen Partners ausgetragen wird, dem durch den psychischen und wirtschaftlichen Ruin oft genug jede Lebensperspektive genommen wird.

Zum Schutz aller Erwerbstätigen, ob Mann oder Frau, erhält der Bürgerbund gegen Scheidungsrecht e.V. daher folgende Forderungen:

- Unterhalt nur bei ehebedingter Unterhaltsbedürftigkeit (wenn die Aufgabenverteilung in der Ehe zum Nachteil des einen Ehegatten funktioniert) – Bundestags-Drs. 7/4361, S.15).
- Hausarbeitsleistung für Unterhalt (nach Trennung und Scheidung dür-

fen nicht einem Partner nur Pflichten, dem anderen nur Rechte bleiben).

- Zeitliche Begrenzung von Unterhaltspflichten, abgestuft nach der Ehedauer.
- Mehr Einzelfallgerechtigkeit durch erweiterte Billigkeitsklauseln.
- Gesetzliche Regelung der Unterhaltshöhe (es ist unsozial, daß ein verlassener Behinderter auch seine Schwerbehindertenzulage anteilig abtreten muß – so BGR).
- Koppelung des Vorsorgeunterhalts an eine Altersversicherung.
- Berücksichtigung des Zugewinns beim Unterhalt.
- Abschaffung der Prozesskostenverschuldung.
- Sorgerecht zum wirklichen Wohl des Kindes: U. a. Abkoppelung des Unterhalts.
- Kürzung des Unterhalts bei Verletzung der Kontakte des Zahlenden mit seinen Kindern.
- Koppelung der Steuererleichterungen an Unterhaltsleistungen.
- Kein Versorgungsausgleich ohne ehebedingten Versorgungsnachteil.

Mit freundlichen Grüßen
Norbert Hörn,
Bürgerbund gegen Scheidungsrecht e.V.,
Bonn 1

An Jesus „vergriffen“?

„Sprach der Religion wie ein Prophet“; KRISTIGE WELT vom 17. September

Ben-Chorin findet meine „Soziologie des Neuen Testaments“ (so der Sachtitel) „recht anregend“ und die angewandten Methoden „originell“, ja „neu“. Speziell: Der zensierte Jesus müsse als Skandalon angenommen werden, wenn uns die Gestalt Jesu nahe bleiben und nicht im dogmatischen Kältebad erstarren soll. Es ist schwer zu verstehen, daß er mich im gleichen Atemzug einen „neomodischen Soziologen“ nennt, der sich an Jesus „vergreife“, sich „ungeniert“ als „Entdecker“ aufspiele, der „völliges Neuland“ erschließe und seine „Vorläufer“ verschweige. Was Ben-Chorin über mich persön-

lich denkt, bleibt ihm unbenommen. Widersprechen muß ich um der Gerechtigkeit willen von der Sache her. Nur Voreingenommenheit gegen die Soziologie läßt ihn die in den „Lageberichten“ aufgewiesene breite Basis übersehen, auf der mein Buch ruht. Oder führt ihn seine Abneigung gegen die Wissenschaft überhaupt zu seinen Urteilen? Wie könnte er sonst Theorien, die für jede wissenschaftliche Disziplin unabhängig sind, „Scheuklappen“ nennen?

Aber vielleicht tue ich Ben-Chorin unrecht. Vielleicht liegt es an der Art seiner Lektüre. Er liest unachtsam, wenn er sich auf ein Register stützt, das ausdrücklich als eingeschränkt bezeichnet wird. Die „Bele-

ge“ scheint er kaum gelesen zu haben. Dort konnte er lesen, daß nicht ich, sondern der Theologe Gerd Theissen den theologischen Streit in Korinth soziologisch analysiert (S. 118, Beleg 26), abgesehen davon, daß keine Disziplin den sozialen Charakter gerade religiöser Riten bestreitet. Die „Lageberichte“ scheint er überhaupt nicht gelesen zu haben. Wie könnte er mir sonst vorhalten, ich verschweige Vorläufer und kenne Standardwerke nicht? Die von ihm vermischten Autoren sind in umfassendem Zusammenhang genannt, Ferdinand Hahn, S. 393, und Karl Kautsky, S. 396.

Es ist gewiß kein sicheres Zeichen für die Qualität eines Buches, daß es in wenigen Monaten drei Auflagen erlebt, wohl aber sprechen fundierte Rezensionen und der nicht nachlassende Briefwechsel zum Buch eine deutliche Sprache. Mit einer flüchtigen Lektüre kann man einem Buch, das in jahrelanger Stetigkeit entstand, nicht gerecht werden.

Professor Dr. A. Mayer,
Chieming

Stiftungs-Segen

„Bleibst du, mein Geld für Innovation“; WELT vom 22. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

bravo! Und dazu auch mehr privates Geld und mehr Konkurrenz für die Forschung. Denn Monopole und Bürokratien sind nie effizient, auch nicht in der Forschungsförderung. Daß die deutsche Wissenschaft im internationalen Vergleich zurückfällt, wird aus der Verteilung der Nobel-Preise und aus der Lizenzbilanz klar. Es ist der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, daß wir

Wort des Tages

„So eigensinnig widersprechend ist der Mensch: zu seinem Vorteil will er keine Nötigung, zu seinem Schaden leidet er jeden Zwang.“

Johann Wolfgang von Goethe
(1749-1832)

auch in der Forschungsförderung ein Opfer der allgegenwärtigen Bürokratie geworden sind.

Daß man durch Subvention überholter Produktionen unseren sozialen Staat nicht erhalten kann, ist sicher. Für Innovationen brauchen wir aber bessere Forschung durch mehr Konkurrenz von Forschungsförderungssystemen und mehr Forschung durch privates Geld, und dafür brauchen wir ein besseres Spenden- und Stiftungswesen.

Mit freundlichem Gruß
Professor Dr. H. H. Kornhuber,
Ulm

Falsches Zugpferd

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Dienstag, dem 25. Oktober, wurde Udo Lindbergs langjähriger Wunsch, in der DDR singen zu dürfen, erfüllt. Was veranlaßt einen Rockstar, sich als Zugpferd vor eine Friedenskundgebung spannen zu lassen, die man einseitig im Westen nirgendwo finden wird? Eine „Friedensveranstaltung“, deren Teilnehmer sorgfältig ausgesucht wurden, deren Ziel von Staats wegen schon bestimmt ist, ein Staat, der die Invasion in Afghanistan als Befreiungstaktik verteidigt, der sich selbst mit einer auf der ganzen Welt nicht vergleichbaren Grenze umgeben hat und so seinen eigenen Bürgern ein freies Ausreisen unmöglich macht.

Selbst Udo Lindbergs muß doch erkennen, daß es den NATO-Doppelbeschluss, den er mit seinem Auftreten in der DDR bekämpfen wollte, nicht geben würde, wenn uns der Warschauer Pakt, und somit auch die DDR nicht wöchentlich mit einer zusätzlichen SS 20 (bis jetzt 350) bedrohen würde.

Udo erkennt seinem Erich ja großen Humor zu, ja, dann ist ja alles in Ordnung! Um die Bourgeoisie einzuschüffeln, werden wir die eindringlichste Friedensbewegung der Welt starten. Es wird sensationelle Angebote und Zugeständnisse geben. Die kapitalistischen Länder, stupid und dekadent wie sie sind, werden freudig an ihrer eigenen Vernichtung mitarbeiten! (Dimitri Manuilski, ehem. KPdSU-Mitglied vor der damals noch existierenden Kommunistischen Internationale) – gratuliere, Udo!

Mit freundlichem Gruß
Johannes Kram,
Trier

Personalien

GEBURTSTAG

Bundespräsident Karl Carstens gehört kommenden Sonntag in Bonn zu den Gratulanten, wenn Rolf Lahr, früherer Bonner Staatssekretär und ehemaliger deutscher Botschafter in Rom, 75 Jahre alt wird. Carstens und Lahr waren einmal zur gleichen Zeit Staatssekretäre im Auswärtigen Amt gewesen. Rolf Lahr gehörte zu den profiliertesten Nachkriegsdiplomaten. Nachdem er 1963 von der Außenhandelsabteilung des Bonner Wirtschaftsministeriums auf Vorschlag des damaligen Kanzlers Konrad Adenauer ins Auswärtige Amt überwechselte, wurde Lahr kontinuierlich mit bedeutenden internationalen Verhandlungen betraut. Nach Übernahme des Sonderreferates für deutsch-französische Beziehungen und als späterer Leiter der deutsch-französischen Saarverhandlungen war er maßgeblich an der wirtschaftlichen Regelung der Saarfrage beteiligt. Seinen „besten Mann“, so Konrad Adenauer damals, beauftragte der Kanzler 1967, die Leitung der deutschen Delegation bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein Handels- und Konsularabkommen zu übernehmen sowie über die Frage der Rückführung der deutschen Staatsangehörigen aus der Sowjet-

union mit den Russen zu sprechen. Die Verhandlungen, bei denen auf sowjetischer Seite damals General Wladimir Semjonow war, gestalteten sich ungeheuer schwierig. „Das mühseligste, was ich je erlebt hatte“, so Lahr. Und anstatt von sechs vorgesehenen Wochen verhandelte man neun Monate miteinander. Lahr, Fachmann auf dem Gebiet Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Kulturpolitik und die Europäischen Gemeinschaften im Auswärtigen Amt, setzte sich später auch mit Nachdruck für den Beitritt von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft ein. Das war kurioserweise der Moment, nach seinen eigenen Worten, in dem er das Wohlwollen Konrad Adenauers verlor. Lahr über „den großen Kanzler“, aber „den schwierigen Menschen Adenauer“: Solange man ihm nützlich war, war man ein großer Mann. Wenn man ihm aber in die Quere kam, dann erklärte Adenauer gerne, „der Mann versteht nichts von den Dingen“. Adenauer war in einem Anfang von Verärgerung über Lahr. Lahr so weit gegangen, daß er den Satz von sich gab: „Der Staatssekretär hat nie was von den Dingen verstanden.“ Rolf Lahr brauchte das nicht anzufechten. Er war es, der 1968 die diffizilen Verhandlungen über die

deutsche Wirtschaftshilfe an Israel führte, die an die Stelle der am 31. März 1966 beendeten Wiedergutmachungsleistungen trat. 1968 ging Rolf Lahr als Botschafter nach Rom. 1973 trat er in den Ruhestand. Seine großen Erfahrungen nutzte das Auswärtige Amt auch weiter. Er erhielt einen Privatsdienstvertrag und wurde Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO in Rom. Seine Karriere beschrieb er später in dem Buch „Zeuge von Fall und Aufstieg“.

Der Musikwissenschaftler und Pädagoge Professor Ernst Laaff wird morgen seinen 88. Geburtstag feiern. Der Wiesbadener leitete von 1943 bis 1968 das Institut für Musik, das heute als Fachbereich Musikwissenschaft zur Johannes-Gutenberg-Universität gehört. An dem Institut wurden unter der Leitung von Ernst Laaff rund 700 Musiklehrer für die höhere Schule und eine Vielzahl von Musikpädagogen für Volks- und Realschulen, Kirchenmusik, Chorleiter und Privatmusiklehrer ausgebildet. Laaff, der jetzt in Baden-Baden lebt, war jahrelang außerdem als Honorarprofessor an der Universität Mainz tätig. Das von ihm geleitete „Collegium musicum“ der Hochschule ist in 24 Jahren mehr als 1000-mal mit Konzerten an die Öffentlichkeit getreten.

ERNENNUNGEN

Neuer Bundesgeschäftsführer des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist Erhard Hackler. Der 33jährige Rechtsanwalt aus Siegen, der neben Jura auch Philosophie und Theologie studierte, war bisher in der Abteilung „Politik“ in der CDU-Zentrale im Bonner Konrad-Adenauer-Haus tätig. Hackler ist Nachfolger von Wilhelm Staudacher, der im September zum Chef der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus ernannt worden ist.

Als einzige Stadt in Niedersachsen wird Goslar am Harz künftig von einer Frau regiert. Der Rat der Stadt wähle in dieser Woche die bisherige Ortsbürgermeisterin von Goslar-Hahnenklee, Frau Marta Lattemann, CDU, zum neuen Stadtoberhaupt. Die 54jährige Kommunalpolitikerin ist Nachfolgerin von Dr. Herbert Werner, CDU, der sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt hat.

Plausch am Rande eines großen Bonner Diplomatentempels unter langjährigen Freunden: Rechts Rolf Lahr, lange Jahre Staatssekretär und später Botschafter, im Gespräch mit dem früheren Botschafter Dr. Helmut Dörflinger, der zuletzt auf Posten in Lima war. FOTO: KIL



Wie mit Scheuklappen versehen, arbeiten immer wieder einzelne Bereiche einer Firma – wenn auch ungewollt – schnurstracks aneinander vorbei. Da weiß zum Beispiel die eine Filiale nicht, was die andere auf Lager hat, und bevor die Zentrale im Bilde ist, ist es meistens schon um Tage zu spät.

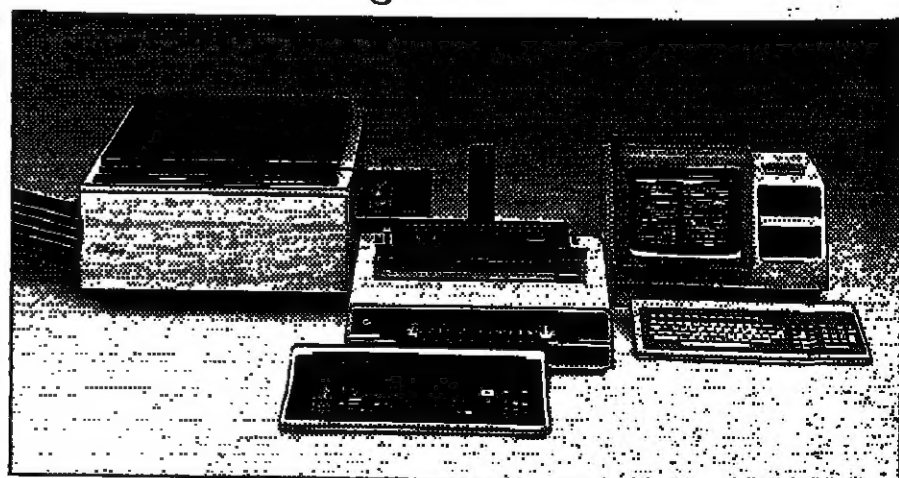
Die Ursache ist stets die gleiche: Mängel im Informationssystem.

Was da hilft? – Die integrierte Bürokommunikation von TA.

Dazu gehört eine gute Beratung. Unser großes Programm aus Soft- und Hardware. Und unser schneller Service. Überall. Direkt vor Ihrer Haustür. Mikro- und Bürocomputer, Textsysteme, elektronische Schreibmaschinen, auf Wunsch mit Teletex, Kopierer für den Arbeitsplatz – was immer davon in Ihr Büro gehört: TA hat es.

Gegen das Scheuklappen-Syndrom hilft: die integrierte Bürokommunikation von TA. Die teletextfähige Speicherschreibmaschine SE 10+2. Mikrocomputer, die Computer der 1600er Reihe, BITSY-Textsysteme und passende Kopiersysteme gehören dazu.

Wenn Sie mehr wissen möchten, schreiben Sie an: TRIUMPH-ADLER AG für Büro- und Informationstechnik Kennwort: 4 G/DW Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg.



TA TRIUMPH-ADLER
Bürokommunikation

135 Minuten „Jugendabend“ live vom WDR

So echt heiß und irre

Echt heiß und irre soll es heute Abend zwischen „Tagesschau“ und „Tagesspeise“ zugehen; Peter Rüchel, Leiter der WDR-Jugendredaktion, konnte seine 135 Minuten in der besten Sendezeit unterbringen. Nur leider haben sich die Nomenklatureisten des Westdeutschen Rundfunks mit „Jugendabend“ einen phantasiereichen und staubtrockenen Titel ausgedacht. Doch so unterentwickelt wie die Überschrift wird der Abend hoffentlich nicht ausfallen.

Im Kölner Studio B präsentiert Michael Braun seine bekannte frische, aggressive auf den Pelz rührende Talk-Show. Brauns Talk-Partner sind Christian und Christiane, Christiane Lichte, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, und Christiane F., bekannt aus „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, daneben Désirée Nosbusch und der Schweizer „Fled-

Aber selbst der ist nicht tierisch ernst.

Derweil steigt eine „Rock-Palast“-Disco in dem Kulturzentrum „Zeche Bochum“. Alan Bangs moderiert. Rock-Stars wie Toyah und Kim Wilde, der Rap-Künstler Curtis Blow und die spontan für diesen Abend gebildete German-All-Star-Band mit Marius Müller-Westernhagen (Gesang), Klaus Häuser und F. J. Kräger (Gitarre), Herwig Mitteregger (Schlagzeug) sind die Dolmetscher, alles steht unter dem Motto: Stil. Denn es kommen Leute, die stilvoll gekleidet sind, den Stil eines Idols kopieren oder diesem zum Verwechseln ähnlich sehen. Redakteurin der „Zeche Bochum“ ist Monika Minzloff, „Comedia Colonia“ betreut das gepflegte WDR-Mittelalter Dieter Krenin, während der WDR-Youngster Helge Hass die Talk-Show redigiert.

Jugendabend - ARD, 20.15 Uhr

derer“ Urs, der sich und seine Wohngemeinschaft ausschließlich aus Mülltonnen vor Kaufhäusern ernährt. Vom Studio B wird in das Kölner Privattheater „Comedia Colonia“ umgeschaltet. Dort gastiert das „Vorläufige Frankfurter Fronttheater“, ein Kabarett, das sich zwar als links versteht, aber auch die Linke und vor allem sich selbst auf die Schippe nimmt. „Haut doch der Jugend einen drauf!“, heißt der Titel des Programms mit dem Team Hendrike von Sydow, Mathias Beltz, Dieter Thomas und Karl, dem Hund.

STUDIO

Starke Kritik an den Kirchenfunk-Redaktionen übte bei einer Veranstaltung der Evangelischen Allianz in West-Berlin der Programmleiter des Evangelischen Rundfunks Weisler, Horst Marquardt. Bei den kirchlichen Redaktionen fehle die Bereitschaft, „das Evangelium wirklich klar zu sagen“, meinte Marquardt. Die ohnehin geringe Anzahl der Kirchenangehörigen werde „verhökert“ und „verschönt“. Statt mit der Vermittlung des Evangeliums befaßten sich kirchliche Redaktionen mit gewerkschaftlichen und kulturellen Belangen. Wenn mehr Evangelium in den Medien gefordert würde, dann sei das

Überflüssige vier Stunden

Ein fast vierstündiger Zweiteller zur italienischen Terror-Szene, durch den man nichts erfährt, was man nicht schon vorher gewußt hätte: daß es sich bei den „Revolutionären“ um Wirtsköpfe oder Kriminelle handelt, daß ihnen die plausible Begründung ihrer Taten schwerfällt, daß sie diesen Mangel an Überzeugungskraft mit Haß kompensieren. Deshalb mußte ein Klassenfeind sterben. Am Beispiel einer Gruppe junger Römer zeigte Damiano Damiani in „But und Paredes“ (ZDF) die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung vom reinen Wortradikalismus zur „revolutionären Tat“, zum Mord am Klassenfeind mit anderen Worten. Rico (Matteo Corvino), der Starredner eines kleinen linken Senders, der bald pleite machte, träumt von einer

KRITIK

Eitles Gunsch-Konzert

Früher setzten sich die Leute an einen Tisch, tranken Wein, lachten und scherzten, und wenn sie beschwipst waren, so sangen sie fröhlich in der Runde; oder sie schmusten, Paar um Paar. Heute ist es anders, man setzt sich vor den Bildschirm, auf dem die Stellvertreter zu sehen sind, die für unsereinen so tun, als ob sie Wein trinken, die als kundige Profis einen Schwips simulieren, singen und schmusen, wie es die Fernsehgucker als Nichtprofis - kaum geschafft hätten: anonyme Antialkoholiker, gewissermaßen.

Es wird a Wein sein (ZDF) wurde indes nicht nur von Profis arrangiert, es hatten sich auch Amateure hinzugesellt, wie zum Beispiel die Schweizer Folklore-Sänger von der Rhone, eine helle Freude für jeden, dem die übliche Volksmusik der vielen Heintoten zuwider ist. So fragte der Abend an, man dürfte Hoffnung schöpfen, obwohl man wußte, was auf einen zukam, die geballte Eitelkeit des Herrn Elmar Gunsch nämlich, dieses sonoren Brustkorbs der Überzeugung, von dem eigentlich keiner so recht weiß, worauf er so eitel ist.

Ist aber egal: Elmar führte durch den langen Abend, verbrühten Kalauer aus den unteren Stockwerken, reichte ein Witzchen aus andere, und wenn es - wie so oft - ins Schwanken geriet, so war zum Glück immer noch der Vico Torriani zur Stelle, das alte, treue Zirkuspferd! Auf Vico ist Verlaß, Dank sei ihm gesagt. Denn der alle Fahrtenmann war mehr wert als das ganze Gunsch-Konzert.

VALENTIN POLCUCHE

großen Karriere als Revolutionär. Aus Geltungssucht gründet er eine Bande. Ihm schließen sich ein paar Unzufriedene, im Leben an Erfolg und Verstand Zukurzgekommene an, die sich von seiner Sada haben blenden lassen. Ihr Entführungsversuch endet in der Katastrophe. Als sie sich von ihrem Opfer, einem hohen Richter, erkannt fühlen, töten sie es aus Panik und keimeswegs, weil sie ein Fanal setzen wollten.

Diese Handlung entwickelte sich zwar folgerichtig, aber gegen die Überzeugung des Zuschauers. Sinn machte das alles nicht, bis auf den Part, da es um die Verführbarkeit des Menschen durch die Sprache ging.

KNUT TESKE

Nur ein Problem der Männer?

Wenn es um Grundsätzliches, zumal um Apokalyptisches geht, dann gilt halt im Fernsehen immer noch der Satz „müller tacet...“ Kann aber „Last am Untergang“ - so das Thema der jüngsten „Arena“-Runde (ARD) - wirklich nur ein maskulines Problem sein? Schließlich dreht sich hier doch alles um die Frage, ob die Spezies Mensch ein Fehlläufer der Schöpfung und deswegen zum Aussterben verurteilt ist. Und diese Frage betrifft doch wohl auch die „andere“ Hälfte der Menschheit.

Schade, daß dies niemand monierte - nicht mal der kasse Benny Härtin von der journalistischen Alternativszene. Doch der gab das entscheidende Stichwort: Die Endzeitwartung beherrsche die jüngste Frankfurter Buchmesse. Und so konnte dann Moderator Justus Boeckmecke den Bücherschreibern von dreien seiner Nachbarn genügend würdigen. Bei Härtin begnügte er sich mit einem kleinen Hinweis. Günter Kunert durfte kurz vorlesen. Aber bei dem Münsteraner Literaturwissenschaftler Ulrich Horstmann wurden Roß und Reiter genannt - Titel, Verlag und sogar der Preis. Horstmanns Aufruf zum kollektiven Suizid auf dem blauen Planeten sollte die flane Mitternachtsstunde beleben. Dabei war gar nicht mal klar, ob es sich hier um Verzweiflung, Zynismus, Provokation oder schlicht um Satire handelt.

Bedauerlicherweise vertrat der Schweizer Theologe Walter Hollenweg nur wenig eloquent seine christliche Gegenposition. Doch mit Wiener Charme und Beredsamkeit bestritt der Psychoanalytiker Friedrich Hacker die Replik auf Horstmann, den er wegen seiner paradoxen Wortbildungen mit dem Großen Bruder aus Orwells „1984“ verglich.

FRIDA LANG



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Luzie, der Schrecken der Straße
10.00 Tagesschau
10.25 ARD-Sport extra
Fußball: Europapokal

11.55 Unschou
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.10 Tagesschau

14.15 Uegewöhnlich leben
7. Frauen funkeln dazwischen
Film von Vikki Schaefer, Ann Schöfer
Der Film stellt drei Frauen vor, die Tag und Nacht vor ihrem Fingerring sitzen und sich den Brummelführer, die unterwegs sind, mit Gesprächen die Zeit vertreiben. Die Motive sind verschieden: Abneigung gegen den abendlichen Fernsehkonsum, das Bedürfnis, mit anderen Menschen in Verbindung zu treten: Diana 3, ihr Schlafzentrum wurde bei einem Unfall zerstört, und sie überbrückt so ihre schlaflosen Nächte. Forelle 15, sie ist an Krebs erkrankt und kann ihrer Arbeit im Stall nicht mehr nachgehen, und Mon Chérie, die sogar einen wöchentlichen Ständchen eingerichtet hat.

17.00 Matt und Jessy
Abenteuer im Äthiopien
18. Das Pferderennen

WELT Videotext

Hilft von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

17.25 Wie geht's?

Spot für Minderker

17.50 Tagesschau

20.00 Tagesschau

20.15 Jugendabend
Mit Talkshow, Musik und Kabarett
Mit Alan Bangs (Moderator des Rockpalastes), Michael Braun (Moderator der Talkshow im Dritten) und dem Kabarett „Vorläufige Frankfurter Fronttheater“ u. a.

22.50 Tagesschau

23.00 Schenkstern

Bilder und Berichte vom Kino
Eine Sendung von Michael Strouven

24.00 Tagesschau

16.00 heute

16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Sendereihe von Jürgen Voigt
5. Das
(Vh. v. 1982)
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Mickys Trickparade

Mit Bauchrechner Fred Roby

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-illustrate

Zu Gast: Die Bückeburger Musikanten

17.50 Flohmarkt

Das Streckenpferd

Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Der Paragraphewitz

Letzte Folge: Notenwechsel

19.00 heute

19.30 Ich heirate eine Familie...

Vierteilige Unterhaltungsserie von

Curtis Flotow

1.1 - 1.5

Mit Peter Weck, Thekla Carola Wied u. a.

Regie: Peter Weck

Angelika Graf, Besitzerin einer

Boutique für Babyausstattung, ist

geschieden. Sie lebt mit ihren drei

Kindern Tanja, Markus und Tom in

einer kleinen Altbauwohnung. Ihre

Freundin Sybille Vorhoff besucht

sie und erzählt dabei, daß Angi

ihrem neuen Freund den Laufpaß

geben mußte, nachdem sie fest-

gestellt hatte, daß er verheiratet

war. Um ihren Kindern eine weite-

re Enttäuschung zu ersparen, be-

schließt sie nun, in bezug auf Män-

ner „à la carte“ zu leben. Doch

Sybille hat da andere Ideen...

21.00 heute-Journal

21.30 Redaktionsbesuch

Franz Josef Strauß bei der ZEIT

22.35 Das kleine Fernsehspiel

Zur Hochzeit meines Bruders

Von Charles Burnett

(mit deutschen Untertiteln)

00.20 heute



Peter Weck, Maria Sebaldt, Angelika von Moll und Herbert Herrmanns in der Unterhaltungsserie „Ich heirate eine Familie“, um 19.30 Uhr im ZDF

FOTO: MISERONY

III.

WEST

18.00 Telekolleg

18.30 Luzie, der Schrecken der Straße

(4)

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Gefühl aus dem Weltall

Amerik. Spielfilm, 1953

21.35 Jack Arnold erzählt (2)

Informationen zum Film „Gefahr

aus dem Weltall“

21.45 Die Meile

Schicksale hinter Schaufenster

Ein Häuserblock in Bonn-Bad Go-

desberg: Ständig wechselten die

hier ansässigen Einzelhändler.

Warum scheiterten sie?

22.15 Nachschalter

Treffpunkt im Unendlichen

00.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Luzie, der Schrecken der Straße

(4)

18.30 Aerobic - Fitness mit Verneuf

18.45 Follow me

19.15 Was tun?

19.45 News of the Week

20.00 Tagesschau

20.15 Das stille Leben

Italien.-franz. Spielfilm, 1959

23.00 Kultur aktuell

23.45 TH the butcher cuts him down

Bericht über die Musikszene in

New Orleans

00.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Luzie, der Schrecken der Straße

(4)

18.30 Urnei spielt im Schloß (3)

19.00 Vier frühe Frachtdächer

19.15 Die ersten Menschen (6)

20.00 Tagesschau

20.15 Keine Zeit für Liebe

Amerik. Spielfilm, 1944

21.35 Drei aktuell

21.50 Kulturkalender

22.20 Die feinen Unterschiede und wie

sie entstehen

23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Luzie, der Schrecken der Straße

(4)

18.30 Telekolleg I

Nur für Baden-Württemberg

19.00 Abendschau im Dritten

Nur für Rheinland-Pfalz

19.00 Abendschau Blick ins Land

Nur für das Saarland

19.00 Sasa 3 regional

Gemeinschaftsprogramm Süd-

west 3

19.25 Nachrichten und Moderation

19.30 Fernsehspiel des Auslands

In der Strömung des reißenden

Flusses

21.25 Sport unter der Lupe

Nur für Baden-Württemberg

22.15 Moritheater

22.30 Zu Gast

23.15 Streift sich am Baden-

Württemberg

Nur für Rheinland-Pfalz

22.15 Von Menschen im Land

Nur für das Saarland

22.15 Kunstwerke in Silber

BAYERN

18.15 Avant! Avant!

18.45 Rundschau

19.00 Z. E. N.

19.05 Demols Tagesspeise

20.25 Die Leinwand der El-Shaw

20.45 Rundschau

21.00 Pop Stop

21.45 Europa nebenan

22.30 Sperrst

23.15 Rundschau



Mazda 626 Coupé GLX

ZUM VERGLEICH:

Coupé-Komfort und Fahrsicherheit

Mit diesem Anspruch fordert Mazda den Vergleich mit den Spitzenzeugnissen der internationalen Automobilbauerei seiner Klasse heraus.

Bewerten Coupé-Fahrer Auto-Schönheit und Komfortgefühl höher als Raumangebot und reine Zweckmäßigkeit? Gewiß. Aber ein besonders schönes, besonders komfortables Auto zu fahren, bedeutet einen Gewinn an Lebensfreude. Ist das nicht Grund genug, für ein Coupé wie dieses?

Keilförmig ansteigender Bug, flache Silhouette, kompakte, kräftige Heckpartie. Das Auto wirkt selbstbewußt, schon durch seine optische Breite.

Man sucht vergeblich nach der Fensterkurbel. Wer hätte in dieser Klasse elektrische Fensterheber erwartet! Sogar die Ausstellfenster hinten öffnen sich auf Knopfdruck. Luxus? Nein, Komplet-Komfort. Ein leises Triebwerk, auch in den oberen Drehzahlbereichen. Das Econometer mahnt zur Sparsamkeit, wenn man mit dem Gaspedal zu großzügig umgeht.

Man spürt sofort das optimale Zusammenspiel von Frontantrieb und aufwendiger Einzelradaufhängung an allen vier Rädern. Fahrsicherheitsbeitrag der Konstrukteure, besonders für schwierige Fahrbahnen, bei Nässe und Glätte im Winter. Aber auch auf trockener Fahrbahn zeigt sich die Stärke des Frontantriebs. Die Vorderräder ziehen den Wagen wie auf Schienen durch die Kurve. Das kann nicht jeder Frontantrieb so wie dieser. Der fünfte Gang vermindert die Drehzahl benzinsparend um gut 15%. Aber: Es bleibt genügend Kraftreserven am Gasfuß.

Alles, was dieses Coupé zu bieten hat, ist ein wenig besser, großzügiger als eigentlich nötig - einschließlich der Zentralverriegelung, mit der man nach der ersten Fahrt nicht nur

das Auto abschließt, sondern auch ein Fahrerlebnis, das man ansonsten meist teuer bezahlen muß. HÜ.

Preis: DM 17.800,-. Aufpreis für Metallic-Farben DM 250,-. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager, zuzüglich Überführungskosten.

Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

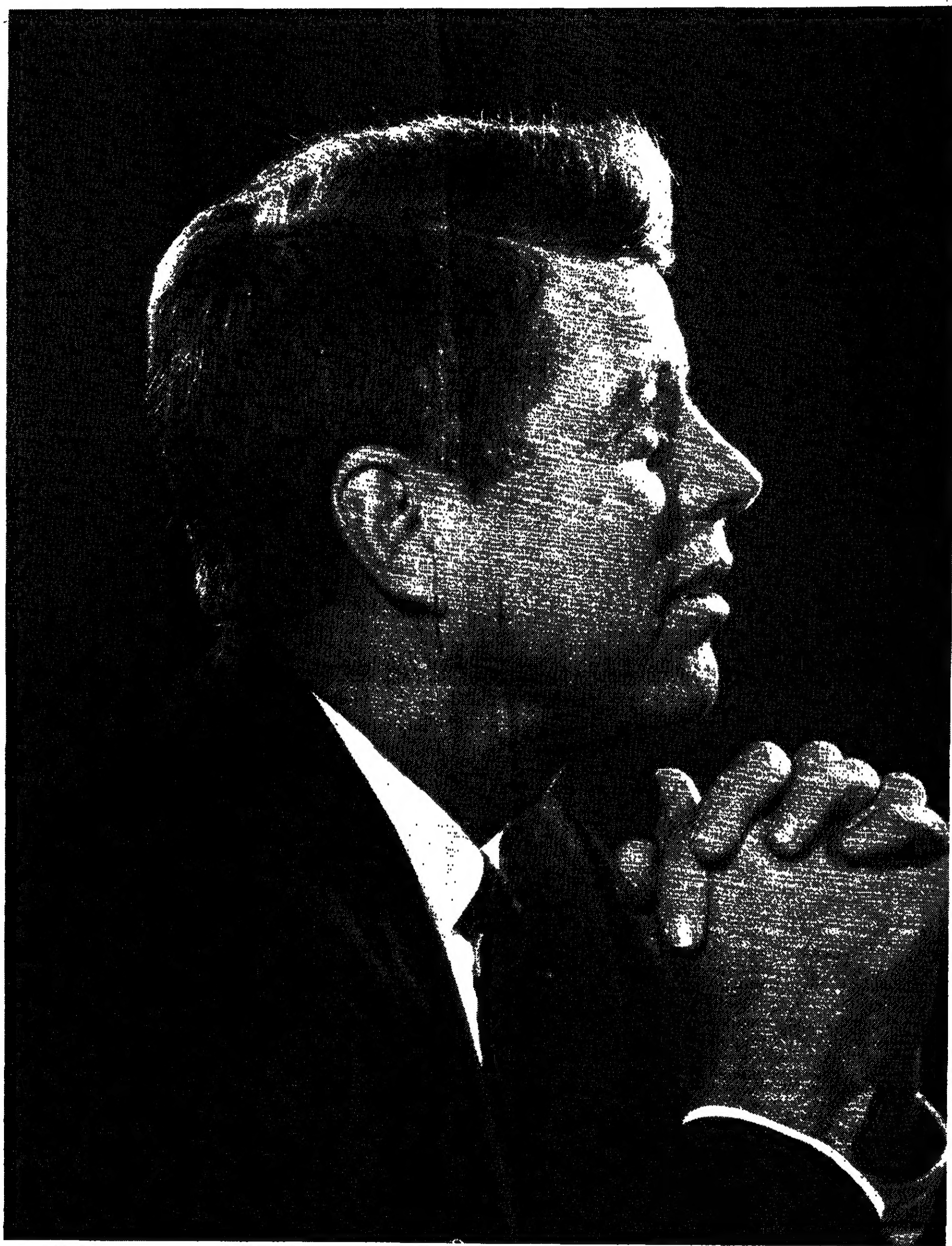
Mazda 626 Coupé GLX Details: 2.0 l, 74 kW (101 PS), 5-Gang-Getriebe, Höchstgeschwindigkeit 185 km/h, Verbrauch nach DIN 70/80/90 bei 90 km/h 6,1 l, bei 120 km/h 7,8 l, Stadt 9,8 l, Normalbenzin.

Serienmäßig: Wärmedämmende Colorverglasung, Drehzahlmesser, Rücksitzlehnen einzeln umlegbar (60°/40°), 10-fach verstellbarer Fahrersitz, elektr. Fensterheber bzw. Ausstellfenster, zentrale Türverriegelung, Fernentriegelung von Kofferraum- und Tankklappe.

Weitere Informationen über die neuen Mazda 626-Modelle und Prospekt-Material erhalten Sie von einem der über 900 Mazda-Partner in Deutschland oder direkt von MAZDA MOTORS (DEUTSCHLAND) GMBH, Weidenstr. 2, 5090 Leverkusen 1.

mazda
Coupé-Komfort und Fahrsicherheit

BUNTE



Nur wenige Menschen kannten John F. Kennedy so wie Pierre Salinger. Er war nicht nur sein Pressesprecher. Er war auch sein Freund und sein engster Vertrauter. 20 Jahre mußten nach den tödlichen Schüssen von Dallas vergehen, bevor er über das sprechen konnte, was damals geschah.

Exklusiv für BUNTE schreibt er über den Mann, der zum Idol dieses Jahrhunderts wurde. Er war dabei, als die Liebe zwischen Jackie und dem Präsidenten begann.

Wie eine ganze Nation diesem jungen Paar zujubelte. Er erlebte, wie Präsident Kennedy den Kremlchef Nikita Chruschtschow in die Knie zwang.

Er war dabei, als Jahre später, nach dem Tod des Präsidenten, die Liebesaffäre Jackie und Aristoteles Onassis begann.

Er kennt den Kennedy-Clan wie kaum ein anderer. Er erklärt auch die Schwierigkeiten der Nachkommen, nur die Kinder eines so großen Mannes zu sein. Und Pierre Salinger beantwortet die Frage, wie die Welt heute aussehen würde, wenn John F. Kennedy noch lebte.

Lesen Sie die BUNTE. Das neue Heft gibt es heute bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

TRÄNEN LIEFEN MIR ÜBERS GESICHT. ICH SAGTE DEN MINISTERN: „DER PRÄSIDENT IST TOT.“

Maßstab
in allen

Unternehmen erwarten konstante Entwicklung

DIHT-Umfrage: Furcht vor Folgen der 35-Stunden-Woche

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Auch 1984 wird es nur zu einer „schrittweisen“ Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung kommen. Das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelszentrums (DIHT) bei 14.000 Unternehmen in der Bundesrepublik signalisiert, daß es im nächsten Jahr wieder einen selbst tragenden Aufschwung nach einem konjunkturellen Einbruch geben wird. Gleichwohl seien die Erwartungen der Unternehmen, verglichen mit denen vor zwölf Monaten, deutlich positiver geworden.

Die Mehrzahl der Unternehmen erwartet für 1984 eine gegenüber diesem Jahr gleichbleibende Entwicklung. Etwas ein Viertel der Unternehmen geht von einer konjunkturellen Verbesserung aus, während knapp ein Fünftel die Entwicklung schlechter einschätzt. Der DIHT drückt zwar seine Prognose nicht in Zahlen aus, sie ist jedoch nicht so zuversichtlich wie die der Bundesregierung und der Bundesbank, die mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 bis drei Prozent rechnen, und der Mehrzahl der Forschungsinstitute, die von einem Plus von zwei Prozent ausgehen.

Nach der DIHT-Umfrage zeichnet sich bei den Investitionen der Unternehmen eine Stabilisierung auf dem 1983 erreichten Niveau ab. Beim privaten Verbrauch halten sich die Einschätzungen derjenigen, die ein weiteres Anziehen, und derjenigen, die eine Abschwächung erwarten, in etwa die Waage. Die Exportentwicklung 1984 dürfte etwas günstiger verlaufen als in diesem Jahr.

Nach den Risiken für die Geschäftsentwicklung 1984 befragt, betonen die Unternehmen „erstens und durchgängig die Gefahren, die vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Arbeitszeiterhöhungen mit der Einführung der 35-Stunden-Woche bei Lohnausgleich verbunden wären“. Die Unternehmen befürchten hier harte Tarif- und sozialpolitische Auseinandersetzungen. Noch stärker als im Vorjahr wird die Zinsentwicklung als besonderer Risikofaktor hervorgehoben.

Die US-Armee plant, zum 15. Dezember die erste Pershing-2-Batterie in der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt neun Raketen dieses neuen Systems in Mutlangen bei Schwäbisch-Gmünd aufzustellen, teilte ein Sprecher des dort stationierten 56. US-Feldartillerieregiments mit.

Das Magazin „Stern“ schrieb, daß bereits im Oktober Pershing-Zubehöre in einem US-Depot in Frankfurt-Hausen gelagert worden seien. Der zwischen der Bundesrepublik und den USA vereinbarte Stationierungsplan sieht bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen dagegen vor, daß vor dem 22. November, vor der Nachrüstungsdebatte im Bundestag, am 21. November, keine Pershing-Teile in die Bundesrepublik gebracht werden dürfen.

NATO-Generalsekretär Joseph Luns hat in groben Umrissen den Fahrplan für die Stationierung der neuen US-Atomwaffen in Europa ge-

China verurteilt Aufrüstung der beiden Supermächte

Kritik auch an USA / „Kampf um Hegemonie in Europa“

DW, Peking/Bonn
China hat die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten wegen der geplanten Verstärkung ihrer Mittelstreckenraketen in Europa verurteilt. Bei einem Galadiner für den Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, wies der stellvertretende Ministerpräsident Wang Li auf die „schwere Bedrohung“ hin, die der „Hegemonismus“ für Westeuropa und China darstelle, meldete gestern die Nachrichtenagentur Neues China.

Bereits in der vergangenen Woche hatte die Peking-„Volkszeitung“ in einem grundsätzlichen Kommentar zu der sowjetischen Ankündigung, in Osteuropa neue Raketen zu stationieren, die Hegemonbestrebungen der beiden Supermächte in scharfer Form verurteilt. „Beide Supermächte behaupten, sie wollen ein nukleares Gleichgewicht, aber in der Realität üben sie beide eine atomare Hegemonie über Europa und weltweit aus.“ Erstmals sprach dabei die „Volkszeitung“ wieder von einem von der USA und der UdSSR geführten Kampf um Europa.

„Das atomare Wettrennen, in dem jede Supermacht die Spitze übernehmen möchte, ist ein bedeutender Teil ihres Ringens um die Vorherrschaft in Europa. Das gefährdet die Sicherheit der Europäer und verstärkt die Gefahr eines nuklearen Krieges.“ In diesem Zusammenhang bekräftigte die „Volkszeitung“ grundsätzlich Chinas Unterstützung für die „Friedensbewegung“ in Westeuropa.

Auch der chinesische Botschafter für Abrüstungsfragen, Qian Jiaotong, hat sowohl die UdSSR als auch die USA als Supermächte bezeichnet, die ein „weitverbreitetes Netz von Militärbasen unterhalten und außerhalb ihrer Grenzen Okkupationskräfte in erheblicher Zahl stationiert haben“. Qian verband in einer Rede vor den Vereinten Nationen die Forderung nach einer nuklearen Abrüstung mit der Abrüstung konventioneller Waffen.

USA versichern Israel Verbleib in Beirut

US-Staatssekretär Lawrence Eagleburger hat gestern in Israel versichert, daß die Vereinigten Staaten ihr Marineinfanterie-Kontingent in Beirut belassen und hinter dem israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommen stehen. Der stellvertretende israelische Außenminister Yehuda Ben-Meir zitierte Eagleburger mit den Worten: „Wenn wir schon verwickelt sind, haben wir nicht die Absicht, uns zurückzuziehen.“

Eagleburger führt dreitägige Gespräche mit der israelischen Regierung über die von beiden Seiten als mangelhaft beklagte Zusammenarbeit Israels mit den USA in Libanon. Wie der israelische Rundfunk meldete, soll es dabei zu Meinungsverschiedenheiten über das amerikanische Vorhaben gekommen sein, aus jordanischen Soldaten eine Schnellangriffstruppe zum Schutz des Persischen Golfs zu bilden. Ben-Meir habe den Aufbau einer arabischen Truppe als für Israel gefährlich bezeichnet. Eagleburger habe dagegen argumentiert, Zusammenarbeit bedeute, daß Israel die Strategie der USA in der arabischen Welt verstehen sollte.

Die sowjetische Presse hat damit begonnen, die Bevölkerung auf wirtschaftliche Opfer zugunsten verstärkter Rüstungsanstrengungen psychologisch vorzubereiten. In indirekter Weise appellierte gestern das Parteiorgan „Pravda“ an die Bevölkerung, sich auf eine Zeit des persönlichen Verzehrs einzustellen. Sie druckte einen Artikel des Chefredakteurs des tschechoslowakischen Parteiorgans „Rude Pravo“, Zdenek Horeni, ab, in dem daran erinnert wurde, daß die Tschechen und Slowaken 1938 „ihre Ersparnisse“ für die Verteidigung des Vaterlandes gespendet hätten. Auffallend in dem Artikel ist auch die Erwähnung eines Lesers, der, wie Horeni schreibt, angesichts der Vorbereitungen für die Aufstellung neuer Raketen in der Tschechoslowakei und in der „DDR“ zur Schaffung eines ähnlichen Fonds aufrufen habe.

Wie aus sowjetischen Presseberichten hervorgeht, beherrscht das Thema Verzicht auch die derzeit stattfindenden Parteiveranstaltungen, die sich mit den Grundsatzerklärungen von Staats- und Parteichef Andropow zum Ost-West-Verhältnis befassen.

Sowjets werden auf Sparen vorbereitet

Die sowjetische Presse hat damit begonnen, die Bevölkerung auf wirtschaftliche Opfer zugunsten verstärkter Rüstungsanstrengungen psychologisch vorzubereiten.

In indirekter Weise appellierte gestern das Parteiorgan „Pravda“ an die Bevölkerung, sich auf eine Zeit des persönlichen Verzehrs einzustellen. Sie druckte einen Artikel des Chefredakteurs des tschechoslowakischen Parteiorgans „Rude Pravo“, Zdenek Horeni, ab, in dem daran erinnert wurde, daß die Tschechen und Slowaken 1938 „ihre Ersparnisse“ für die Verteidigung des Vaterlandes gespendet hätten. Auffallend in dem Artikel ist auch die Erwähnung eines Lesers, der, wie Horeni schreibt, angesichts der Vorbereitungen für die Aufstellung neuer Raketen in der Tschechoslowakei und in der „DDR“ zur Schaffung eines ähnlichen Fonds aufrufen habe.

Wie aus sowjetischen Presseberichten hervorgeht, beherrscht das Thema Verzicht auch die derzeit stattfindenden Parteiveranstaltungen, die sich mit den Grundsatzerklärungen von Staats- und Parteichef Andropow zum Ost-West-Verhältnis befassen.

Erster Kompromiß auf Libanon-Konferenz

Die seit Montag in Genf tagende „Konferenz über den Dialog in Libanon“ hat sich am Mittwoch über den Begriff der nationalen Identität geeinigt. Nach Informationen des offiziellen libanesischen Rundfunks definierten die Konferenzteilnehmer den Libanon als „endgültiges und arabisches Vaterland“ und lehnten jede „Vormundenschaft“ für das Land ab. Dabei wurde in der vereinbarten Formel die Betonung auf die „libanesischen Nationalismus und Patriotismus“ gelegt. Der libanesischen Regierungssprecher Farouk Jarb bestätigte in Genf die Einigung über das Identitätsproblem, ohne jedoch nähere Einzelheiten über den Wortlaut zu geben. Unter den Konferenzteilnehmern soll es große Meinungsverschiedenheiten gegeben haben.

Die Friedens- und Sicherheitspolitik und damit verbunden die Genfer Abrüstungsverhandlungen werden im Mittelpunkt des FDP-Bundesparteitages am 18. und 19. November in Karlsruhe stehen. FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwetzer erwartet dabei eine „gute Mehrheit“ für den Leitantrag des Bundesvorsitzenden, der ein Festhalten am NATO-Doppelbeschuß über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen im Rahmen eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts beim Scheitern der Genfer Verhandlungen vorseht.

Dies unterstreicht die FDP-Generalsekretärin bei der Vorlage von 69 zum Parteitag eingegangenen Anträgen, von denen sich 19 mit Sicherheits- und Friedenspolitik befassen, in Bonn. Parteisprecher Herbert Schmülling erklärte auf Anfrage, der Leitantrag werde vor allem auch von der nordrhein-westfälischen FDP gestützt, die ein Drittel aller Delegierten stellt. Nur 21 der 400 Delegierten kommen aus Schleswig-Holstein, dessen Landesverband einen Gegenantrag gestellt hat. In ihm wird gefordert, daß es keinen „zeitlichen Automatismus“ beim Nachrüstungs-Teil des NATO-Doppelbeschlusses geben dürfe. Es sei „beharlich weiterzuvorgehen“, ohne daß die vorgesehenen Waffen auf deutschem Boden stationiert würden. „Aus gesamtdeutscher Verantwortung“ dürfe nur an eine Stationierung auf See gedacht werden. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Die FDP erwartet von der

Zielt Kritik an Howe auf Thatcher?

Britischer Außenminister wegen „verfehlter Grenada-Strategie“ angegriffen

FRITZ WIRTH, London

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe gerät immer stärker ins Kreuzfeuer enttäuschter und verärgelter konservativer Abgeordneter. In einer nichtöffentlichen Fraktionsitzung bekam er jetzt den Ärger und Zorn zahlreicher konservativer Politiker über die angeblich verfehlte Grenada-Strategie seines Außenministeriums zu spüren. Teilnehmer dieser Sitzung können sich nicht erinnern, wann zuletzt ein britischer Außenminister eine so unglückliche Figur vor diesem Gremium abgegeben hat. Sir Geoffrey hatte bereits vor einer Woche in der Grenada-Debatte ein parlamentarisches Debakel durch den Oppositionssprecher Denis Healey hinnehmen müssen. Es fiel seinerzeit bereits auf, wie wenige Tory-Abgeordnete Sir Geoffrey zur Hilfe eilten.

Bereits am Vortage hatten 40 konservative Abgeordnete einen Antrag unterschrieben, der die Regierung Thatcher scharf kritisierte, weil sie sich so deutlich von der amerikanischen Invasion Grenadas distanziert hatte. Nun warf die Mehrheit der Fraktion Sir Geoffrey Howe vor, durch seine wiederholten öffentlichen Klagen über mangelnde Konsultationen der Amerikaner vor dem Grenada-Konflikt das angloamerikanische Verhältnis weiter zu belasten, statt zu versuchen, auf diskrete Weise die entstandenen Schäden zu reparieren.

Abzug aus Grenada nach 60 Tagen?

Diplomaten Kubas und einiger Ostblockländer ausgewiesen / Aktion auf Carriacou beendet

DW, Washington/Havana

Das US-Repräsentantenhaus hat unter Berufung auf das Kriegsvollmachtesgesetz (War Power Act) von 1973 die Präsenz der amerikanischen Truppen auf Grenada auf 60 Tage begrenzt. Der Senat hat bereits am Freitag eine entsprechende Entscheidung verabschiedet. Präsident Reagan wird in der mit 403 gegen 23 Stimmen verabschiedeten Resolution aufgefordert, die Genehmigung des Kongresses einzuholen, sofern er beabsichtigt, die Truppen länger als zwei Monate auf der Insel zu belassen.

Ausdrücklich wurde vom Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Zablocki, betont, daß jegliche Beurteilung der Aktion vermieden werden soll. So konnten auch die Stimmen der meisten Republikaner gewonnen werden. Damit hat der Kongreß dieses Gesetz zum ersten Mal angewandt, das 1973 unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges beschlossen wurde. Reagan, der wie seine Vorgänger den War Power Act als unzulässige Beschränkung der Präsidentenmacht ablehnt, kann sein Veto einlegen.

Der Generalgouverneur von Grenada, Sir Paul Scoon, hat die Diplomaten Kubas, der UdSSR, Nordkoreas, der „DDR“, Bulgariens und Libyens ausgewiesen. Dies wurde nicht von Washington veranlaßt, sondern ist, wie der amerikanische Vize-Außenminister Burt Mittleman, die alleinige Entscheidung Scoons gewesen. In Havana wurde offiziell bekanntgegeben, daß die kubanischen Diplomaten 24 Stunden Zeit zum Verlassen der Insel gegeben worden sei. Havana habe sie jedoch angewiesen, die Insel nicht ohne die bei den Kämpfen mit den US-Truppen gefallenen, verwunden oder gefangen genommenen Kubaner zu verlassen. Kuba hat darüber hinaus Washington bereits unterrichtet, daß die Ausweisung nur gewaltsam und unter Einsatz der US-Truppen durchgesetzt werden könne. Scoon teilte in einem Interview mit

Selbst jene konservativen Abgeordneten, die in der Sache in der Grenada-Frage mit Sir Geoffrey Howe und Frau Thatcher übereinstimmen, sind unglücklich über die ungeschickte Art, in der Sir Geoffrey in den vergangenen zehn Tagen die Regierungspolitik in dieser Affaire vertreten hat.

Nach übereinstimmenden Berichten von Teilnehmern der Fraktionsitzung habe Sir Geoffrey die britische Entscheidung, nicht zusammen mit den Amerikanern eine militärische Invasion zu erwägen, mit den Kürzungen im britischen Verteidigungsetats begründet, die weitere weltweite militärische Engagements der Briten unmöglich machten. Sollte dies zutreffen, war es ein peinliches Selbsttor, denn es war gerade Sir Geoffrey Howe selbst, der in den vergangenen Jahren als Schatzkanzler für die Kürzungen des britischen Verteidigungsetats maßgeblich verantwortlich war.

Zu den Kritikern der britischen Grenada-Politik gehört auch der in der Partei hochrespektierte frühere Premier und Außenminister Lord Home. Er erklärte im Oberhaus, daß er zwar Verständnis dafür habe, keine britischen Truppen nach Grenada zu entsenden, doch er bedaure, daß die Tatsache, daß die britische Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht mit den Amerikanern gestimmt habe, sondern sich der Stimme enthielt.

Spekulationen über eine mögliche Ablösung Sir Geoffrey Howes, der erst seit fünf Monaten Außenminister ist, wie sie gestern in der „Times“ angedeutet wurden, sind jedoch kaum realistisch. Denn im Kern wird die Politik des britischen Außenministers im Grenada-Konflikt weitgehend von Frau Thatcher geteilt, die sich noch erst vor drei Tagen in der BBC von der militärischen Intervention der Amerikaner mit den Worten distanziert hatte, daß man nicht ohne weiteres in ein fremdes Land einmarschieren könne, weil dort Menschen gegen ihren Willen einem kommunistischen Regime unterworfen würden.

Die Kritik zahlreicher konservativer Abgeordneter an der britischen Grenada-Politik trifft damit unangenehm auch Frau Thatcher selbst. Man würde es ihr deshalb als unloyal ankreiden, wenn sie sich von Sir Geoffrey Howe trennen würde.

Sicher jedoch ist, daß Sir Geoffrey Howe durch sein Auftreten im Grenada-Konflikt, das von einigen seiner Parteifreunde als „blamabel“, „inkompetent“ und „lässig“ bezeichnet wurde, viel von seiner politischen Autorität eingebüßt hat. Nach dem Debakel des Howe-Vorgängers Francis Pym ist es offenbar geworden, daß der vor 18 Monaten über den Falklandkonflikt gestürzte Lord Carrington bis zur Stunde keinen adäquaten Nachfolger gefunden hat.

der Nachrichtenagentur Canadian Press mit, daß die Beziehungen zur UdSSR und Libyen abgebrochen seien, die Beziehungen zu Kuba wolle er jedoch aufrechterhalten. Der kubanische Botschafter sei ausgewiesen worden, weil „seine Aktivitäten sich nicht mit dem Status eines Botschafters vereinbaren“ ließen.

Scoon, der als Vertreter der Krone den Status des Staatsoberhauptes innehat, wird bei der Debatte der UNO-Vollversammlung über den Antrag Nicaraguas auf Verurteilung der USA auftreten, um vor der Weltöffentlichkeit darzulegen, warum er um das Eingreifen der USA ersucht habe.

Die Aktion auf der zu Grenada gehörenden Nebeninsel Carriacou wurde bereits nach 6 Stunden beendet. Die Marineinfanteristen stießen auf heftigen Widerstand, nahmen 17 Soldaten der grenadischen Volksarmee fest und beschlagnahmten in großem Umfang Kriegsmaterial. Kuba hielt sich nicht auf der Insel auf.

Senat verweigert Geld für Eingreiftruppe

Der Bewilligungsausschuß des US-Senats hat sich gegen die Zuteilung von Krediten in Höhe von 220 Millionen Dollar ausgesprochen, die das Pentagon zur Schaffung einer amerikanischen-jordanischen „Schnellen Eingreiftruppe“ beantragt hatte. Ein Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte den Antrag bereits am 19. Oktober abgelehnt. Der Kreditwarin der Vorlage des amerikanischen Verteidigungshaushalts für das Rechnungsjahr 1984 veranschlagt worden, der sich auf insgesamt 251 Milliarden Dollar beläuft.

Im Laufe dieser Woche hat der Senat über die Vorlage zu entscheiden. Das als militärische Geheimwaffe behandelte Projekt der Eingreiftruppe, die in Krisenfällen in der Golfregion eingesetzt werden soll, war in israelischen Regierungskreisen auf entschiedene Ablehnung gestoßen.

Helsinki: Genscher bei Koivisto

Die Bundesrepublik Deutschland und Finnland sind sich darüber einig, daß der Entscheidungsprozeß zwischen Ost und West auch nach einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen fortgesetzt werden muß. Bundesaußenminister Genscher und der finnische Staatspräsident Mauno Koivisto trafen hierbei in Helsinki der im Januar in Stockholm beginnenden Europäischen Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung zu. Zum Auftakt eines dreitägigen offiziellen Besuchs in Finnland äußerte der deutsche Außenminister in einem Gespräch mit Koivisto die Überzeugung, daß auch die Sowjetunion das Ost-West-Verhältnis längerfristig nicht vereinen lassen will.

Mitterrand würde Wahl verlieren
Der französische Staatspräsident François Mitterrand ist im Augenblick so unpopulär, daß er bei einer Präsidentenwahl schon im ersten Wahlgang scheitern würde. Nach dem Ergebnis einer gestern veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifa würde Mitterrand – wenn er denselben Kandidaten wie 1981 gegenüberstände – im Augenblick mit 21 Prozent der Stimmen von den Oppositionspolitikern Valéry Giscard d'Estaing und Jacques Chirac mit je 27 Prozent überflügelt werden. Die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich finden 1988 statt.

Vor Neuwahlen in Japan

In Japan gibt es mit großer Wahrscheinlichkeit in der zweiten Dezemberhälfte Neuwahlen. Wie die japanischen Medien gestern übereinstimmend meldeten, hat Ministerpräsident Nakasone die Spitzen der von ihm geführten Liberal-Demokratischen Partei (LDP) angewiesen von der Absicht unterrichtet, das Parlament noch in diesem Monat vorzeitig aufzulösen. Damit soll die innenpolitische Krise, die durch das politische Verhalten des Ex-Premiers Tanaka nach seiner Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis ausgelöst wurde, beigelegt werden. Eine offizielle Bestätigung für diese Pläne gibt es noch nicht. Tanaka, der im Zusammenhang mit der Lockheed-Bestechungsaffäre verurteilt wurde, hat immer noch bedeutenden Einfluß auf einen starken Flügel der Regierungspartei. Er ist nicht bereit, sein Mandat aufzugeben.

Die Bedeutung unserer Träume Seien Sie bloß vorsichtig, wenn Sie von Ihren Träumen erzählen!

Träume sind Schäume, sagt der Volksmund. Dr. Sigmund Freud hingegen hat bewiesen, daß unsere Träume mehr verraten, als wir wahrhaben wollen. Träume, sagt Freud, sind offene oder versteckte Wunscherfüllungen. Versteckt sind immer die, welche nach unserer Moral verboten und uns deshalb peinlich sind. Das aber sind meistens unsere sexuellen Wünsche. Die Deutung von Träumen geschieht durch Entschlüsselung der rätselhaften Traumbilder. Da war beispielsweise eine Frau, die sich äußerst sittenstreng gab. Sie aber hatte mehrfach folgenden Traum: Sie ging in einer fremden Landschaft auf einen mittelalterlichen Turm zu, der von einem niedrigen Wald umgeben war und zu dessen Füßen sich zwei runde Hügel befanden. Wenn

sie zwischen den Hügeln hindurch den Turm erreicht hatte, überfiel sie ein Gefühl von Neugier und Erregung. Sie begann dann auf einer Außenleiter den Turm zu besteigen, doch jedesmal, wenn sie die halbe Höhe erreicht hatte, brach die Leiter zusammen, und sie fiel ins Bodenlose... Was dieser Traum bedeutet – der Turm, der Wald und zwei runde Hügel – das lesen Sie in der neuen QUICK. Dort erfahren Sie auch alles über die drei Anlässe zur Traumdeutung und lernen, was das ES, das ÜBER-ICH und das ICH bedeuten. Und bereits nach der ersten Folge der QUICK-Serie können Sie mitreden, wenn von der berühmten „Psychoanalyse“ die Rede ist.



Ihre Männer, meine Damen: Die harten Kerle aus Hollywood machen alle Frauen weich

Wenn ein Filmregisseur vier Männer gemeinsam in einem Streifen agieren lassen möchte – er käme mit 40 Millionen Mark Gage kaum aus. Die Namen dieser Superstars: Charles Bronson, Mark Gage, Robert Redford und Paul Newman. Hollywood hat immer seine Helden gehabt, die gerade in Mode waren. Aber das Quartett der alten Helden ist unschlagbar. Sie haben alle Modeströmungen überstanden, ohne sich jemals anzupassen. Und was sie sonst noch tun und von sich geben – das, meine Damen, erfahren Sie diese Woche in QUICK. (Aber bitte: ganz ruhig bleiben...)

Die neue Weiblichkeit: Deutschlands Frauen wollen nicht nur im Bett befriedigt sein!

Die Frau des Jahres 1983 hat ihre Weiblichkeit neu entdeckt. Sie bekennt sich zu ihren eigenen Wünschen in Liebe und Sexualität. Sie gibt Liebe und Zärtlichkeit – und sie fordert sie. Treue und Geborgenheit sind ihr wichtiger als ausgefallene Sex-Techniken. Männer wissen inzwischen viel vom Körper einer Frau – doch nur wenig von ihrer Seele. Für QUICK hat Dr. Habermehl die Frauen befragt. Über ihre Sehnsüchte und nach ihren sexuellen Phantasien. Mehr als 5.000 Fragen ergeben ein klares Bild. Und das vermittelt QUICK Ihnen im neuen Heft. Dann erleben Sie die Geschichte einer Frau, die nicht mehr Geliebte sein wollte...

Millionen lesen QUICK.

Heute NEU!

Gehemmte Eitelkeit

nl - Bisher jeder zweite Bundesbürger (über 14 Jahre) ist Brillenträger. So kann man dann auch getrost sagen, daß bei festgestellter Fehlsichtigkeit die Frage nach der passenden Sehhilfe sehr viele Menschen beschäftigt. Die persönliche Eitelkeit spielt sicherlich eine wesentliche Rolle. Das Gesicht soll schließlich ein Ausdruck gewinnen.

Da sollte es für zahlreiche kurz- und weitsichtige Bundesbürger geradezu wie eine Befreiung wirken, wenn ihnen auch die Möglichkeit winkt, das Sehhandicap per Kontaktlinse zu überwinden. Indes, die Begeisterung hält sich offenbar doch in engen Grenzen. Bisher greifen in der Bundesrepublik lediglich acht Prozent der Menschen, die eine Sehhilfe benötigen, zur Kontaktlinse. Das sind also etwas mehr als zwei Millionen Träger. Weitmas sind hier jüngere Menschen, vor allem ist das weibliche Element (rund 70 Prozent) wohl aufgrund kosmetischer Erwägungen auf die Kontaktlinse eingeschworen.

Eine der Hemmschwellen - neben offensichtlicher Unverträglichkeit - für einen deutlichen Vormarsch der nicht gerade billigen Kontaktlinsen ist darin zu sehen, daß Krankenkassen und Versicherungen die Kosten nur in ganz bestimmten Fällen (zum Beispiel extreme Fehlsichtigkeit ab acht Dioptrien oder unregelmäßige Hornhautkrümmung) die Kosten voll übernehmen. Noch ist es

Textil-Frühling?

adh. - Es scheint sich ein Textil-Frühling abzuzeichnen. Nach drei Jahren überaus schleppender bis zurückgehender Nachfrage sprechen die Anbieter zur Halbzeit der 50. Interstoff in Frankfurt von regen Geschäften an den Ausstellungsständen. Nur über die Preise wird derzeit nicht so gerne gesprochen. Denn da ist teilweise von notwendigen "Verbesserungen" bis zu mehr als zehn Prozent die Rede. Bei allem Verständnis für die mit knapper Rendite arbeitenden deutschen Textilhersteller, von denen weitere rund 400 aufgeben müßten, darf bezweifelt werden: Massenware gibt es mehr als genug aus dem Ausland - billiger. Und in den oberen Preislagen ist und bleibt der Abnehmerkreis beschränkt. Kein Wunder, daß sich die Einkäufer aus der Bekleidungsindustrie hinsichtlich der Preise zurückhaltend zeigen, obwohl Verständnis für die Lage der Textilindustrie vorhanden ist. Und deren Lage ist allemal günstiger als vor einem Jahr. Denn die stärkere Nachfrage sichert den verbleibenden Textilkapazitäten eine bessere Auslastung.

DIHT-UMFRAGE / D-Mark-Aufwertung hat das Auslandsgeschäft beeinträchtigt

Die Unternehmen rechnen für 1984 mit einem leicht steigenden Export

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die deutschen Unternehmen rechnen für 1984 mit einem leicht steigenden Export. Wie die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelsbundes (DIHT) bei 14 000 Unternehmen zeigt, spielt bei dieser Einschätzung allerdings das niedrigere Niveau in diesem Jahr eine Rolle. Gegenwärtig gebe es keine Hinweise darauf, daß sich die Auslandsnachfrage 1984 zum "Konjunkturmotor" entwickeln könnte. Einen Einbruch befürchten die Firmen jedoch ebenfalls nicht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht nach der DIHT-Umfrage etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen für 1984 von einem gleichbleibenden Exportvolumen aus. Mit einem leichten Anstieg rechnen rund 30 Prozent der Firmen. Dagegen stellen sich rund 20 Prozent auf sinkende Exportmengen ein. Damit ist das Bild etwas freundlicher als das, was vor einem Jahr gezeichnet wurde.

Bei dieser Einschätzung setzen die Firmen vor allem auf konjunkturelle Aufwindtendenzen in den USA und Großbritannien. Sie hoffen, daß auch in anderen westeuropäischen Industrieländern die Konjunktur wieder anziehen wird. Aufgrund des harten internationalen Konkurrenzkampfes rechnen die meisten Unternehmen mit gleichbleibenden, ein nicht unbedeutender Teil sogar mit sinkenden Preisen.

Der Rückgang des Exports in diesem Jahr wird vor allem auf die schwache Konjunktur in wichtigen westlichen Abnehmerländern und in den Opec-Staaten zurückgeführt. Schwierig hat sich das Geschäft mit Frankreich und Italien entwickelt. Belastet haben auch die Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungs-

häufig einfach weniger Leute eingesetzt. Hinzu kommen Umweltschutzaufgaben sowie neue arbeitsmedizinische oder sicherheitstechnische Vorschriften. Sprachunterschiede werden insbesondere von Frankreich und Griechenland als Importbremse genutzt. Sie schreiben vor, daß Dokumente aller Art in der Landessprache abgefaßt sein müssen. Die Zahlungsschwierigkeiten - hier werden Argentinien, Brasilien, Mexiko, Türkei, Nigeria, Irak, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien genannt - führen zu einschneidenden Importverboten und zu einer Beeinträchtigung des Devisentransfers.

Zu den größten unmittelbaren Schwierigkeiten beim Erschließen von neuen Auslandsmärkten gehören personelle Probleme wie die zum Teil mangelnde Bereitschaft von Fachkräften, ins Ausland zu gehen, und die hohen Kosten, die Gewinnung von Informationen und Probleme des ausländischen Rechts. Die Rolle der Handelshäuser bei der Markterschließung wird unterschiedlich beurteilt. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich keine eigene Auslandsorganisation aufbauen können, messen ihnen eine größere Rolle zu. Dies gilt besonders für den Export von Konsum- und Standardgütern. Je spezialisierter und je hochwertiger die für den Export vorgesehenen Produkte sind, desto schwieriger wird die Einschaltung von Handelshäusern. Für diese Produkte fehlt es ihnen häufig an Spezialisten.

FORSCHUNGSPOLITIK

Riesenhuber setzt auf die Initiative der Wirtschaft

KAREN SÖHLER, Bonn
„Der Unternehmer kämpft am besten für eigenes Geld und für eigene Projekte.“ Mit diesen Worten machte Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie, gestern auf einer Pressekonferenz deutlich, wo der Ansatzpunkt für eine Neuorientierung der Forschungspolitik in Zukunft liegen wird. Denn nur eine steigende Eigeninitiative der deutschen Wirtschaft gewährleistet, daß Innovationen möglichst schnell zum Durchbruch gelangen. Bei der industriellen Forschung, Entwicklung und Innovation müßte sich die Aufgabe des Staates im wesentlichen darauf beschränken, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Erste Auswirkungen ergeben sich bei der direkten Projektförderung des Bundes für zivile Forschung und Entwicklung in Unternehmen: Die hierfür im Haushalt bereitgestellte Summe wird von 3,5 Milliarden 1982 auf voraussichtlich 2,8 Milliarden Mark 1984 schrumpfen. Stärker werden soll statt dessen die „indirekte Forschungsförderung“. Im neuen Maßnahmenkatalog stehen unter anderem die Wiedereröffnung der Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ab 1984; ein Modellversuch zur Gründung technologieorientierter Unternehmen mit einem Förderrahmen von zunächst 100 Millionen Mark; die wesentliche Ausweitung der Förderung der Vertragsforschung und -entwicklung für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft.

Stärker akzentuieren will Riesenhuber darüber hinaus die Grundlagenforschung. Der Anteil am Forschungsbudget soll in den nächsten Jahren von jetzt 28 auf 30 Prozent angehoben werden. Zum anderen will sich das Forschungsministerium noch stärker auf Umweltforschung und Technologiefolgenabschätzung konzentrieren. Riesenhuber wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die bisherige Leistung weniger darin bestanden habe, 56 Millionen Mark für die Erforschung von Waldschäden bereitzustellen, als vielmehr in der umfassenden Forschungskoordination. Die Folgen neuer Technologien abzuschätzen sei allerdings nicht nur Aufgabe des BMFT, sondern ebenso der freien Wirtschaft.

Als Erfolg der neuen Forschungspolitik wertet Riesenhuber, daß die beiden Demonstrationskraftwerke (Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor) seit einem Jahr im Kosten- und Zeitplan liegen. „Entscheidend“ hierfür sei, daß sich die Industrie an den Kosten beteiligt. „Zum erstenmal kämpft die Industrie für eigenes Geld.“

Pretorias teure Autarkie

Von HEINZ HECK

Ausgerechnet in einem Land, das die Marktwirtschaft förmlich gepachtet zu haben scheint, wird das hohelied des Monopols gesungen: 30 bis 40 Prozent Zolleschutz wurden der staatlichen Motorenfabrik Atlantis Diesel Engines (ADE) eingeräumt, um dem von Boykott und Boykottandrohungen geplagten Südafrika die Autarkie in der Versorgung mit Dieselmotoren zu beschreiben.

Ein-Einzelstück keineswegs. Sessel, das Prachtstück staatlicher Industriepolitik, gewinnt Beacht und andere energiegeladene Kostbarkeiten aus Kohle, die es im Land am Kap der Guten Hoffnung reichlich und billig gibt.

Strategische Gründe sind es, die der offiziell hoch favorisierten Marktwirtschaft immer wieder Besseln anlegen. Aus strategischen Gründen ist der Sessel-Beitrag zur Benzinversorgung des Landes offiziell ein Staatsgeheimnis, obwohl das Unternehmen jetzt sogar verstaatlicht wird (offiziell wird er auf 45 bis 50 Prozent geschätzt). Aus strategischen Gründen werden auch die Ölimpore geheimgelassen - und die im Lande tätigen Öligesellschaften verdienen „ordentlich“ an dem „ordentlich“ aufgeteilten Markt.

So argumentiert einer, der von draußen in die südafrikanische „Waggon“-Mentalität eindringt. Einheimische Politiker wie Manager sehen in all diesen Maßnahmen wie auch in den in stillgelegten Bergwerken gehaltenen Ölserven (alles natürlich streng geheim) vor allem die prophylaktische Wirkung: gäbe es sie nicht, der Öliboykott gegen das Land der Apartheid wäre in der Vergangenheit härter und - vielleicht - mit mehr Wirkung geführt worden.

Aber ein stark in den Weltmarkt verflochtenes Land kann sich aus den Folgekosten der Autarkie nicht herausheben. Bei der spottbilligen Kohle möge die gering sein, obwohl es selbst hier zu Geheimhaltungsstrategien gehört, das tatsächliche Ausmaß zu verschleiern. Aber die teuren Dieselmotoren des staatlichen Monopols (das übrigens eines Tages ebenfalls privatisiert werden soll) schlagen sich als Kostensteigerung überall dort nieder, wo solche Motoren Produktionsfaktoren sind: zum Beispiel in der Landwirtschaft,

AUF EIN WORT



Das Problem der Arbeitslosigkeit wird uns noch viele Jahre beschäftigen, dem Staat dürfen wir dabei nicht zuviel zutrauen.

Manfred Labenstein, Vorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh
FOTO: JUP DACHINGER

IW: Industrie gut gerüstet

dpa/VWD, Köln
Die deutsche Industrie ist nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für die Bewältigung des Strukturwandels gut gerüstet. Sie habe sich den Anforderungen des Weltmarktes angepaßt und auf ein Rohstoff- und Energiequellen schonendes und umweltfreundliches Wachstum eingestellt, erklärte das den Arbeitgebern nahestehende Institut. Insbesondere das Investitionsgüterproduzierende Gewerbe habe sich als „Wachstumsmotor“ erwiesen. Sein Anteil an der Nettoproduktion sei von 35,1 Prozent 1973 auf 38,2 Prozent 1982 gestiegen. Das Wachstum des gesamten produzierenden Gewerbes sei nach 1979 zu 67 Prozent von dieser Industriegruppe getragen worden. Dabei hätten „die besonders wachstumsstarken Zukunftsindustrien“ erheblich an Gewicht gewonnen.

IMMOBILIEN

Starker Preisrückgang bei Einfamilienhäusern

Hamburg
Eine deutliche Abschwächung der Immobilien-Nachfrage beobachtet gegenwärtig der Verband Deutscher Makler (VDM) in der Bundesrepublik Deutschland. „Katastrophale Zustände“ herrschen bei solchen Objekten, die sich außerhalb der größeren Einzugsbereiche von Ballungszentren befinden, teilte der Verband am Mittwoch mit. „Hier haben die Insolvenzen aufgrund der gestiegenen Zinssätze zu einem so starken Überangebot geführt, daß selbst besonders preisgünstige und marktkonforme Objekte nicht mehr veräußerbar sind“, sagte ein VDM-Sprecher.

Nach Zinshäusern in guten Stadtteilen bei niedrigem Preisniveau und teilmodernisierter Ausstattung sei die Nachfrage leicht stärker geworden. Diese Sonderentwicklung sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr Zinshausobjekte nach dem Wohnungseigentumsge-

LAMBSDORFF IN LONDON

Meinungsunterschiede über Kohle- und Stahlpolitik

WILHELM FURLER, London
In zweitägigen Gesprächen haben der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und die britischen Minister Walker (Energie), Tebbit (Handel und Industrie) und Schatzkanzler Lawson in London ihre gegenwärtigen Positionen in den Bereichen Energiepolitik (insbesondere Kohle), Stahl, EG-Industriepolitik, Öffnung der Dienstleistungsmärkte, Airbus-Programm und EG-Budget abgestimmt. Wie es aus gutunterrichteten Kreisen heißt, sind sich Bonn und London in den meisten Punkten einig. Beide sehen die größeren Probleme in den divergierenden Ansichten anderer EG-Mitgliedsländer, insbesondere Frankreichs.

Gewisse Meinungsunterschiede bestehen zwischen Bonn und London weiterhin in der Frage der EG-Finanzierung der Kohlehalde. Während die deutsche Seite einer Halde-Finanzierung ausgesprochen zurückhaltend gegenübersteht und vielmehr im Bereich der Kohleerleichterungen wünscht, steht für die Briten eine Finanzierungshilfe für die Kohlehalde im Vordergrund. Aus einleuchtendem Grund: Während in der Bundesrepublik von den 80 Millionen Tonnen Jahresförderung nur etwa zehn Millionen Tonnen pro Jahr auf Halde wandern, wachsen die Kohlehalde in Großbritannien rapide. Sie haben inzwischen 60 Millionen Tonnen erreicht, deutlich mehr als die Hälfte des gesamten britischen Jahresverbrauchs.

Differenzen gibt es auch in Sachen Stahl. London ist mit dem deutschen Vorstoß in Brüssel in Richtung einer strikten Mengenregelung nicht einverstanden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Herbstglanz im Einzelhandel

Düsseldorf (Fy) - Der September hat dem deutschen Facheinzelhandel eine deutliche Geschäftsbelebung beschert. Nach Erhebungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln wurden sechs Prozent mehr umgesetzt, preisbereinigt vier Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Hervorstechende Umsatzzuwächse erzielten der Handel mit Schuhen (plus 26 Prozent), Textilien/Bekleidung (plus 15 Prozent) und Elektarteilchen (plus zwölf Prozent). Das gute Septemberergebnis hat auch die Werte der ersten neun Monate dieses Jahres verbessert. Doch das nominale Umsatzplus von zwei Prozent ließ real nur ein Minus von ein Prozent zu.

Höhere Aktienumsätze

Frankfurt (VWD) - An der Frankfurter Wertpapierbörse stiegen die Aktienumsätze im Oktober gegenüber dem Vormonat um 44,6 Prozent auf 3,752 Milliarden Mark. Sie ließen das Umsatzvolumen der ersten zehn Monate auf 39,1 (14,4) Milliarden Mark zunehmen. Nach Angaben des Börsenvorstands zog der Kursindex der in Frankfurt amtlich notierten Deutschen Aktien von Ende September bis Ende Oktober um 7,7 Prozent auf 149,46 (138,79) Punkte an. Im Vergleich zum Ende des Vorjahres (Indexstand 112,55) ergibt sich eine Kurssteigerung um 32,8 Prozent.

Gatt bildet neue Abteilung

Genf (rt) - Die Welthandelsorganisation Gatt hat die Bildung einer neuen Abteilung angekündigt, die nichttarifäre Einfuhrbeschränkungen untersuchen soll. Vertreter des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sagten, solche Beschränkungen der Importe wie komplizierte Sicherheitsstandards und Lizenzverfahren hätten sich in den letzten Jahren mit Rückgang des Schutzes durch Zölle verstärkt durchgesetzt.

Arbeitsplätze gefährdet

Berlin (Wz) - Bei der Waggon-Union in Berlin sind nach Angaben der Geschäftsleitung und des DGB Berlin rund tausend Arbeitsplätze von 1985 an gefährdet. DGB und Waggon-Union werfen der Bundesbahn vor,

ihre Aufträge, die ein Drittel der Jahreskapazität ausmachen, von Berlin abzuziehen. Für 1984 hatte die Waggon-Union wieder mit einem Auftrag von rund 80 Reisezugwagen gerechnet. Die Waggon-Union hatte 1982 einen Jahresumsatz von rund 200 Millionen Mark. Wie die Geschäftsleitung mitteilt, bemühe sie sich gegenwärtig um Ersatzaufträge, eine Zukunftsplanung sei aber auf dieser Basis nicht möglich.

Münzenmarkt belebt sich

Düsseldorf (Fy) - Die Preise für Gold- und Silbermünzen haben sich nach der sommerlichen Schwächephase gefangen und versprechen für die kommenden Monate eine gute Ausgangsbasis. Wie die Dresdner Bank bei der Herausgabe ihrer neuesten Gold- und Silbermünzenbrochüren mitteilt, beginnt inzwischen eine saisonbedingte Belebung des Marktes. Während für die 20-Goldmark-Stücke reges Kaufinteresse vorliegt, mußten 10-Mark-Prägungen fast auf der ganzen Linie weitere Kursrückläufe hinnehmen.

Hilfsprogramm Schiffsbau

Bremen (dpa/VWD) - Das Land Bremen wird sich mit 20,7 Millionen Mark an dem Auftragshilfsprogramm der Küstenländer für den Schiffbau beteiligen. Das teilte der Senat mit. Das Programm ist bis 1985 befristet und sieht Auftragshilfen für technisch hochwertige Schiffsbauten sowie Schiffreparaturen vor. Dieser Beschluß, für den alle vier Küstenländer zusammen 61 Millionen Mark bereitstellen, soll für Reeder Anreize schaffen, neu zu bauende Schiffe bei deutschen Werften in Auftrag zu geben. Der Bund hat ein eigenes Programm abgelehnt.

Antidumpingzoll

Brüssel (dpa/VWD) - Die EG-Kommission hat bei der Einfuhr von Betonstahl aus Spanien einen vorläufigen Antidumpingzoll eingeführt. Die Zollabgabe beträgt 12,5 Prozent oder 91 D-Mark je Tonne. Die jeweils höhere Abgabe kommt zur Geltung. Die Entscheidung wird in den nächsten Tagen im EG-Amtsblatt veröffentlicht werden.

EG-AGRARREFORM

DIW warnt vor Konflikt mit den Drittländern

PETER WERTZ, Berlin
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) befürwortet zwar eine Reform der europäischen Agrarpolitik, warnt aber zugleich davor, sie zu stark zu Lasten von Drittländern zu verwirklichen. Vor allem die Beschränkungen der Importe von Getreidesubstituten und eiweißhaltigen Futtermitteln beeinträchtigen nach Angaben des Berliner Instituts die Agrarinteressen der USA und der lateinamerikanischen Länder.

Die europäische Agrarpolitik sei unbeherrschbar geworden, kritisiert auch das Berliner Forschungsinstitut. Es hält die vorgeschlagenen Maßnahmen daher für verunsichernd und fordert ein Preisregulierungsprogramm, das die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft sichert. Bei allen wichtigen landwirtschaftlichen Produkten habe die Gemeinschaft die Selbstversorgung erreicht oder überschritten.

Das Spar- und Einfuhrrestriktionsprogramm bringe daher zwar eine Entlastung der Haushaltslage der Europäischen Gemeinschaft, dringe jedoch nicht bis zur Wurzel vor, moniert das Institut. Um den Unterschied zwischen dem hohen Agrarpreisniveau der EG und den Weltmarktpreisen auszugleichen, seien erhebliche Subventionen für die Exporte der Überschussprodukte erforderlich. Knapp die Hälfte der Marktordnungsausgaben sind dafür nach Angaben des Instituts notwendig. In diesem Jahr betragen die Agrarsubventionen der EG insgesamt 38 Mrd. DM, das sind derzeit rund 63 Prozent des EG-Haushalts.

Bei weiteren Importrestriktionen müsse Brüssel mit Gegenmaßnahmen der Drittländer rechnen. Rückblick auf die Agrarinteressen der Drittländer, besonders der USA, sei deshalb geboten.

BELGIEN / Abschied von einem längst überholten und nie befolgten Gesetz

Alkohol-Verkaufsverbot aufgehoben

WILHELM HADLER, Brüssel
Vergehen, deren sich jedermann schuldig macht, werden nach Montague zu Gewohnheitsrechten. Auch das belgische Parlament scheint von dieser Erkenntnis inspiriert gewesen zu sein, als es in dieser Woche das seit 1919 bestehende offizielle Verkaufsverbot für Alkoholika in öffentlichen Etablissements (Kneipen, Gaststätten, Hotels) abschaffte.

In der Praxis ist das in Belgien als Lex Vandervelde bekannte Gesetz in letzter Zeit nur noch selten angewandt worden. Trotzdem brauchte es 15 Jahre, bis sich für die Aufhebung der Bestimmung eine ausreichende parlamentarische Mehrheit fand. Wirtschaftlich hat das Verkaufsverbot für Hochprozentiges zweifellos eine zwangsweise Verbrauchsverschiebung zugunsten des Bieres gebracht. Manchen erschien es deshalb seit langem als eine ungeliebte Allianz von Kirche, Gewerkschaften und Brauereien.

Man muß sich indes des historischen Umfeldes bewußt sein, das das Gesetz nach dem Ersten Weltkrieg zu einer sozialen Tat machte: Damals galt es, dem in den wallonischen Industriezentren grassierenden Alkohollismus breiter Arbeitermassen mit allen Mitteln den Kampf anzusagen.

Nach dem Schnapsverbot verringerte sich die Zahl der (vor allem in der Nähe der Fabriktore angesiedelten) Pöten in wenigen Jahren von 202 000 auf 120 000. In Lebensmittel- oder Tabakgeschäften durften Alkoholika bis heute offiziell nur in Mengen von mindestens zwei Litern abgegeben werden (was von der zweifelhafte Annahme ausging, daß Leute, die sich finanziell leisten könnten, mit dem gefährlichen Stoff schon genügend sorgsam umgehen würden).

Wer einen „Witteken“ oder „Petit Blanc“ verlangte, wurde allerdings an den Theken noch selten abgewiesen. Die Belgier sind jeder Meister in der Beherrschung juristischer „Grauzonen“. Private Klubs und Vereine waren ohnehin von dem Ausschankverbot ausgenommen. In Restaurants wurde der Schnaps angeblich nur noch zum Flambieren benötigt.

So waren es auch weniger humanitäre als fiskalische Gründe, die die Regierung zur Aufhebung des überholten Gesetzes bewogen: Künftig müssen alle Cafés, die eine Ausschankgenehmigung beantragen, eine Jahressteuer von (je nach Gemeindegröße) zwischen 8000 und 40 000 Franc (400 bis 2000 DM) entrichten.

Finanzminister Willy Decleux hofft, daß sich 40 000 der insgesamt 50 000 belgischen Gaststätten und Kneipenbetriebe den Schnaps offen ins Regal stellen wollen. Dem Staat würde dies nach seinen Berechnungen jährlich rund 500 Millionen Franc (25 Millionen DM) Mehreinnahmen bringen. Der Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren und im Bereich der Autobahnen soll verboten bleiben.

„Das wirklich Gute ist durch nichts zu ersetzen.“

Harveys Bristol Cream.

BY APPOINTMENT TO HER MAJESTY THE QUEEN

FOR NAME & LOGO LIMITED SUPPLY

EINKAUFSSVERBÄNDE / Ertragsdruck hält an

Geringes Wachstum erwartet

HANNA GIESKE, Bonn
"Von einer Trendwende kann noch nicht gesprochen werden." Siegfried Willeitner, neuer Präsident der Bundesvereinigung deutscher Einkaufsverbände (BEV), findet es aber schon ermutlich, daß der Einzelhandel in diesem Jahr voraussichtlich ein Umsatzplus von 2,5 Prozent erreichen wird; damit werde ein reales Wachstum, geringfügig über der Nullgrenze, wahrscheinlich. Immerhin mußte der Einzelhandel im vergangenen Jahr Absatzeinbußen von 4,5 Prozent verkraften; so etwas hat es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben.

Noch zu Beginn des Jahres 1983 habe niemand damit gerechnet, daß der private Verbrauch im ersten Halbjahr um 3,5 Prozent steigen würde, sagte Willeitner weiter. Das sei vor allem dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Sparquote um 1,5 Prozentpunkte zu verdanken. Die zusätzliche Kaufkraft kam vor allem Kraftfahrzeugen und Einrichtungsgegenständen zugute. So habe der Möbelhandel allein im Monat Juni eine Umsatzsteigerung von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert.

Der Verfall der Erträge im Handel halte indes weiter an. Daran habe auch die Anhebung der Mehrwertsteuer mitgewirkt, die vor allem die Händler belastet habe. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung sei die Zahl der Insolvenzen, die im ersten Halbjahr um 8,9 Prozent höher als im Vorjahr lag.

Mit Argwohn registriert die Bundesvereinigung das Wachstum der großen Filialbetriebe, "das überwiegend zu Lasten des mittelständischen Fachhandels erfolgt", aus dem sich die Mitglieder der im BEV zusammengeschlossenen Einkaufsverbände rekrutieren. Der Fachhandel sei außerdem durch Expansion der "Billig-Vertriebsformen" in Bedrängnis geraten, die mit Unter-Einkaufspreisen operierten. "Dieser Verdrängungswettbewerb hat nun vom Lebensmittelhandel auch auf den Spielwaren-, den Konsumelektronik- und den Möbel- und Fotohandel übergreifen."

Die Kooperationsbereitschaft des Fachhandels hat sich laut Willeitner unter dem wachsenden Wettbewerbsdruck erhöht. Der einzelne Händler beziehe mehr Waren über seine Einkaufsgemeinschaft, und die Zahl der anschlusswilligen Händler sei gestiegen. Offensichtlich sind damit aber auch die Risiken für die Einkaufsgemeinschaft aus Zentralregulierung und Delkrederhaftung gestiegen; Funktionen, die sie bisher immer sehr bereitwillig übernommen hatten. Willeitner jedenfalls deutete an, daß diese Risiken zu "mindern" seien. Der scheidende BEV-Präsident Hermann Terberger verwies auf das Beispiel der Möbelaufkäuferverbände, "die bei der Zentralregulierung seit langem mit Kreditinstituten zusammenarbeiten".

Im BEV sind 71 Einkaufsverbände organisiert, denen über 20 000 Einzelhandelsunternehmen angehören.

US-BANKEN / In diesem Jahr machten bereits 43 Institute Pleite - Rekord seit 1940

Harte Kritik an Aufsichtsbehörde

H.A. SIEBERT, Washington
Unter Beschuß geraten ist der Comptroller of the Currency - eine Behörde mit Sitz in Washington, die einen Teil der amerikanischen Banken überwacht. In einem Untersuchungsbericht des US-Finanzministeriums wird ihr indirekt vorgeworfen, sie habe die Aufsichtspflicht verletzt, weil die Überprüfung der Ausleihungen der Penn Square Bank in Oklahoma City zu spät geschah, als diese Pleite erlitt. Das Institut war im Juli 1982 zusammengebrochen; hohe Verluste erlitten die Continental Illinois in Chicago, die Chase Manhattan und andere Banken, die Penn-Kredite über 2,5 Milliarden Dollar angekauft hatten.

Eine solche Schelte hat es bisher nicht gegeben. Zu befürchten ist aber, daß sich die Attacken gegen den Comptroller noch verstärken werden. Denn in Amerika kommt die Bankenaufsicht immer mehr ins Gerede. Man fragt sich, wie es möglich sein konnte, daß so viele Institute wie die Penn Square Bank ihre Kredite auf nur einen Industriezweig, die Öl- und Erdgasindustrie, konzentrierten, ohne dabei aufzufallen. Die Öl-schwemme hatte die Wirkung eines Wirbelsturms. Bisher machten in diesem Jahr in den USA 43 Banken Pleite - die höchste Zahl seit 1940. Nach einer Prognose des Comptrollers wird sie bis Ende Dezember 50 überschreiten. Seit Januar erhöhte sich die Zahl der Problembanken von 369 auf 614.

Besonders kritisch ist die Lage in Texas, dem Zentrum der amerikanischen Energiewirtschaft. Die große Interfirst Bank in Dallas, deren Kreditportfolio 14 Milliarden Dollar umfaßt, davon 6,4 Prozent im Ausland, erlitt Verluste von Juli bis September einen Verlust von 194 Millionen Dollar. Ein solches Quartalsminus ist in der Branche noch nicht registriert worden. Mitte Oktober ging die First National Bank in Midland unter. Sie wurde von der Republic Bank in Dallas übernommen, nachdem das US-Notenbanksystem rund 600 und die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC), die Einlagen bis zu 100 000 Dollar versichert, 100 Millionen Dollar in einer vergeblichen Rettungsaktion bereitgestellt hatten.

Midland verlor in den ersten acht Monaten dieses Jahres das gesamte Eigenkapital durch Verluste in Höhe von 121 Millionen Dollar. Es war Amerikas drittgrößte Bankpleite, gemessen an den Einlagen. Die Konkursliste führt die New Yorker Franklin National Bank an, die im Oktober 1974 dichtmachte und dann von der European-American Bank aufgekauft wurde, an der die Deutsche Bank mit einem Fünftel beteiligt ist. Ein Jahr zuvor hatte die U.S. National Bank in San Diego die Segel streichen müssen.

Zu den Ölflopfern gehören auch die Metro Bank in Midland, die National Bank in texanischen Odessa und die

Seafirst Corporation in Seattle. Die letztere wurde von der Bank of America erworben. Diese Übernahme wird als einer der Gründe bezeichnet, warum das früher größte Geldinstitut der Welt so weit hinter die Citicorp zurückgefallen ist und seit längerem mit Gewinnbrüchen zu kämpfen hat. Continental Illinois, die eine Milliarde Dollar verlor, mußte, ist in der US-Bankenhierarchie vom sechsten auf den siebten Rang gerutscht.

Attackiert wird das Büro des Comptrollers zweifellos aus verständlichen Gründen. Die Behörde hätte, so heißt es, die Banken rechtzeitig vor den damals absehbaren Zusammenbrüchen vieler Bohrgesellschaften warnen können. Bei der Penn Square wurden überdies nachträglich "Betrugsbeweise" gefunden. Hinter allem verbirgt sich die Sorge, daß sich das Energie-Debakel im Auslandsgeschäft wiederholen könnte. Noch sind hier eigentliche Verluste zwar nicht eingetreten, aber sie lassen sich nicht ausschließen. Schon jetzt drückt der nicht bediente Schuldendienst die Gewinne der Banken.

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß zahlreiche amerikanische Geldinstitute ihre Ausleihungen auf nur wenige Länder beschränkt haben. Häufig nicht eingehalten wurde der Schluß, worauf der Comptroller ebenfalls hätte achten können. Inzwischen hat der Kongreß genaue Richtlinien festgeschrieben.

TRIEBWERK-KONSORTIUM / MTU beteiligt

Für Neuentwicklung gerüstet

WOLFGANG WILL, New York
Die Zahl der selbständigen Triebwerkshersteller schrumpft: Dem Konsortium gehört die Zukunft. Das zeigte sich jetzt wieder, als in New York und London die "International Aero Engines" (IAE) gegründet wurde, die aus sieben Firmen aus fünf Nationen besteht: Auf der Basis der "Risiko-Teilung" ist IAE entschlossen, das Düsen-Triebwerk der Zukunft zu entwickeln und zu bauen, das 1988 für ein neues Flugzeug mit einem Fassungsvermögen von 120 bis 180 Passagieren zur Verfügung stehen soll. Dazu gehören Entwurfe von Boeing und McDonnell Douglas, aber für das neue Triebwerk ergeben sich auch andere Möglichkeiten: Denn die Triebwerke vieler heutiger Passagiermaschinen müssen ersetzt werden.

Das neue Unternehmen, zu dem die Motoren- und Triebwerke-Union (MTU) München/Friedrichshafen gehört, sieht für seine Neuentwicklung einen Markt von 3000 Flugzeugen oder 8000 Triebwerken, wobei mögliche militärische Aufträge nicht enthalten sind. Den heutigen Preis eines solchen Triebwerkes zugrundegelegt, bietet sich damit ein Geschäft im Werte von rund 16 Milliarden Dollar an. Darüber hinaus können in allen beteiligten Firmen und Ländern auf diese Weise Arbeitsplätze und Know-how-Kapazitäten nicht nur erhalten, sondern zusätzlich geschaffen werden - das ging aus Gesprächen mit den Repräsentanten beteiligter Unternehmen in New York übereinstimmend hervor. Wenigstens eine Milliarde Dollar müssen die am neuen Konsortium beteiligten Firmen für die Entwicklung investieren.

Konsortiumsleiter Pratt & Whitney/United Technologies (USA) und Großbritannien Rolls Royce sind in IAE mit jeweils 30 Prozent beteiligt. Eine Gruppe japanischer Firmen hält 19,9 Prozent des Aktienkapitals, Deutschlands MTU kommt auf 12,1 Prozent und Italiens Fiat Aviazione auf acht Prozent. Arbeits- oder Auftragsmäßig sieht die Verteilung, außer bei Pratt & Whitney und Rolls Royce (wieder jeweils 30 Prozent) ein wenig unterschiedlich aus: Hier kommen die Japaner auf 23 Prozent, MTU auf elf und Fiat auf sechs Prozent.

Das V-2500 genannte Triebwerk soll "letzter technologischer Schrei" sein, sich durch besondere Geräuscharmut auszeichnen und zudem einen um 14 Prozent geringeren Verbrauch haben als derzeit zur Verfügung stehende Turbinen. "Niemand zuvor haben Industriekonzerne Nord-Amerikas, Asiens und Europas gemeinsam ein technisches Entwicklungsprogramm dieser Größe mit dem Ziel, ein Düsentriebwerk zu bauen, unternommen", betonte Robert J. Carlson, Präsident bei United Technologies. Für das neue Konsortium gibt es weltweit nur die Konkurrenz General Electric/Snecma, doch deren bereits in der Produktion befindliches Triebwerk basiere auf technologischen Kompromissen und stelle keine völlige Neuentwicklung dar, heißt es bei der IEA. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Neue Privatisierungs-Kampagne

Wettbewerb für Staatsfirmen

WILHELM FURLER, London
"Es gibt in Großbritannien kein Staatsmonopol, das gegenüber einer Privatisierung sakrosankt wäre." Mit diesem Aufruf hat der neue Finanz-Schatzsekretär im Schatzamt mit Ministeramt, John Moore, offensichtlich eine neue Kampagne der Regierung für ihr Privatisierungsprogramm eingeleitet. Moore unterstrich die Entschlossenheit der Regierung Thatcher, die "schleichende Bürokratisierung der vergangenen 35 Jahre" im Bereich der Staatsindustrien durch Wettbewerb und verbesserte Effektivität abzulösen. Auf einer Tagung Londoner Börsenhändler ließ Moore keinen Zweifel daran aufkommen, daß die wohlwollende finanzielle Auswirkung des Privatisierungsprogramms auf die Staatskasse nur zweitrangig sei. Der konservativen Regierung gehe es vor allem darum, mit Fehlern wie schwacher Leistungsfähigkeit, mangelnder Dienstleistung, hohen Verlusten und ungenügender Produktivität in den meisten Staatsunternehmen Schluß zu machen.

Wenn staats eigene Firmen vergleichsweise schwach in den Bereichen Wettbewerbs- und Gewinn-

situation abschnitten und Arbeit und Kapital unzulänglich einsetzten, dann ginge dies nicht zu Lasten von Management und Belegschaft; vielmehr stünden diese einer unlösbaren Aufgabe gegenüber. Sie hätten mit dem permanenten Risiko politischer und bürokratischer Eingriffe zu leben und seien gefangen im Teufelskreis um soziale Zielsetzungen auf der einen und kommerzielle auf der anderen Seite. Gerade unter dieser Regierung mit ihrem strengen Sparprogramm hätten Staatsunternehmen häufig keine Chance, ein wirtschaftlich durchaus zu rechtfertigendes Investitionsprogramm durchzuführen.

Ganz abgesehen davon aber bestünden für staatliche Firmen keinerlei Erfolgschancen, um zu überleben. Entsprechend gäbe es praktisch keine Initiativen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit. Moore ließ ein Beispiel folgen: Das Transport-Unternehmen National Freight Company, das von seinen Mitarbeitern und Managern übernommen wurde, erwarte für das laufende Finanzjahr einen Gewinn in Höhe von 5 Millionen Pfund, nachdem im vergangenen die Verluste nicht einmal ganz verdrängt werden konnten.

SPANIEN / Westinghouse Espanola zahlungsunfähig - KWU-Projekt gefährdet

Kernkraftwerksprogramm wird gekürzt

ROLF GÖRTZ, Madrid
"Westinghouse Espanola", unter anderem mit dem Bau mehrerer Kernkraftwerke in verschiedenen Provinzen Spaniens beschäftigt, hat jetzt Zahlungsunfähigkeit angemeldet. Die spanische Tochter des amerikanischen Großunternehmens antwortet damit auf einen Beschluß der sozialistischen Regierung in Madrid, das Bauprogramm von elf Kernkraftwerken drastisch zu kürzen. Außerdem soll das großangelegte Programm zur weiteren Elektrifizierung der staatlichen Eisenbahnen (RENFE) erheblich gedrosselt werden.

Von dieser Maßnahme wird das Westinghouse Werk Renosa bei Santander betroffen, das fast ausschließlich für die RENFE arbeitet. Zu den betroffenen Werken zählt auch das halb fertige Kernkraftwerk Vandellós II bei Tarragona. Von 3000 Arbeitern, die Westinghouse Espanola beschäftigt, müssen 934 entlassen werden.

In Spanien arbeiten zur Zeit vier Kernkraftwerke, die zusammen etwa 2000 Megawatt liefern. Im Bau sind weitere elf Kernkraftwerke. Das Programm, das Spanien in Europa an die zweite Stelle nach Frankreich setzt,

soll Engpässe bei der Energieversorgung abschaffen.

Mit den 15 Kernkraftwerken wollte Spanien diese Schwierigkeiten einheimischer Energieversorgung ausgleichen und gleichzeitig die Dollar-Abhängigkeit bei der Energieimport entgegenwirken. Nach den vorliegenden Bauplänen sollten die Kernkraftwerke mit je 990 bis 1030 Megawatt Leistung bis Ende 1986 fertiggestellt werden und den Anteil der Kernkraft am Energieverbrauch im Jahr 1987 auf 16,5 Prozent erhöhen. An der Bereitstellung elektrischer Energie sollte die Kernkraft 34,6 Prozent, die Kohle 29,3 Prozent, die Wasserkraft 24,6 Prozent und das Öl 11,5 Prozent übernehmen.

Die Drosselung des Bauprogramms folgt offensichtlich politischen Überlegungen der sozialistischen Regierung, nachdem die marxistische Terrororganisation "Eta" hintereinander zweimal den jeweiligen Chefingenieur des fast fertigen Atomkraftwerkes Lemóniz an der Biscaya "hingerichtet" hatte.

Nur wenige Jahre zuvor hatte die Eta das Iberduero-Unternehmen zu dem Bau des Kraftwerks beglückwünscht, weil dadurch das Baeken-

land in seiner Energieversorgung unabhängig werden könne. Das Werk sollte die Energiekosten der um ihre Existenz ringenden Industrien des Baskenlandes um 40 Prozent senken. Bruchlegend bringt Lemóniz einen Verlust von vier Millionen Mark täglich, wie der Präsident von Iberduero der WELT gegenüber bestätigte.

Westinghouse, Nummer eins der spanischen Kernkraftwerksbauer, will sich zwar nicht aus Spanien zurückziehen, wohl aber deutlich demonstrieren, daß der Eingriff der Regierung in die Baupläne der Elektrizitätsgesellschaft Investitionsverluste von etwa neun Milliarden Mark zur Folge hat.

Wieweit die deutsche Kraftwerk Union AG (KWU) von der Regierungsmaßnahme betroffen wird, ist noch nicht abzusehen. KWU baut das Kernkraftwerk Trillo I (1030 Megawatt) bei Madrid und hat für Trillo II bereits einen Vorvertrag unterzeichnet. Wie es heißt, soll jedoch das Werk Trillo II zu den fünf Kernkraftwerken gehören, die von der Regierung aus dem Bauprogramm gestrichen wurden. Siemens-Madrid konnte dies jedoch noch nicht bestätigen. (SAD)

FAUN-WERKE / KUKA Umwelttechnik erworben

Stärkung des Programms

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Die Faun-Werke, Lauf a.d. Pegnitz, Hersteller von Nutzfahrzeugen, Baumaschinen und Kommunalfahrzeugen, haben mit Wirkung vom 1. November 1983 von der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWK) deren Tochter KUKA Umwelttechnik GmbH, Augsburg, übernommen.

KUKA Umwelttechnik ist vorwiegend in den Produktbereichen Müllfahrzeuge, Kehrmaschinen und Saugwagen tätig, beschäftigt 260 Mitarbeiter und erzielte in 1982 einen Umsatz von knapp 93 Mill. DM. Dieser lag durch Sondereinflüsse (Abrechnung des Müllkompostwerks Konstanz) zwar um 6 Prozent über dem Vorjahr, das laufende Geschäft blieb aber aufgrund der Kaufzurückhaltung der öffentlichen Hände hinter den Vorjahreswerten zurück. Das Ergebnis war negativ und dürfte auch im laufenden Jahr in Anbetracht der andauernden Marktschwäche wohl kaum besser ausfallen sein.

Den Faun-Werken, die das KUKA-Programm mit der bisherigen Belegschaft weiterführen werden, geht es bei diesem Engagement offenbar um eine Stärkung und Verbreiterung ih-

res eigenen Programms an Kommunalfahrzeugen. Das Familienunternehmen hat die Baukrise gut überstanden, was sich nicht zuletzt in einer in 1982 erzielten Steigerung des Gruppenumsatzes um 30 Prozent auf 711 (545) Mill. DM ausdrückt. Der Exportanteil am Umsatz hatte sich auf 78 (86) Prozent erhöht. Zum Ergebnis ließ es, es sei "voll befriedigend" ausgefallen.

Zu den Beweggründen für die Abgabe der mit einem Stammkapital von 5 Mill. DM ausgestatteten KUKA Umwelttechnik heißt es bei der IWK, man verfolge damit das Ziel, "die Aktivitäten auf ausgewählte Bereiche zu konzentrieren, die dadurch in Zukunft noch weiter gestärkt und ausgebaut werden könnten".

In 1982 war der Umsatz der IWK-Gruppe um 12,9 Prozent auf 946 Mill. DM gestiegen, der Umsatz des Inlandkonzerns hatte um 5,6 Prozent auf 605 Mill. DM zugenommen. Wenngleich der Auftragseingang wieder steigende Tendenz zeige, werde für das laufende Jahr 1983 ein Umsatzrückgang von etwas über 10 Prozent bei allerdings stabiler Ertragslage prognostiziert.

Wenn es dann sein muss, lasst uns doch sterben



es ist vollbracht
Lieber tot als frei
würde!

Daß er ein großer Zeichner ist, daran zweifelt niemand: Sein Genie ist unbestritten. Für viele gilt er obendrein als Kauz, als schelmischer Anarchist; sie nennen ihn einen "kindsköpfigen Tiefgründer", ganz so, als wüßten sie nicht, daß Kinder und Narren die Wahrheit sagen. Spitz, so sagt man, ist seine Feder auch, wenn er schreibt: Traktate, Pamphlete, Anzüglichkeiten. Bei solcher Lektüre empfiehlt es sich, den Ratschlag zu beherzigen, den Janssen selbst einer Sammlung seiner Aufsätze vorangestellt hat: „Laßt mir mein Unkraut, zählt nicht die Stiele, und zupft mir nicht die einzelnen Blüten zurecht. Schließt einfach die Augen und schnuppert.“ Dem Text jedoch, den Horst Janssen jetzt als langen Brief an Mylady = Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der ZEIT, geschrieben hat, ist mit Augenschließen und Schnuppern nicht beizukommen. Es geht dabei um Gott und die Welt, vor allem aber um Krieg und Frieden. Janssen: „Laßt uns doch tapfer sterben - KONVENTIONELL sterben.“



Lesen Sie Horst Janssens Brief diese Woche in der ZEIT. Der Künstler fügte dem Text diese Gebrauchsanweisung für die Redaktion bei: Darf an keiner Stelle gekürzt, verändert oder entziffert werden, auch darf mein schlechtes Deutsch nicht verbessert werden, auch dürfen keine Striche und Punkte reihen weggemacht werden - weil: Das ist mein, Joyce'sches Alkoholen und das ist mein systematisches Auftrinken von Verschiebwerken: Das alles muss so bleiben!

Darf an keiner Stelle gekürzt, verändert oder entziffert werden, auch darf mein schlechtes Deutsch nicht verbessert werden, auch dürfen keine Striche und Punkte reihen weggemacht werden - weil: Das ist mein, Joyce'sches Alkoholen und das ist mein systematisches Auftrinken von Verschiebwerken: Das alles muss so bleiben!

DIE ZEIT

Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur.

Unternehmen in Deutschland erkennen zunehmend die Vorteile des Cash Managements der Morgan Bank



Morgan Banker in Frankfurt diskutieren die Optimierung von Zahlungsströmen eines internationalen Konzerns. Von links: Guenter L. Reich, Vice President und Leiter der Firmen-Kundengruppe; Günther P. Skrzypek, Assistant Vice President und Leiter der Cash Management Gruppe; Elisabeth Haindl, Account Officer.

Hektische Märkte, Wechselkursschwankungen und das weltweit hohe Zinsniveau können multinational operierenden Unternehmen erhebliche Zusatzkosten verursachen.

Die Morgan Bank hat dieses Problem erkannt und daher ein Informationssystem entwickelt, das der Finanzzentrale eines Konzerns jederzeit Transparenz über alle Kontodispositionen und der daraus resultierenden Liquiditätslage verschafft.

Mit dem Morgan Account Reporting System, kurz MARS, haben wir als eine der ersten Banken ein vollelektronisches Datenübertragungssystem für die täglichen Kontobewegungen entwickelt.

An dieses hochentwickelte Cash Management System ist auch die Morgan Bank in Frankfurt angeschlossen. So steht unseren Kunden in Deutschland die neueste Generation des MARS-Programms zur Verfügung.

MARS kann Sie nicht nur über den Stand Ihrer DM-Liquidität informieren, sondern erlaubt Ihnen auch, Zahlungsaufträge direkt einzugeben. Die EDV eines Unternehmens kann an MARS angeschlossen werden und somit Zugang zu allen wichtigen europäischen Buchungszentren bekommen.

In unserem Frankfurter Haus befassen sich Spezialisten in Cash Management Fragen mit der Analyse der Zahlungsströme eines Unternehmens, optimaler Liquiditätsplanung und dem Devisen-Management. So können bei verbesserter Rentabilität und Risikominderung Kosten gesenkt werden.

Die Morgan Bank ist seit über 20 Jahren in Frankfurt. Mit einem Dotationskapital von DM 275 Millionen, einer Bilanzsumme von über DM 4 Milliarden und 220 Mitarbeitern gehört sie zu den führenden internationalen Banken in Deutschland.

Neben ihren traditionellen Aktivitäten im Kreditgeschäft, Devisen- und Geldhandel, Export- und Projektfinanzierungen bietet die Morgan Bank Frankfurt ihrer Großkundschaft mit dem Cash Management einen weiteren Service an.

Wenn Sie sich über Morgan's Cash Management und MARS informieren wollen, wenden Sie sich bitte an Ihren Morgan Banker oder direkt an Günther P. Skrzypek, Assistant Vice President, Leiter der Cash Management Gruppe in Frankfurt, Telefon (06 11) 71 24-223.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (06 11) 7 12 40.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mitglied der FDIC

The Morgan Bank

POLYGRAM

Immer noch außer Takt

J. BRECH, Hamburg
Rückstellungen für drohende Verluste bei Auslandsbeteiligungen, Abwertungen auf Fernseh- und Videoprogramme sowie Umsatzeinbußen bei einigen inländischen Gesellschaften haben das Ergebnis der Polygram GmbH, Hamburg, auch im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) belastet. Der deutsche Ableger des deutsch-niederländischen Musikkonzerns weist in dem erst jetzt vorgelegten Abschluss einen Verlust von 55,2 Mill. DM aus, der sich einschließlich eines Verlustvortrags von 88,4 Mill. DM auf 143,6 Mill. DM erhöht. Nach Auflösung von 40 Mill. DM Rücklagen wird in der Bilanz ein Minus von 103,4 Mill. DM vorgetragen.

Im Vergleich zum Vorjahr habe sich das Ergebnis durch Straffung und Reorganisation der Gruppe bereits wesentlich gebessert, heißt es im Geschäftsbericht. Die Lage blieb freilich so prekär, daß die Gesellschafter Siemens und Philips, die jeweils zu 50 Prozent beteiligt sind, wieder finanziellen Beistand leisten mußten. Nachdem im Vorjahr das Stammkapital um 100 auf 170 Mill. DM erhöht worden war, gewährten die Gesellschafter im Berichtsjahr insgesamt 150 Mill. DM Darlehen. Die Beteiligungsverhältnisse bei Polygram sind bislang unverändert. Über die Absicht von Siemens, den Anteil wesentlich zu reduzieren und dafür die Warner Communication (USA) an Polygram zu beteiligen, ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Der Abschluß der Polygram GmbH mit einem ausgewiesenen Umsatz von unverändert 662 Mill. DM repräsentiert nur einen Teil des Musikkonzerns. Zur Gruppe gehört daneben die Schwesterfirma Polygram B. V. Baarn/Niederlande. Beide zusammen setzen weltweit rund 2,6 Mrd. DM um. Über die Geschäftsentwicklung bei der holländischen Gesellschaft gibt es keine Angaben. Nach Abschluß umfangreicher Reorganisation erwartet die Polygram GmbH für das Jahr 1982/83 zum ersten Mal wieder einen Überschuß. Der Umsatz dürfte dagegen aufgrund von weiteren Bereinigungen im Beteiligungskreis leicht zurückgehen. Nach Jahren stürmischer und ungezügelter Expansion ist der Musikkonzern seit 1979 aus dem Takt.

OTTO-VERSAND / Hohes Ertragsniveau auch im bisher schwierigsten Jahr des deutschen Einzelhandels gehalten

Vom negativen Trend erfolgreich abgekoppelt

JAN BRECH, Hamburg
Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der Hamburger Otto Versand im Geschäftsjahr 1982/83 (28. Februar) einen Umsatzrückgang hinnehmen müssen. Im Konzern weist die Gruppe, die einschließlich ihrer ausländischen Tochtergesellschaften zweitgrößter Versender der Welt ist, zwar einen um 5,4 Prozent höheren Umsatz aus, doch stammt das Plus ausschließlich aus der erstmaligen Konsolidierung der Handelskette Feagro mit rund 404 Mill. DM Umsatz. Im reinen Versandbereich erlitt Otto einen Rückgang von 4,3 Prozent, der sich exakt im Rahmen der Gesamteinbußen des deutschen Versandhandels bewegt.

Vorstandsvorsitzender Michael Otto sieht in dem Umsatzrückgang seines Hauses freilich keine Tragödie. Angesichts der spätestens ab Jahresmitte 1982 herrschenden „permanenten Ausverkaufsatmosphäre“ habe sich zum ersten Mal die Festschreibung der Katalogpreise für den Versandhandel als Handicap erwiesen. Hinzu komme, daß die großen Sortimentsversender wie Otto gerade dort ihre Angebotschwerpunkte haben, wo am stärksten Kaufzurückhaltung getrieben wurde: Textilien und Bekleidung, Wäsche und Schuhe sowie langlebige Gebrauchsgüter mit investivem Charakter. Vor allem im wichen

tigen Herbst/Wintergeschäft, so Otto, habe es deshalb bei dem Hamburger Versender größere Einbrüche gegeben.

Daß Otto dieser „Umsatz-Ausreißer“ nicht sonderlich schmerzt, hat zwei Gründe. Einmal sei es gelungen, so der Vorstandsvorsitzende, durch eine Politik der bewußten Ergebnis-sicherung das hohe Ertragsniveau auch im bislang schwierigsten Jahr des deutschen Einzelhandels zu halten. Der Rückgang des Jahresüberschusses beim Otto-Versand hielt sich mit knapp 10 Prozent in Grenzen, die Rendite sank zwar von 3,8 auf 3,6 Prozent, signalisiert jedoch nach wie vor ungebrochene Ertragskraft.

Zum anderen, und das wertet Otto als entscheidenden Erfolg, hat sich das Versandhaus bereits in diesem Jahr wieder von dem anhaltenden negativen Trend im Einzelhandel abgekoppelt und eine eigenständige positive Firmenkonjunktur eingeleitet. Während die Branche bis Ende August noch mit 4,3 Prozent im Minus lag, steigerte Otto den Versandumsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 5,1 Prozent.

Das positive Umsatzergebnis, das auch zu einem „angemessenen Ertrag“ führen soll, begründet Otto neben der kontinuierlichen Verbesserung der kundenbezogenen Leistungen vor allem mit sortimentspoliti-

schen Reaktionen. So habe man preisaggressive Schwerpunkte gesetzt, viel in die Qualität investiert und besonders das preisliche Mittelfeld des Sortiments ausgedünnt. Statt dessen sei das Angebot um Artikel mit modischen und technischen Anreizen erheblich erweitert worden. Generell, so meint Otto, habe der Versandhandel zwar aufgehört, ein „Selbstgänger“ zu sein, doch gebe es keinen Grund, die weitere Entwicklung mit Skepsis zu beurteilen. Die Zuversicht, mit der man diesen Handelsbereich nach wie vor betrachte, lasse sich schon daraus erkennen, daß die Familie Otto den bisher von der Finanzholding General Shopping gehaltenen Anteil von 15 Prozent selbst übernommen und ihre Beteiligung wieder auf 65 Prozent aufgestockt habe. Neben der Otto AG für Beteiligungen sind das Verlagsunternehmen Brost & J. Funke GmbH & Co KG, Essen, mit 25 Prozent und die KG Anrum Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH (Kapitalgeber unter Führung der Vereins- und Westbank) mit 10 Prozent beteiligt.

Ungebrochene Versender-Dynamik beweist Otto zudem im Ausland. Expansiv ist zur Zeit vor allem das französische Versandhaus 3 Suisses International S. A., das rund 4,4 Mrd. Franc umsetzt und an dem Otto zu 50 Prozent beteiligt ist. 3 Suisses hat

gerade 49 Prozent des französischen Spezialversenders VPC Promotion mit rund 180 Mill. F Umsatz übernommen und steht kurz vor der Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung an dem Versandhaus Blanche Fort.

Auch gebe es erste Überlegungen, das junge Versandgeschäft in den USA noch abzurufen, erklärt Otto. In Amerika ist das 1982 erworbene Versandhaus Spiegel Inc. durch Einbringung von Otto-Know-how und erprobter Otto-Systeme in eine starke Wachstumsphase gebracht worden. Der 1982 erzielte Umsatz von 485 Mill. Dollar ist in den ersten neun Monaten um 21,5 Prozent, der Gewinn vor Steuern auf mehr als 10 Mill. Dollar gestiegen. In Holland schließlich hat sich Otto mit einem Umsatzvolumen von gut 100 Mill. hfl über eine 1979 gegründete Tochtergesellschaft fest am Markt etabliert.

Otto Versand	1982/83	+/- %
Gruppenumsatz (Mill. DM)	7887	+ 2,3
Konzernumsatz	4125	+ 5,4
div.: Otto Vers.	3211	- 4,7
Schwab	587	+ 6,0
Heine	349	+ 4,0
Belegat Gruppe	20451	- 2,6
Belegat Konzern	10857	+ 1,6
Jahresüberschuß	106	- 10,0
in % d. Bil.-Summe	21,0	(19,6)

SCHAPER-GRUPPE / Ergebnis verbessert

Umsatzziel nicht erreicht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das veränderte Konsumverhalten vor allem im Bereich der Artikel des täglichen Bedarfs hat bei der im Groß- und Einzelhandel tätigen Schaper-Gruppe, Hannover, im Geschäftsjahr 1982/83 ein nur „sehr gebremstes Wachstum“ zugelassen. Die vor Jahresfrist avisierten zweistelligen Zuwachsraten sind auch nicht annähernd erreicht worden. Wenn Hans Schaefer und Theodor Thiemann, Geschäftsführer der Obergesellschaft Adolf Schaper KG, dennoch von einer „zufriedenstellenden Entwicklung“ sprechen, dann dürfte diese Aussage vor allem mit Blick auf die Ertragslage getroffen worden sein.

Zwar nennt das Unternehmen traditionell keine konkreten Zahlen; Schaefer weist aber darauf hin, daß das betriebswirtschaftliche Ergebnis besser als im Vorjahr ausgefallen ist. Die günstigere Entwicklung habe ihre Ursache allein in der Stabilisierung der Kosten. Um die finanzielle Basis weiter zu verstärken – die Eigenkapitalrelation der Gruppe liegt bei 22,7 Prozent –, werden mit den Gesellschaftern derzeit Gespräche über die Erhöhung des haftenden Kapitals geführt. Schaefer strebt eine Aufstockung bei der Holding von derzeit 86 Mill. DM auf rund 100 Mill. DM an.

Im Berichtsjahr erhöhte sich der Außenumsatz der Gruppe nur um 3,1 (i. V. 13,1) Prozent auf 4,7 Mrd. DM. Flächenbereinigt entspricht das einem Zuwachs von 0,3 Prozent. Stabilisierend habe sich dabei das Eigenmarken-Programm („extra“) ausgewirkt, das mittlerweile auf 53 Artikel ausgeweitet wurde und einen Umsatz

von rund 155 (110) Mill. DM realisierte. Vom Gesamtumsatz entfielen 1,26 (1,39) Mrd. DM auf den Großhandelsbereich.

Wichtigster Umsatzträger im Einzelhandelsbereich blieben die „real-kauf“-Märkte, die den Umsatz auf 1,5 (1,4) Mrd. DM steigerten. Zu „real-kauf“ gehören mittlerweile 28 SB-Warenhäuser und neun Baumärkte. Weitere 13 SB-Warenhäuser und vier Baumärkte betreibt Schaper unter den Namen „Continental“ und „esbela“. Im Discountbereich ist das Unternehmen mit 60 „extra“-Märkten präsent, denen 14 Baumärkte ange-schlossen sind (Umsatz 835 Mill. DM). Die Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Kette „Zum bösen Wolf“ sind ausgeräumt. Die vom Kartellamt beanstandete Übernahme von fünf Filialen in Dingen wurde so gelöst, daß ein selbstständiger Unternehmer, der eng mit Schaper zusammenarbeitet, diese Geschäfte betreibt.

Die gesamte Verkaufsfläche der Gruppe hat sich im Berichtsjahr um 38 000 Quadratmeter auf 515 000 Quadratmeter erhöht. Im laufenden Jahr wird Schaper einige weitere Märkte, unter anderem in Braunschweig und Minden, eröffnen. Die Mitarbeiterzahl der Gruppe erhöhte sich auf 9900 (9820).

Vor dem Hintergrund einer besseren Darstellung der von Schaper belieferten selbstständigen Einzelhändler (rund 900) hat das Unternehmen jetzt den Einkauf neu organisiert. Künftig liegt der Einkauf zentral bei der Hannoverschen HEK Einkaufsgesellschaft mbH & Co KG. Schaefer macht keinen Hehl daraus, daß durch die Position gegenüber der Industrie deutlich gestärkt wird.

Auch BAT an Eagle Star interessiert

Der Mischkonzern BAT Industries hat jetzt den Aktionären des britischen Versicherungskonzerns Eagle Star ein Konkurrenzangebot zur Allianz-Versicherung vorgelegt. Danach bietet das aus der British American Tobacco Co. hervorgegangene Unternehmen mit 575 Pence je Stammaktie rund 15 Prozent mehr als Allianz. Aktionäre der Eagle Star, die das Angebot annehmen, haben Anspruch auf die BAT-Zwischendividende von 8 Pence netto je Aktie. Die Verwaltung der britischen Versicherung hält die Offerte für fair und empfiehlt die Annahme.

Untersagung gegen Metro International

Der Metro International KG für Werbung und zentralen Einkauf (MIKG), Düsseldorf, ist vom Bundeskartellamt – noch nicht rechtskräftig – untersagt worden, für die Aufnahme neuer Artikel in das Sortiment sowie bei der Eröffnung neuer Metro-Märkte von ihren Lieferanten von Nahrungs- und Genussmitteln besondere Vergünstigungen wie Sonderzahlungen oder Zusatzrabatte zu verlangen. Laut Bundeskartellamt mißbraucht die Metro mit dem Fördern solcher „Eintrittsgelder“ ihre marktbeherrschende Stellung. Die MIKG ist die Einkaufsgesellschaft des Metro-Konzerns.

Volksbanken-Fusion an der Niederelbe

Die Volksbanken Elmshorn und Wilster wollen fusionieren. Dadurch entsteht an der Niederelbe ein neues Institut mit 25 Filialen, einer Bilanzsumme von rund 500 Mill. DM und 11 000 Mitgliedern. Zu der Fusion kommt es, wenn die Vertreterversammlung der Volksbank Elmshorn am 10. November dem Vertrag zustimmt. Übertragen wird eine Bilanzsumme (Stichtag 30. Juni 1983) von 96,1 Mill. DM mit Kundenkrediten von 69,9 Mill. DM und Kundengeldern von 61,9 Mill. DM. Die Geschäftsguthaben betragen 1,7 Mill. DM und die offenen Rücklagen knapp 1,8 Mill. DM.

IBM stellt den Personalcomputer vor

Der amerikanische Computerkonzern International Business Machines Corp (IBM) hat den neuen – in Fachkreisen unter der Bezeichnung „Personal“ lange erwarteten – Personalcomputer vorgestellt. Das neue System soll nach IBM-Angaben voraussichtlich vom ersten Quartal 1984 an zum Preis von 669 Dollar (rund 1760 DM) geliefert werden. Zunächst wird die Nachfrage die Produktion übersteigen. „PC JR“ werde mit kabelloser Infrarot-Tastatur (82 Tasten) und Anwenderspeicher für 65 536 Zeichen ausgestattet sein und die Benutzung von Programmassetten erlauben.

NAMEN

Carl Graf von Hardenberg, Haupt-gesellschafter und Komplementär der Gräf. von Hardenbergschen Kornbrennerei Vertriebs KG, Nörten-Hardenberg, vollendet am 5. November das 60. Lebensjahr.

Hans-Jochen Klitzsch wurde zum Geschäftsbereichsleiter der Roland Berger & Partner GmbH, München,

berufen. Gleichzeitig übernahm er die Leitung des Büros Hannover der Rolandberger-Gruppe.

Rechtsanwalt Dr. Eduard Kern, früherer Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie, Bonn, wurde am 1. November 75 Jahre.

Der Merrill Lynch-Konzern:

Bilanzsumme 1982: über 20 Mrd. US-\$
Über 4,2 Millionen Wertpapierkonten
500 Niederlassungen und Büros in 29 Ländern
37 000 Mitarbeiter, ca. 10 000 Kundenberater

Bei AAA* und 12% Rendite können Sie ruhig schlafen...

...meint Merrill Lynch.

Festverzinsliche Wertpapiere, Bonds – eine zeitgemäße Kapitalanlage für alle, die ihr Geld sicherheits- und renditebewußt anlegen wollen und Jahr für Jahr kontinuierliche Zinszahlungen erwarten. Welche Bonds jedoch sind erste Qualität? Wie sieht die Rendite, die Laufzeit aus? Und wie groß ist der Renditevorteil gegenüber herkömmlichen Kapitalanlagen?

Zur Zeit können Sie noch US-\$-Bonds mit über 12% Verzinsung erwerben. Wir nennen Ihnen gerne die Papiere, die genau Ihrem Anlageziel entsprechen. Immerhin ist Merrill Lynch eines der führenden Investmenthäuser im Handel mit Euro- und US-Inlandsanleihen.

Ein weiterer Vorteil eines Engagements in z. B. US-Obligationen: Sie können täglich gekauft und verkauft werden. Eine lange Laufzeit beeinträchtigt nicht Ihre Liquidität, weil Sie auch kurzfristig Verkaufsentscheidungen treffen können.

Wir kennen den amerikanischen Markt, kennen die Vorteile und Risiken von US-Anleihen und deren Qualität. Deshalb sollten Sie zunächst mit dem Berater von Merrill Lynch sprechen – damit Sie ruhig schlafen können. Schließlich sind wir Spezialisten für seriöse Investitionen.

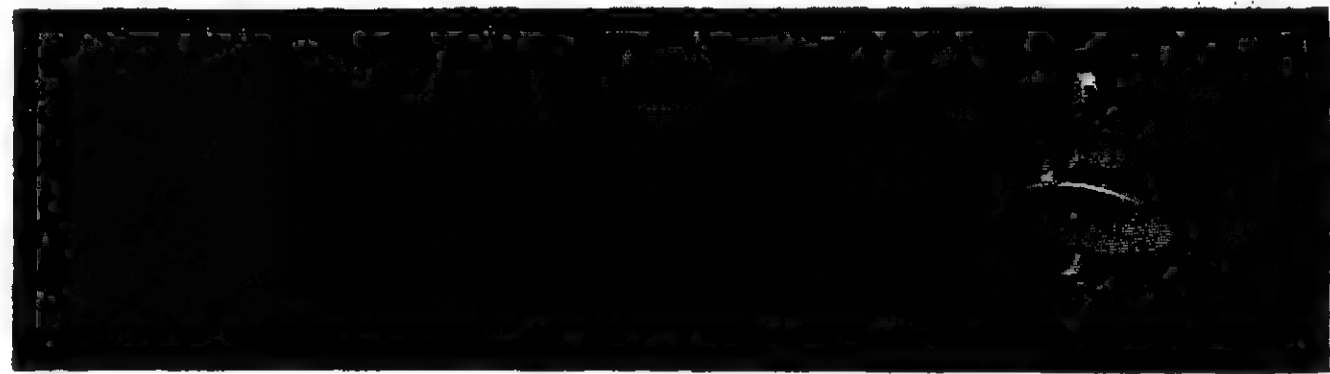
* AAA oder „Triple A“ ist die beste Bewertung eines festverzinslichen Wertpapiers in den USA.

Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

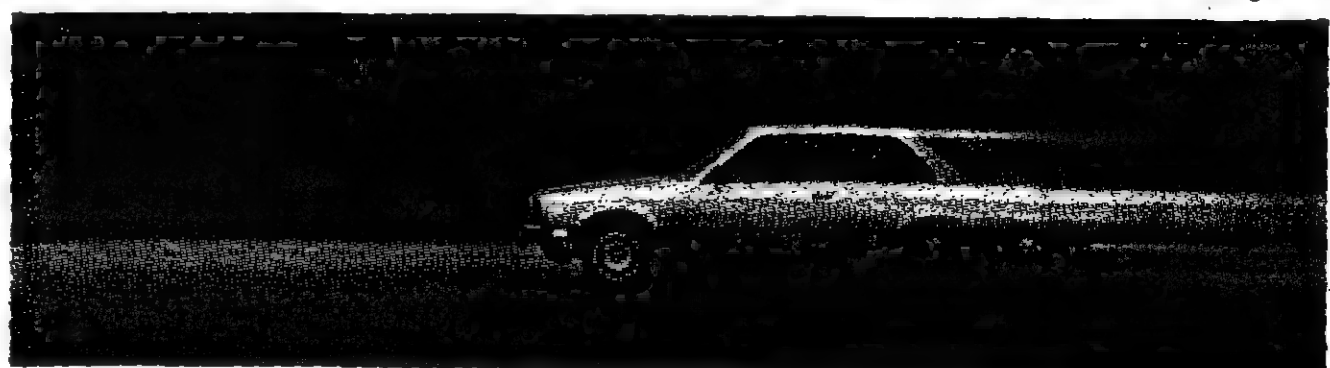
4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Telefon 0211/4 5811
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Telefon 0611/71530
2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Telefon 040/321491
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Telefon 089/230360
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Telefon 0711/22200

Merrill Lynch

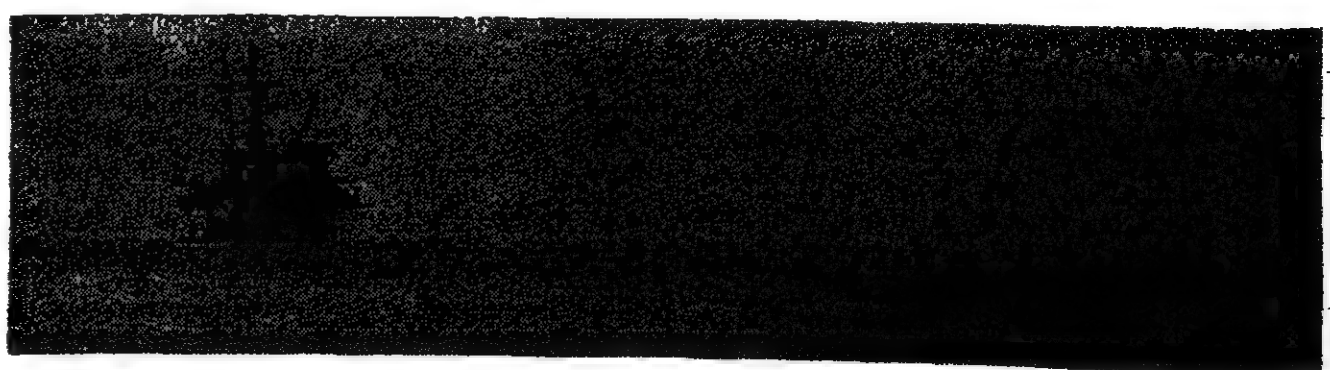
Ein führendes Investmenthaus auf dem Finanz- und Kapitalmarkt USA



TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.

© TRW Inc., 1983
TRW ist der Firmenzeile des TRW Inc.
TRW Inc., Cleveland, Ohio, USA

TRW

[illegible]

Wir trauern um

Dr. jur. Gerhard Prinz

Mitglied des Aufsichtsrates der BASF Aktiengesellschaft

Mit ihm verlieren wir eine große Persönlichkeit, die stets um das Verbindende bemüht war. Wir haben seinen von unternehmerischem Weitblick geprägten Rat sehr geschätzt.

Im Juni dieses Jahres wurde der Verstorbene in den Aufsichtsrat unseres Unternehmens gewählt, doch blieb zu unserem großen Bedauern nur wenig Zeit für eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Wir werden diesem hervorragenden Mann stets ein ehrendes Andenken bewahren.

BASF Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Vorstand

Wir betrauern den unerwarteten Tod unseres Aufsichtsratsmitglieds

Dr. jur. Gerhard Prinz

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unseres Hauses seit 1976 an.

Mit seiner großen Erfahrung und seinem fundierten Wissen gab uns Herr Dr. Prinz Rat und Hilfestellung in vielen für die Entwicklung unseres Unternehmens wichtigen Entscheidungen. Für sein Engagement und sein Vertrauen schulden wir ihm aufrichtigen Dank.

Wir werden dem Verstorbenen ein bleibendes Gedenken bewahren.

Gütersloh, den 3. November 1983

BERTELSMANN
AktiengesellschaftAufsichtsrat
Vorstand

Am 28. Oktober 1983 verstarb in seinem 60. Lebensjahr

Herr Oberingenieur, Dipl.-Ing.

Wilhelm Breitwieser

Besitzer im Geschäftsbereich „Vertrieb und Kraftwerkstechnik“

Herr Breitwieser gehörte unserem Unternehmen viele Jahre in verantwortlicher Stellung an. Als Oberbauleiter stand er in den letzten Jahren bei den Projekten Kalkar, Buschhof/An und Al Khobar/Saudi-Arabien im Brennpunkt unserer geschäftlichen Aktivitäten.

Wir verlieren in Herrn Breitwieser einen hervorragenden Fachmann und besonders befähigten Vorgesetzten. Seine unermüdete Einsatzbereitschaft, seine ausgesprochene Umsicht, verbunden mit einer nahezu unerschöpflichen Tatkraft, und sein in vorbildlicher Weise ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein werden uns ebenso schmerzhaft fehlen wie seine aufgeschlossene, geradlinige Wesensart und sein hoher Sinn für Gerechtigkeit.

Herr Breitwieser hat sich in den langen Jahren seines Schaffens die Wertschätzung und Zuneigung aller erworben, die ihn kannten, und sich in besonderer Weise um das Unternehmen verdient gemacht.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Gütersloh, den 2. 11. 1983

KRAFTWERKE UNION AKTIENGESellschaft
Bartels, Frewer

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein.
Jesaja 43, 1

Mein geliebter Mann, unser Vater, Großvater, Bruder und Schwager

Dr. jur. Gotthard Freiherr von Falkenhausen

geb. 20. 1. 1899

gest. 1. 11. 1983

ging heute ein in den ewigen Frieden.

Wir sind dankbar für das Vorbild seines Lebens.

Annemarie Freifrau von Falkenhausen, geb. Körte
Dr. jur. Bernhard Freiherr von Falkenhausen
Dr. med. Bettina Freifrau von Falkenhausen, geb. Frein von Biedermann
Gabriele Freifrau von der Borch, geb. Frein von Falkenhausen
Adrian Freiherr von der Borch
Dr.-Ing. Hasso Freiherr von Falkenhausen
Sitta Freifrau von Falkenhausen, geb. Gräfin von Pfeil
Angelika Freifrau von Falkenhausen
Dr. phil. Vera Frein von Falkenhausen
Andrea Gräfin von Bernstorff, geb. Frein von Falkenhausen
Cornelius Graf von Bernstorff
Dreizehn Enkel
Helene von Koenigswald, geb. Frein von Falkenhausen
Frieda Körte
Elisabeth Freifrau von Falkenhausen, geb. von Oppen
Gabriele Freifrau von Falkenhausen, geb. von Taysen

Essen-Bredeney, Brachtstraße 21

Der Trauergottesdienst findet statt am Montag, dem 7. November 1983, um 12.30 Uhr in der evangelischen Kirche in Essen-Bredeney, Heierbusch (an der Meisenburgstraße). Anschließend ist die Beisetzung auf dem Friedhof Meisenburgstraße.

Anstelle von Blumen erbitten wir eine Spende an die Bodelschwing'schen Anstalten in Bethel, Postscheckkonto Hannover 19 04-300.

Baumängel

ABC der Grundstoffe
DM 29,80
Holzbau I + II
DM 33,50
Grund + Gebäude
Wertschätzung
DM 17,50
NN-bar od. V.-Scheck
Baurat a. D. H. Ries
Am Waldrand 87
6800 Mannheim 81

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.



WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Vollstündige Deutsche
Kriegsgräberpflege e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto
Hannover 1033 60-301

Liebe ist ...

wenn Sie
ein Kind vor dem
Verhungern retten.

Wir vermitteln Ihnen die persönliche Patenschaft

mit einem hungrigen Kind. Das kostet Sie nur ein wenig

Liebe und DM 45,- im Monat (steuerlich absetzbar).

CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.

Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postscheckkonto 1710-702 PSA

Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinder-

hilfswerke der Welt und betreut schon über 260.000 Kinder.

Mit Sicherheit Steuern sparen, Kapital bilden und Ihre Zukunft solide absichern.

**Bis zu 50% Steuern sparen
durch Berlin-Darlehen**

Mit dem A & B Programm der ALBINGIA gehen Sie auf Nummer sicher. Sie zahlen für das Anlagejahr bei minimalem Kapitaleinsatz nur noch bis zur Hälfte Ihrer Steuern, bilden dabei Vermögen und sichern Ihre Zukunft vernünftig ab. Ihre Partner sind: Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin, Hamburgische Landesbank und die ALBINGIA Versicherungsgruppe, Hamburg. Information durch Versicherungsbüro Drignath, Postf. 231, 4150 Krefeld 1, Tel. 0 21 51 / 2 80 11

Das WELT-Angebot:

Eine attraktive Dankeschön- Prämie,

wenn Sie der WELT einen
neuen Abonnenten vermitteln.

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweise für den neuen Abonnenten:

Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30,

2000 Hamburg 36, Telefon 347-45 56

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:

Bitte schicken Sie mir als Prämie

- ☐ den Taschenrechner, der druckt und anzeigt
☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift des Vermittlers: _____

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsfeld für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

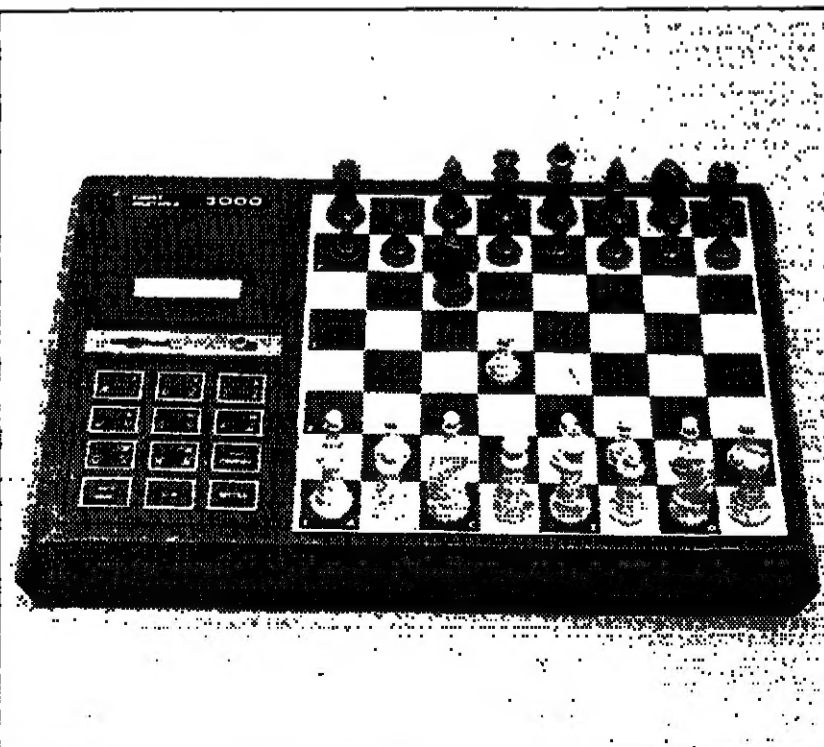
Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____



Ein Schach-Computer

Der „Chess-Partner 3000“ mit Figuren hat acht Schwierigkeitsgrade, die auch während des Spiels verstellbar sind und eine batteriebetriebene LCD-Anzeige. Regelwidrige Züge nimmt er nicht an. Falsche Züge können zurückgenommen, Spielsituationen eingegeben, Figurenpositionen überprüft werden.

Diplomaten, ratlos

R.K.B. - Viele Medien nennen sie "Inoffiziell", die deutschen Schriftsteller. Doch handelt es sich da mehrheitlich um einen Haufen Schreibmaschinenbesitzer, die im VS organisiert sind und den Vorsitzenden Engelmann immer wieder mit großer Mehrheit im Amt bestätigen, gleichgültig, wieviel unverantwortlichen Blödsinn er im Namen dieses VS von sich gibt. Vor einem Jahr sind einige ausgetreten, und jetzt, nach Engelmanns Anpöbelung Manes Sperbers und dem kühnen Telegramm an den polnischen Staatschef mit der Forderung um Zulassung "eines" Schriftstellerverbandes, jetzt schreiben zwanzig Mitglieder, darunter Grass und Böll, sie verlangen eine Diskussion im Verband. Engelmann hat außerdem Engelmann zum Rücktritt aufgefordert.

Alles fromme Wünsche und hoffnungslose Forderungen. Die große Mehrheit der deutschen Schriftsteller bleibt ihrem Engelmann treu. Nur, wer sind denn diese Scharen von engelmanngetreuen "Schriftstellern"?

Und warum treten die Zwanzig nicht aus dem Verband aus, Grass und Böll an der Spitze? Weil der Verband ihnen trotz allem teuer ist und sie seine Ziele lediglich durch diesen Engelmann (und seine überwältigende Mehrheit) geschädigt sehen?

Aber wenn ein Vorsitzender und die Mehrheit die Verbandsziele anders interpretieren als die paar prominenten Gründer, dann gibt es doch nur eins: Die Zwanzig treten kurzerhand aus. Ja, aber dann wird ja Engelmanns Mehrheit noch größer. Gewiß, aber der bescheidene Rang dieses Verbandes, dem zahlreiche wirkliche deutsche Schriftsteller sowieso nie angehört, wird dann immer bescheidener.

Es mag Gründe für die Protestierenden geben, nicht auszutreten und lieber immer wieder zu protestieren, wenn in ihrem Namen Mist vertrieben wird. Aber was für Gründe? Ich komme nicht drauf. Ich bin kein Diplomat. Aus einem von mir mitbegründeten Verband bin ich ausgetreten und habe ganz undiplomatisch meinen Grund publiziert. Aber die Gründe für das Verbleiben mißbrauchter Männer im VS würde ich wirklich gern. Wer kann mir helfen?

Film: Der Affenreißer

Showdown mit Belmondo

Ein Mann sieht rot: Belmondo als Krimalkommissar, der ewigen Hemmnisse durch den Rechtstaat überwindet, greift zum Ballermann und befördert den Oberboß der Rauschgiftbanden: ins ewige Drogenparadies. Und jetzt dann ein ewiges Jungeländchen auf. Wer kann ihm da noch böse sein? Ein Mann sieht aber auch rosa: wieder der gleiche Belmondo, was seine Filmkarriere nicht. Denn allmählich mag man nicht mehr glauben, daß er, der mittlerweile auf dem Buckel hat, den alten, den alten Donnerschlag noch lange mimen kann.

Auf die Frage, wie es denn weitergehen solle, ob er denn der ewigen Actionplots nicht überdrüssig sei und etwa mit dem verwaisten Platz von Jean Gabin liebäugelte, hat Belmondo bisher immer nur die Antwort gegeben, er wolle das bleiben, was er sei. Nun ja, was die Götter lassen, den erfüllen sie seine Wünsche. Und Pech für einen Regisseur, der in den Bannkreis eines Monomane gerät, der offenbar über den Tellerrand nicht hinausschauen kann. Wie für Jacques Dreyer etwa, der 1978 mit Belmondo noch den sehr anschauswerten Krimi "Borsalino" gemacht hat.

Das ist dreizehn Jahre her. In dem neuen Film ist Dreyer zum Stowwerger der Klischeefigur geworden, der der Belmondo selbst gemacht hat. Daß eine Geschichte praktisch nicht statufindet, hätte dabei nicht unbedingt von Übel sein müssen. Schließlich kann man durch hingeworfene Handlungsfetzen die Phantasie des Zuschauers anregen und aus Bruchstücken allmählich ganze Charaktere zusammensetzen. Nicht so aber, wenn der Held Belmondo heißt und man weiß, was man erwartet: eine merke Figur, schnell mit den Fäusten, niegig bei den Damen, immer einen roten Spruch auf den Lippen.

Alles was Dreyer macht, ist, Belmondo die Bühne freizuräumen für immer neue Auftritte, die sich in permanenter Weise ähneln. Ein Showdown ohne Ende: Belmondo verurteilt einen Gangster nach dem anderen (auch mal einen Kollegen, der sich an einer Frau vergreift), wobei sich lediglich das Kaliber der Waffen vergrößert. Spannung will da nicht aufkommen, wenn sich alles bloß im Kreis dreht. Eine fide Einnahme-Show, in der Belmondo die Reste seines Mythos zelebriert.

SVEN HANSEN

Trierer Symposium: Chinas Ärger mit Karl Marx

Eine Theorie zur Volksberuhigung?

Als japanische Journalisten Chinas Generalsekretär Hu Yaobang kürzlich in Peking fragten, was denn unter einem Sozialismus chinesischer Prägung zu verstehen sei, antwortete Hu: "Das heißt für unsere Partei und unser Volk, sich nicht vom Dogmatismus oder Bücherwissen leiten zu lassen, also von der Praxis und nicht von einer abstrakten Definition. Zugleich sagen wir den anderen Staaten, die sich als sozialistisch bezeichnen, daß sie uns nicht kopieren sollen."

Diese Umschreibung läßt erkennen, daß die sozialistische Volksrepublik noch immer um ihr Verhältnis zur marxistischen Lehre, die chinesischen Eigenverständnis nach ihr geistiges Fundament bildet, ringt. Der traditionellen Marxismus-Leninismus, seit 1949 als Staatsreligion betrachtet, beginnt nämlich erst jetzt wieder unter der neuen pragmatischen Politik zu einem Forschungsgegenstand zu werden, der auf seine Verwendbarkeit abgeklopft werden darf. Dabei setzt sich Chinas Führung heute darüber hinweg, ob jede neue Maßnahme sich mit Marx legitimieren läßt oder nicht. Seine kritische Rezeption aber steht nicht nur aus politischen Gründen auf schwachen Beinen. Das Gesamtwerk von Marx liegt nämlich erst seit dem hundertsten Todestag des deutschen Revolutionstheoretikers in diesem Jahr in China in einer vollständigen wissenschaftlichen Übersetzung vor.

Dieser Wandel in der Annäherung Chinas an Marx spiegelt sich auch in den Auslandsbeziehungen. War das Geburtsjahr von Karl Marx in Trier bislang nur eine Pilgerstätte, so hat sich jetzt die Zusammenarbeit mit dem angeschlossenen Studienzentrum kräftig entwickelt. Im Mai dieses Jahres kamen erstmals chinesische Forscher zu einem internationalen Marx-Symposium nach Trier. Im Gegenzug schickten die Trierer eine Ausstellung über das Leben von Marx nach Peking. Worauf die Chinesen dem Marx-Haus eine Übersicht zur Verfügung stellten, die anhand von 220 Erstausgaben, Fotos und Dokumenten - oft Unikaten, die in China als Staatsarchiv gehen - "Die Verbreitung des Marxismus in China" dokumentiert. Und im Rahmen dieser Ausstellung fand jetzt ein Symposium zum gleichen Thema statt, zu dem ebenfalls wieder die wichtigsten Marx-Übersetzer aus Peking kamen.

Bislang hatte die Rezeption seines Werkes in China der Marx-Forschung viele Rätsel aufgegeben. Dabei standen zum einen Übersetzungstechnische Fragen im Vordergrund, denn die chinesische Sprache konnte den marxistischen Wortschatz nur in wenigen Fällen durch die tonale Umschreibung neu bilden (etwa Luogü für Logik). Somit mußte sie die neuen Wörter in bereits bekannte Bedeutungswörter zerlegen (etwa Lehre vom gemeinsamen Besitz für Kommunismus). Zum anderen aber mußte bedacht werden, daß China zur Zeit von Marx ein feudales Agrarland war, während der Marxismus ein Produkt der westlichen Zivilisation war. In der Vergangenheit klammerten chinesische Untersu-

chungen solche Fragestellungen weitgehend aus.

Die Trierer Ausstellung vermittelt da nun ein differenzierteres Bild. Über Jahrzehnte kämpften chinesische Übersetzer mit der mühsamen Übertragung der Werke von Marx. Erst 1938 konnte "Das Kapital" - eine Glanzleistung der Übersetzungskunst - fertiggestellt werden. Allerdings muß es für die hauerlichen Guerrillatruppen ungefähr ebenso dienlich gewesen sein wie die Übertragung der militärpolitischen Schriften Engels ein Jahr später. Denn die erfolgreiche Guerrillastrategie fand ihre Grundlagen in den 36 Kriegslisten des altchinesischen Philosophen Sun Zi. In den Übersetzungen zuerst aus den oft falschen japanischen Vorlagen, dann aus dem Englischen und schließlich aus dem Russischen potenzierten sich die Fehler. Erst nach der Gründung der Volksrepublik begann eine systematische Überprüfung, zu der - recht spät erst - auch die deutschen Originale herangezogen wurden.

Der Name von Karl Marx taucht zum ersten Mal fünfzehn Jahre nach seinem Tode in einem chinesischen Buch auf. Es ist ein Buch von Benjamin Kidds, das von dem in Shanghai lebenden britischen Missionar R. Timothy 1899 ins Chinesische übersetzt wurde. Das Buch trug den Begriff der klassischen chinesischen Philosophie "Lehre von der großen Harmonie" als Titel, und Marx wurde als Begründer einer Theorie vorgestellt, die zur Beruhigung der Volksmassen "dient".

Erst drei Jahre später korrigierten der Sozialreformer Liang Qichao und 1903 besonders Ma Yunbu, der den Begriff des "Klassenkampfes" als eine Schlüssel der Geschichte als eine Grundausgabe von Marx hervorhob, dieses falsche Bild. Es war jedoch nicht der "Marxismus" der diese Sozialrevolutionäre anzog, sondern die Idee einer egalitären Philosophie. Der Marxismus bildete jedoch nur eine kleine Randströmung in dem breiten Spektrum der über Europa oder Japan nach China eindringenden Ideen. Entsprechend stritten sich Chinas Republikgründer Sun Yat-sen und der Sozialreformer Liang Qichao, was unter Sozialismus in China überhaupt zu verstehen sei.

Die Stärken der Ausstellung liegen in der Dokumentation dieses Zeitraumes und der fruchtbaren Phase der kulturellen Revolution 1919, bevor sich dann in der Verbindung mit dem Leninismus und der Kombination von Theorie, Praxis und Organisation der Marxismus nach 1930 zum Programm formierte. Seitdem dient er der Legitimation einer Revolution, die erfolgreich war, weil sie sich nicht an ihn hielt, sondern an die Gegebenheiten Chinas.

Das Symposium ließ offen, wie sich künftig die Marx-Rezeption in China entwickeln wird. Sicher ist jedoch, daß gegenwärtig eher die Modernisierung des Landes als - wie in der Kulturrevolution - der "Klassenkampf" im Vordergrund stehen. Dabei wird man mit Marx und Mao argumentieren, in der Praxis jedoch pragmatisch handeln.

JOHNNY ERLING

ZEITSCHRIFTENKRITIK: "Magazine Hebdo"

„Riecht nach Giscard“

Der Krieg der französischen Wochenmagazine gilt als ein Kampf "H. contra H.". Die Herausgebergruppe mit "Figaro Magazine" (Auflage 550 000), "Madame Figaro", "France Magazine" (530 000, Wochenendausgabe der Tageszeitung "France-Soir") gegen die Gruppe Hachette-Flapacchi mit "Paris-Match" (900 000) und dem Damenmagazin "Elle". Nur politisch ist da kein Pfeffer drin. Seit der Herausgeber des "Figaro Magazine", Louis Pauwels, sich aus einem ganzen Bündel von Gründen von der "Neuen Rechten" getrennt hat, gibt es politisch und weltanschaulich zwischen den fünf genannten Magazinen keine wesentlichen Gegensätze mehr.

Das Interesse der politischen Beobachter konzentriert sich deshalb auf zwei von kleineren Presse-Gruppen getragene Neugründungen von Wochenmagazinen: "Les Nouvelles" (bisher neun Ausgaben) und "Magazine Hebdo" (bisher sieben Ausgaben). Beide wollen Sprachrohr für politische Lager sein, die weder bei Hachette noch bei Hachette zu Worte kommen: "Les Nouvelles" für die Linke, "Magazine Hebdo" für die Rechte.

Über die Schwierigkeiten von "Les Nouvelles" haben wir bereits berichtet. Angesichts der Pleiawirtschaft der Volkfrontregierung und der wachsenden Gereiztheit der Bevölkerung gegen alles "Rote" ist es heute in Frankreich ein zweifelhaftes Vergnügen, ein linkes Organ zu machen, das mehr als ein paar intellektuelle Ansprachen soll. Wie der Wind weht, sieht man schon am prallen Inseratenteil des "Magazine Hebdo" ("Hebdo" von hebdomadaire = wöchentlich), der die beiden Großkonzerne sehr beunruhigt.

ANTON MADLER



Design und Architektur sind bei ihm nicht zu trennen: Gaudís Kirche der Götter-Kolonie in einer Vorstadt Barcelonas

Gaudi als Designer - Ausstellung des badischen Kunstvereins in Karlsruhe

Von Kopf bis Fuß auf Stil bedacht

Am 1. Juni 1926 wurde der 74-jährige Antoni Gaudí in Barcelona von einer Straßenbahn überfahren. Er befand sich auf einem Beteiligungs-Geld für seine Kirche zu sammeln. Die Kirche "Sagrada Família" blieb bis heute unvollendet, doch auch das unvollendete Bauwerk hat Gaudí Namen in aller Welt gebracht. Pevsner nannte ihn "das einzige Genie des Jugendstils". Ein Genie war dieser Katalane zweifellos; aber auf den Jugendstil läßt sich nicht begrenzen - und auch nicht auf die Architektur. Was immer Gaudí baute, Paläste, Villen, Wohnhäuser, Gärten, Kirchen, Kapellen, er hat sie bis ins letzte Detail innen und außen durchgeplant und verwirklicht; nichts hat er ausgelassen von der Türklinke bis zum Fahrstuhl, vom Schuhstreifen bis zum Wetterhahn.

Neugier und besondere Erwartungen waren also berechtigt, als der badische Kunstverein in Karlsruhe eine Ausstellung "Gaudí als Designer" ankündigte. Die formale Phantasie und ihre ideale handwerkliche Verwirklichung werden naturgemäß in kleinen Details evident, als in der monumentalen Architektur. Man dürfte sich auf Prototypen der Formgebung und der Kunstfertigkeit gefaßt machen. Aber leider mußte man in

der Ausstellung derlei Erwartungen rasch zurückstecken. Es sind nur Fotos zu sehen und sieben kleine originale Messingstücke.

Die Ausstellung wurde von der Architektenkammer Barcelona zusammengestellt und besteht aus 220 Fotografien, alle schwarzweiß, bis auf ein paar farbige wiedergegebene Glasfenster. Der Katalog setzt Spanisch- oder Englischkenntnisse voraus; auch in Karlsruhe hat man sich nicht die Mühe gemacht, die Texte zu übersetzen. Das ist natürlich nur ein halber Genuß und eine halbe Information. Denn es kommt ja nicht nur auf die Formen an - ihren wunderbaren Reichtum erkennt man auch im Foto -, sondern gleichermaßen auf die Farbe und das Material; gerade darin erweist sich ja das erfinderische Genie des Designers wie des Architekten Gaudí, der ohne Farbe nicht auskommt und Materialien verwendet und austauscht gegen alle Konvention und Erfahrung, der Dinge aus Stein bildet, die vordem nur in Metall denkbar waren oder umgekehrt. Keramik, Glas, Holz verändern sich förmlich unter neuen Funktionen.

Folkloristische Korbflechtereien beugen uns im Güell-Park als Materialgeflecht, ebenso verwandeln sich Netze aus Seil in eisernes Gitterwerk um nur wenige Beispiele zu nennen.

All das taßt sich im Schwarzweiß-Foto nicht mit.

Gleichwohl bleibt die Ausstellung interessant und verdienstlich. Denn all diese Einzelheiten mit ihrem faszinierenden Formenreichtum sind gemeinhin auch Kennern Gaudíscher Bauten weithin unbekannt. Hier nun sind - wie gesagt - vom Schuhstreifen bis zum Wetterhahn auf dem Güell-Palais, vom Türschloß bis zu den Büromöbeln und den Porzellanfliesen im Haus Calvet wahre Design-Kunstwerke, desgleichen an Gittern, Geländern, Türen und Treppen, an Tüfelungen und Stuckdecken wenigstens in Großfotos zu bewundern, von denen man sonst keine Vorstellung hätte.

Wie wenig übrigens der Designer Gaudí von dem Architekten zu trennen ist, läßt das Buch von Ignasi de Solà-Morales "Gaudí" (Klett-Cotta, Stuttgart, 128 S., 168 Abb., 68 Mark) erkennen, das jetzt gerade in deutscher Fassung erschien. Es stellt alle wesentlichen Arbeiten in ihrer Durchdringung von innen und außen als eine Art architektonisches Gesamtkunstwerk vor, das sich vor allem dem Willen des Gestalters unterworfen hatte. (Die Ausstellung geht bis zum 20. 11. 83; Katalog 19 Mark).

EO PLUNION

Von Harmoncourt restaurierter Originalton: Händel, Bach, Purcell

Die Herde weidet im Sechsstücktakt

Nikolaus Harmoncourt, der Staranwalt für alte Musik, bestellt das Terrain der originalen Aufführungspraxis schon längst nicht mehr allein. Das Paket neuer Harmoncourt-Aufnahmen, das die Hamburger Teldec aus betriebsinternen Jubiläumsgründen jetzt veröffentlicht, enthält auch Händels "Messias" - und von diesem Werk existieren inzwischen nicht weniger als vier Aufnahmen mit Original-Instrumenten.

Genügend Gelegenheit also zum Vergleich - nicht nur mit Karajan und anderen Vertretern jenes freieren Barock-Verständnisses, sondern eben auch mit Gleichgesinnten. Und da ist eine interessante Entdeckung zu machen: Gegenüber den Versionen seiner englischen Kollegen Christopher Hogwood und John Eliot Gardiner klingt Harmoncourts "Messias" nämlich erstaunlich unspektakulär und klugpragmatisch, fast könnte man sagen: romantisch. Da werden keine Tempel überhitzt (wie es Gardiner gelegentlich passiert), da wird liebevoll und klugbewußt ausmustert, während die Forscher Tempel der Harmoncourt-Konkurrenten manchmal Defizite an Sinnlichkeit und Ausdruckskraft zur Folge haben.

Sein besonderes Augenmerk richtet Harmoncourt seit je auf die strikte Einhaltung der Tempel von Tanzsätzen, die seiner einleuchtenden Auffassung nach auch als Tänze wiedererkennbar sein müssen. Namentlich dort werden infolgedessen die Auf-

fassungs-Unterschiede zwischen Harmoncourt und seinen Kollegen deutlich: der Sechsstücktakt der berühmten Arie "Er weidet seine Herde" beispielsweise hat bei Harmoncourt - und nur bei ihm - jenen weichen wiegenden Siciliano-Charakter, der von Händel zweifellos gemeint ist.

Natürlich sind Harmoncourts Platten nicht nur eine Lektion über die richtigen Tempel von Tanzsätzen. Die überragende Bedeutung des Österreichers liegt darin, daß er seine Hörer lehrt, Leidenschaftlichkeit in einer Musik wahrzunehmen, die nicht über das Ausdrucks-Repertoire des 19. Jahrhunderts, die weder über Wagner-Tuben noch über die harmonischen Errungenschaften des Tristan-Akkords verfügt. Mit welcher glühenden Intensität auch vor 250 Jahren schon Musik gemacht wurde, läßt sich nicht nur beim "Messias", sondern auch bei Bachs Kantate "Der zufriedengestellte Äolus" oder bei Henry Purcells Oper "Dido und Aeneas" nachhören: statt eingeebeter, polierter Klangflächen harte, aggressive Artikulation; statt Schwellen in vermeintlich schönen Klängen radikale Textverdeutlichung und polyphone Transparenz. Der Eingangschor der Bach-Kantate etwa war wohl überhaupt noch nie so engagiert, so plastisch zu hören.

Ein ähnliches Aha-Erlebnis, wie Harmoncourt es seinem Publikum seinerzeit durch die spektakuläre

Neudeutung von Bachs Brandenburgischen Konzerten bescherte, steht Barock-Liebhabern auch bei Händels zwölf Concerti grossi opus 6 bevor. Nicht nur, daß bestimmte Raum- und Echo-Effekte durch die überlegte Instrumenten-Aufstellung überhaupt erst hörbar gemacht werden. Bei Harmoncourt klingt's bestend vor Vitalität, prickelnd, aufwühlend. Bei ihm wird nachvollziehbar, warum Händel seine Hörer nach der vorhergehenden Gemüts-Erregung in Harmonie entspannen wollte, weshalb er die Konzerte meist mit einem konventionellen Menuett beschloß.

Doch selbst diese beruhigenden Menuett-Ausklänge verfügen in Harmoncourts Interpretation noch über genügend musikalischen Zündstoff. Wer also bloß barocke Hintergrundmusik fürs sonstige Fröhlichkeit sucht, sollte um diese Platten einen möglichst großen Bogen machen.

Harmoncourt und sein ausgereicherter Conventus musicus Wien sind übrigens demnächst auch live zu hören: am 16. 11. beginnen sie in Nürnberg eine Deutschland-Tournee, mit Stationen am 17. in Kassel, vom 18. bis zum 20. in Frankfurt, am 27. 11. in Bad Godesberg.

STEPHAN HOFFMANN

Georg Friedrich Händel: Der Messias, Teldec 6.35617 (3 LP); Händel: 12 Concerti grossi op. 6, Teldec 6.35618 (3 LP); Johann Sebastian Bach: Der zufriedengestellte Äolus, Teldec 6.42915; Henry Purcell: Dido und Aeneas, Teldec 6.42919.

Jesus und PLO: R. Guttuso erneuert die Fresken von Sacro Monte

Wer Menschen malt, malt Heiliges

Die Landart wurde zur Zeit der Gegenreformation in Norditalien erfunden. Zum Schutz und zur Stärkung des katholischen Glaubens gegen die protestantische Gefahr, die in den Waldensertälern des Aostals brütete und vom Norden her über die Berge stieg, verwandelte man acht Hügel im Voralpenland in Heilige Berge, in Sacri Monti. Kapellen mit den Stationen der Heilsgeschichte führen jeweils zu einem Wallfahrtsort auf der Spitze. Neben Gruppen überlebensgroßer naturalistischer Skulpturen enthalten diese Kapellen auch mehr oder minder bedeutende Fresken.

17. Jahrhundert zernagt. Deshalb bat der zuständige Geistliche, der Exekretär von Papst Paul VI., den wohl bekanntesten der italienischen Maler, Renato Guttuso, hier ein neues Wandbild anzufertigen. Andere bedeutende Künstler sollen ihm folgen, um dem Sacro Monte neuen Glanz zu geben.

Renato Guttuso ist nicht nur ein großer realistischer Maler, dessen Bilder in den glühenden Farben seiner sizilianischen Heimat oft soziale Themen haben, er ist auch als glühender Vertreter der kommunistischen Partei Mitglied des Senats. Daß Kommunismus in Italien anders ist als in anderen Ländern, ist bekannt. Daß ein 70-jähriger kommunistischer Senator jeden Morgen auf ein Gerüst steigt, um "Die Flucht nach Ägypten"

zu malen und sein Werk dem Heiligen Berg zu schenken, ist schon eher erstaunlich. Es wird, wie die Anfänge zeigen, ein großes Kunstwerk werden.

Befragt, wie sich das evangelische Thema mit seinem politischen Credo verträgt, antwortete Guttuso: "Es ist ein zeitloses und ganz aktuelles Thema. Palästinenser auf der Flucht. Wer Menschen malt, malt immer etwas Heiliges. Mein Bild soll von der Not der Vertriebenen aller Zeiten erzählen." Joseph und Maria samt Jesuskind also als Palästinenser. Das ist gewiß eine recht neuartige Deutung. Vor allem weil dabei offenbleibt, ob sie vor einer PLO oder zu ihr flüchten.

MONIKA VON ZITZEWITZ

JOURNAL

Theaterwissenschaftler aus dem Amt entlassen

SAD, Moskau
Der international angesehene sowjetische Theaterwissenschaftler Professor Juli Kargalitskij ist aufgrund der Betätigung seines Sohnes in Dissidentenkreisen amtsentlassen worden. Kargalitskij wurde nach Darstellung von Freunden und Kollegen am Lunatscharskij-Institut für Theaterwissenschaft vor einen Disziplinarausschuß gestellt und dann entlassen. Ein Versuch, Professor Kargalitskij von seinem Posten zu entfernen, war bereits im vorigen Jahr unternommen, jedoch nach massiven internationalen Protesten aufgegeben worden. Der Sohn des angesehenen Wissenschaftlers, Boris, hatte an Diskussionen einer Gruppe der "Neuen Linken" teilgenommen, die aus marxistischer Sicht Kritik an der sowjetischen Gesellschaft übte.

Das Leben Oskar Schindlers als Film

dpa, Berlin
Unter dem Titel "Ein Engel in der Hölle" bereitet die Berliner CCC-Film ein Filmprojekt über das Leben des deutschen Industriellen Oskar Schindler vor, der in den Kriegsjahren in Polen etwa 1300 Menschen das Leben gerettet hat. Schindler setzte sich im Krieg dafür ein, daß in seiner Tuchfabrik zahlreiche jüdische Arbeitskräfte eingestellt wurden, die er so vor dem Tod retten konnte. Für die Rolle des Schindler wurde Günter Lamprecht engagiert. Drehte der Film sind u. a. Polen und Israel.

Das Jahrbuch der Shakespeare-Gesellschaft

DW, Bochum
Die "Deutsche Shakespeare-Gesellschaft West" hat jetzt ihr Jahrbuch für 1983 vorgelegt. Das übergreifende Thema der Vorträge ist das Geschichtsverständnis des Dramatikers. Hilde Spiel analysiert die Rolle des "Fürstendieners" Shakespeare; G. R. Elton untersucht, inwieweit sich die Realität des 15. Jahrhunderts in den Königsdramen niederschlagen hat; die Historien im Zusammenhang mit dem Informationsstand von Shakespeares Publikum hat Ulrich Bröckh zum Thema genommen. Weitere Aufsätze behandeln unter anderem Darstellungsproblematik und Rezeptionsgeschichte einzelner Figuren und Dramen; Theater- und Büchereisowie eine Zusammenstellung von Aufführungskritiken runden den von Werner Habicht herausgegebenen Band ab.

Kulturzentrum in Nizza im Frühjahr fertig

AFP, Nizza
Das Nationale Zentrum für zeitgenössische Kunst in Nizza (CNAC), das als regionales Gegenstück zum Pariser Centre Georges Pompidou gedacht ist, wird im März 1984 eingeweiht. Die Eröffnungsausstellung mit Arbeiten von rund 100 Künstlern ist dem Thema "Schriften in der Malerei" gewidmet. Im Sommer folgen Arbeiten des Surrealisten Georges Ribbomont-Dessaigne, der 1984 hundert Jahre alt geworden wäre. Das Centre National d'Art Contemporain wird auf dem Terrain der Villa Arson eingerichtet.

Ein Kunstpreis des Konkreten

PHG, Berlin
Zum zweiten Male stiftet Tetra Pak, einer der großen deutschen Hersteller für Verpackungsmaterialien, einen Preis zur Förderung konkreter-konstruktivistischer Kunst. An dem Wettbewerb können sich Maler und Zeichner der Bundesrepublik Deutschland, die nicht älter als 40 Jahre sind, beteiligen. Den Vorsitz der Jury hat Professor Dieter Hönisch, Direktor der Berliner Neuen Nationalgalerie. Die Bekanntgabe der Ausschreibung erfolgte am Wochenende aus Anlaß einer eintägigen mit großem Aufwand aufgezogenen Kunstausstellung, inmitten einer Produktionshalle von Tetra Pak in Berlin-Heiligensee. Zu dieser Veranstaltung hatte der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker die Schirmherrschaft übernommen.



Der malende Senator: Renato Guttuso arbeitet an den Fresken
FOTO: E. EISEL

